JOSEPH CAILLAUX:

DIE ZUKUNFT DER FRANZÖSISCHEN FINANZEN

Die erste Aufgabe eines jeden französischen Finanzministers der letzten Jahre war die Bilanzierung des Staatshaushaltes und die Konsolidierung des Budgets. Schon zur Zeit meiner Amtstätigkeit warnte ich das Land vor der Gefahr, die aus dem mehrere Milliarden Franken betragenden Defizit drohte. Meine Offenheit hat mir damals eine Unmenge heftigster Angriffe eingebracht, doch glaube ich, daß gerade diese Offenheit keineswegs unfruchtbar oder dem Lande abträglich war. Sie hat wenigstens meine Nachfolger in den Stand gesetzt, die Zustimmung des Parlaments für neue Steuern viel leichter zu erhalten, als dies sonst vielleicht der Fall gewesen wäre. Ich gehe sogar so weit zu erklären, daß meiner Meinung nach im August vorigen Jahres Poincaré in seinen Steuerforderungen ein wenig zu weit gegangen ist. Das ist jedoch reine Auffassungssache, denn es ist nicht schwer, die Steuerschraube zurückzudrehen, wenn die Stabilität des Budgets so gut wie gesichert ist.

Ist die Stabilität nun heute gesichert?

Die von der Regierung vorgelegten Voranschläge zeigen zwar einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen, doch glaube ich, daß ich niemandem etwas Neues sage, wenn ich darauf hinweise, daß Budgetbilanzen stets problematischer Natur sind, bis eine volle Übersicht über die jeweiligen Einnahmen und Ausgaben vorliegt. Um jedoch die vorliegenden Regierungsprojekte erfolgreich zu gestalten, müssen zuvor noch verschiedene wirtschaftliche und finanzielle Vorbedingungen erfüllt werden.

Ich habe stets die Überzeugung gehabt, daß die Stabilisierung der Währung von äußerster Wichtigkeit für die Wirtschaft eines jeden Landes ist. Die Herbeiführung dieser Stabilisierung hängt wiederum aufs innigste mit dem Problem der Bilanzierung des Staatshaushaltes zusammen. Ein ausgeglichenes Budget ist die Grundlage jeder vernünftigen Wirtschaft; mit ihr sollte jedoch die Währungsstabilisierung Hand in Hand gehen. Um zu verhindern, daß die Voranschläge des Rechnungsjahres umgeworfen werden, ist es zudem von größter Wichtigkeit, daß die Ausgaben, die in dem Haushaltsjahre von Staat und Land gebraucht werden, sich so eng wie möglich an die Schätzungen halten. Es erscheint mir mehr als fraglich, ob diese Vorbedingungen für das Jahr 1927 erfüllt sind.

Um die überragende Bedeutung einer schwankenden Währung auf die Finanzlage eines Landes richtig zu beurteilen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die jährlichen Staatsausgaben Frankreichs vor dem Kriege sich auf etwa

5 Milliarden Goldfranken beliefen. Das Budget des Jahres 1927 bilanziert mit etwa 40 Milliarden Papierfranken. Als die Voranschläge aufgestellt wurden, notierte das englische Pfund etwa 160 Franken und die 40 Milliarden Papierfranken stellten einen Gegenwert von etwa 6 Milliarden Goldfranken dar. Ein Unterschied zwischen 1913 und 1927 bestand daher zwar, aber er war verhältnismäßig gering. Bei einem Kurs von 120 Franken für das Pfund jedoch läuft die Endsumme auf mehr als 8 Milliarden Goldfranken hinaus. Das bedeutet schon eine Steigerung von 60 % der Vorkriegssumme gegenüber.

Die Währungsschwankungen rufen ein ständig wechselndes Bild der Finanzlage Frankreichs hervor. Im Oktober vorigen Jahres belief sich die innere Schuld des Landes auf etwa 47 Milliarden Goldfranken. Im Dezember war diese Summe bereits auf 62 Milliarden Goldfranken gestiegen. Falls man die Revalorisierung des Franken bis zur äußersten Grenze treiben würde, und der Papierfranken dem Werte des Goldfranken gleichkommen würde, so würde damit die innere Schuld Frankreichs etwa 300 Milliarden Goldfranken betragen, d. h. etwa 10 mal so viel als die öffentliche Schuld vor dem Kriege ausmachte. Aus diesen Ziffern erhellt die volle Bedeutung der kommenden Finanzpolitik für die französische Wirtschaft.

Ich weiß ebenso gut wie irgend ein anderer, wie geradezu niederschmetternd der Gedanke dem französischen Volke ist, daß der Wert des Franken auf etwa 15—20 Centimes festgesetzt werden sollte. Es gibt kaum eine Familie im Lande, die dem Staat nicht eine bedeutende Menge ihres Vermögens anvertraut hätte, und die aus Gründen der Gerechtigkeit und der eigenen wirtschaftlichen Sicherheit nicht eine Stabilisierung auf Pari für wünschenswert erachten würde. Aber die harten wirtschaftlichen Tatsachen verbieten die Realisierung dieses Ideals. Das Land steht vor der dringenden Notwendigkeit, seine innere Schuld zu verringern; diese Verringerung kann nur erfolgen, indem man die Währung auf einer Grundlage stabilisiert, die die gesamte Staatsschuld zu einer tragbaren Last herabdrückt oder aber durch eine Zwangskonvertierung, die darauf hinausläuft, daß die Inhaber von Staatsrenten weniger erhalten als sich der Staat ihnen gegenüber zu zahlen verpflichtet hatte. Für die heimischen Staatsgläubiger laufen beide Lösungen auf dasselbe hinaus, für die Nation als ganzes jedoch nicht. Jede Revalorisierung des Franken erhöht sofort die Härte der Besteuerung, läßt den Geldwert steigen und führt zu einer Verlangsamung des Geschäftsganges, ja zu einer Wirtschaftskrise, von der wir bereits die ersten Anzeichen gespürt haben. Da wir jedoch nicht wissen, welchen der beiden Wege die Regierung einschlagen wird, so ist es natürlich sehr schwierig, irgendwelche Voraussagen für die Zukunft zu geben.

Ein weiterer Faktor größter Unsicherheit bezüglich der Zukunft der französischen Finanzen wird durch das noch immer ungeregelte Problem der internationalen Kriegsschuldregelung gebracht. Ich habe es oft genug betont und kann es hier nur noch einmal wiederholen, daß weitgehende Vermögensübertragungen von einer Nation an die andere internationale Rückwirkungen haben, die in der Lage sind, endlich eine Situation zu schaffen, die sowohl für Gläubiger als auch für den Schuldner unerträglich und gefährlich ist. Ich bin davon überzeugt, daß eines schönen Tages die Kriegsschulden überhaupt anulliert werden müssen. In der Zwischenzeit wird jedoch Frankreichs Lage durch die Zahlungen, die zu leisten es sich verpflichtet hat, beeinflußt werden. Ihre Rückwirkungen auf das Nationalvermögen werden wiederum von den Kompensationszahlungen abhängen, die wir unter dem Dawesplan zu erhalten in der Lage sind.

Ich kann mich von einer gewissen Sorge bezüglich der Entwicklung der Zahlungsbilanz der französischen Wirtschaft in den kommenden Jahren nicht freimachen. Vor dem Kriege war Frankreich in dieser Beziehung sicherlich in einer sehr viel günstigeren Lage. Obwohl es in seinem reinen Außenhandel eine passive Handelsbilanz aufwies, wurde das Defizit doch nicht nur durch die zum Teil recht hohen Ausgaben ausländischer Touristen, sondern vor allem durch die Zinsen von 50 Milliarden Goldfranken, die Frankreich im Auslande investiert hatte, wettgemacht und so die Zahlungsbilanz zu seinen Gunsten beeinflußt. Der Krieg hat die beiden vorerwähnten Einkommensquellen sehr viel schmaler fließen, ja zum Teil ganz versiegen lassen und es muß daher als beinahe sicher angenommen werden, daß die Zahlungsbilanz augenblicklich zu ungunsten Frankreichs steht.

Ich sage indessen nur „augenblicklich“, denn ich habe größtes Vertrauen in den Fleiß und die Sparsamkeit der französischen Bevölkerung und in die Widerstandskraft der französischen Wirtschaft. Frankreich hat stets die Lehren trüber Zeit schnell gelernt. Ich bin daher weit davon entfernt, die Lage auf lange Sicht hinaus als verzweifelt anzusehen, habe vielmehr die feste Überzeugung, daß die kommende Krise durch eine weise Stabilisierung auf ein Mindestmaß herabgedrückt werden wird und daß langfristige Kredite es uns ermöglichen werden, nicht nur diese Periode finanzieller Schwierigkeiten zu überwinden, sondern uns auch mehr und mehr dem Aufschluß der bedeutenden und wertvollen Naturschätze hinzugeben, die wir nicht nur in unserer französischen Heimat, sondern auch in unseren Kolonien besitzen, und die uns sicherlich in den Stand setzen werden, die frühere Blüte des Landes in wenigen Jahren wiederherzustellen.

FREIHERR VON RHEINBABEN:

DIE DEUTSCHE FORMEL

Die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt in der Charakterisierung bestimmter Tendenzen und Perioden der außenpolitischen Entwicklung in allen Ländern das Bestreben, diese in jedermann geläufigen Schlagworten zu kennzeichnen. Die Bismarcksche Zeit schuf das „Drei-Kaiserbündnis" und später den „Dreibund". Frankreich und Rußland schlossen sich zum „Zweibund" zusammen. Bismarck hatte sein „cauchemar des coalitions". Fürst Bülow prägte das Wort vom „europäischen Konzert" und der deutschen Forderung nach einem „Platz an der Sonne". Die Angelsachsen propagierten etwa seit der Jahrhundertwende mit den ihnen zur Verfügung stehenden fast unbegrenzten Verbreitungsmitteln moderner Zeitungs- und Nachrichtentechnik Wort und Begriff der „Democracy" im Gegensatz zur angeblich rückständigen und gefährlichen „Autokratie" anderer Länder. Heinrich Friedjung nannte dieses ganze Zeitalter das des „Imperialismus". Frankreich betrieb unter dem Deckmantel einer „Politique de la pénétration pacifique" die Eroberung Nordafrikas und wählte das so wohlklingende Wort „Entente cordiale" für sein militärisches und politisches Zweck- und Eroberungsbündnis mit England. Dieses hielt auch nach Aufgabe der „splendid isolation" 1902 fest an der Jahrhunderte lang bewährten Politik der „balance of power", d. h. Stellungnahme gegen die jeweils stärkste Kontinentalmacht, prägte für die Notwendigkeit seiner überragenden Flotte den Begriff des „two power standard" und verstand darunter, daß die englische Flotte so stark sein müsse, wie die beiden nächststärksten Flotten zusammen. Der leider allzu einflußreiche Geheimrat von Holstein glaubte in der stillen Aktenstudierstube des deutschen Auswärtigen Amtes nicht, daß Walfisch (England) und Bär (Rußland) je zusammenkommen würden. Schließlich spielte kurz vor dem Weltkriege der Zahlenbegriff „16 : 10" als Kennzeichnung des Stärkeverhältnisses der englischen zur deutschen Flotte die bekannte große Rolle in der Weltdiskussion über eine Begrenzung der deutsch-englischen Flottenrüstungen — kurz, es stellte sich nicht nur in der eigentlichen politischen Literatur, sondern in der öffentlichen Meinung der Völker als eine große Bequemlichkeit heraus, mit den hier auszugsweise genannten Schlagworten ganz bestimmte Zustände, Forderungen und Entwicklungstendenzen jeweiliger Außenpolitik in bestimmter Richtung zu umschreiben.

Der Weltkrieg brachte dann jene große, fast unermeßlich trübe und schlammige Propagandaflut gegen Deutschland, die nach dem eigenen Zuge-

ständnis ihrer fähigsten Macher und Verbreiter in erster Linie ein Kriegsmittel war, um den verhaßten Gegner in den Augen der Welt zu diffamieren und im deutschen Volke selbst Zwietracht zu säen. Deren so geprägte Begriffe und Schlagworte verschwanden dementsprechend zum großen Teile nach Beendigung des Weltkrieges allmählich wieder. Geblieben ist hauptsächlich der verletzende anmaßende und falsche Begriff des „Krieges für Recht und Gerechtigkeit und Zivilisation". Geblieben ist ferner und hiermit zusammenhängend die „Lüge von der deutschen Verantwortung für den Weltkrieg" und der deutsche Kampf gegen diese Lüge. Aber auch das ist letzten Endes nichts anderes als der Versuch der Gegenseite, die Opfer des Weltkrieges und die noch gebliebenen schlimmen Folgen vor den eigenen Völkern mit einem tönenden Wort zu begründen und die Aufklärung über die wahren Verantwortlichkeiten hintan zu halten.

Die Friedensdiktate setzten den Völkerbund in den Sattel und zeitigten seine sehr bald überall durch dieselbe Phraseologie eingerahmten neuen Verhandlungsmethoden. Aus dem bombastischen Wortschwall der ersten Nachkriegsjahre schälte sich in der Folgezeit allmählich jener seitdem unzählige Male wiederholte Dreiklang „Schiedsgericht — Sicherheit — Abrüstung" heraus, den man also wohl mehr oder weniger dem Begriff „Völkerbundspolitik" gleichzusetzen berechtigt ist. Daneben bürgerte sich der Begriff vom „Geist von Versailles", vom „Geist von Genf" und in neueren Tagen der vom bislang noch hart umkämpften „Geist von Locarno" ein. Die französische Politik arbeitete jahrelang Deutschland gegenüber und propagandistisch nach der Welt hinaus bald abwechselnd, bald gemeinsam mit dem Schrei nach „Garantien und Sanktionen" und dem unheilvollen Wort „Reparationen und Sicherheit". Einen Augenblick schien es sogar, als ob sie in dem „Genfer Protokoll" einer Politik innerhalb des Völkerbunds zum Erfolg verholfen hätte, die für unabsehbare Zeit den Anspruch Frankreichs unterstrich, den „status quo" überall in Europa aufrecht zu erhalten und die „Heiligkeit der Verträge" nicht zu erschüttern. Dieser Tendenz steht mehr und mehr sichtbar eine losere und gewissen Entwicklungen Raum geben wollende Tendenz der englischen Politik gegenüber, die man am besten wohl in dem Worte „Evolution" umreißt. Italien ist seinerzeit auf Grund des „sacro egoismo" in den Krieg eingetreten, begeistert sich weiter an Wort und Begriff des „mare nostro" und hat nach historischen französischen Vorbildern bezüglich des Brenners auch seinerseits das Wort von den „natürlichen Grenzen" oft verwandt. In den Vereinigten Staaten von Amerika schuf man schon auf der ersten Abrüstungskonferenz der Seemächte in Anlehnung an die erwähnten Vorkriegsmuster die Zahlenformel „1 : 1 : 0,6 : 0,33" und verstand darunter die gleiche Stärke der englischen und amerikanischen Flotte in Großkampfschiffen und die ent-

sprechenden geringeren Stärken für Japan und gleichmäßig für Frankreich und Italien. Als die Wilsonschen Phrasen, Deklamationen und 14 Punkte allmählich in Vergessenheit geraten waren und Amerika aus sehr realen eigenen Interessen heraus seine Wiederannäherung an die europäische Politik vollzogen hatte, gab es wohl drüben jenseits des Atlantik kaum eine politische Rede oder Ansprache, in der nicht die dort überaus beliebte Wendung vorkam: „Cooperation and good will among nations" — Zusammenarbeit und guter Wille unter den Nationen. Ich selbst habe jedenfalls anläßlich meiner Teilnahme an der Interparlamentarischen Union im Herbst 1925 fast drei Wochen lang täglich mindestens zweimal diese schönen Worte vernommen. Und damit möchte ich diese auf Vollständigkeit keinen Anspruch machende bunte Liste schließen. Sie soll auch keine Ergänzung mehr durch Erwägungen über das folgenschwerste aller politischen Schlagworte, vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" oder durch weltpolitische Exkursionen über die „Politik der offenen Tür", „Monroe Doktrin", „China den Chinesen" oder sonst geläufige Begriffe mehr erhalten, sondern nun zu der Frage überleiten: Welche Formeln haben sich seit dem Zusammenbruch in Deutschland selbst zur Charakterisierung einer bestimmten Politik eingebürgert?

Als Deutschlands Macht im Staube lag, ergab es sich aus der Situation von selbst, daß die deutsche Politik schon in den „Friedensverhandlungen" von Versailles sich bemühte, wenigstens die allernotwendigsten Grundlagen für eine „Politik des Rechts" zu schaffen. Begleitet von der Wandlung der Staatsform und mannigfachen innerpolitischen Umwälzungen schienen Millionen von Deutschen bereit, für immer eine „Machtpolitik" abzuschwören und identifizierten eine solche mit den angeblich beklagenswerten Folgen von Fehlern des alten Regimes. Um so kräftiger erhob sich auf der Gegenseite von rechts her die Forderung nach einer „Revision des Friedensvertrages" und es konnte jahrelang geschehen, daß gewisse politische Persönlichkeiten nur durch dauerndes Wiederholen des Wortes „Revision" zu mutigen „Vorkämpfern" einer solchen abgestempelt wurden. Schon sehr bald entstand daneben die Forderung, die deutsche Politik auf den Eintritt in den Völkerbund zu richten und überhaupt „Völkerbundspolitik" zu treiben. Der Völkerbund allerdings machte seine Propagierung in Deutschland durch die Entscheidungen über Oberschlesien, die Saar, Danzig, Memel usw. recht schwer. Trotzdem blieb die Agitation für den Völkerbund in Deutschland am Leben und als in der bekannten Entwicklung nach Dawesplan und Locarno der Eintritt in den Völkerbund sich wirklich vollzog, gab es unter den sich stolz „Völkerbundspolitiker" nennenden nicht wenige, die sich rühmten, diese Entwicklung selbst mitvorbereitet und ermöglicht zu haben. Sie vergaßen wohl

meistens, daß es in der Politik ganz und gar nicht dasselbe ist, die gleiche Forderung zu verschiedenen Zeiten und unter verschiedenen Voraussetzungen zu erheben. Sie kann zu einem Zeitpunkt falsch und den Interessen des eigenen Landes abträglich sein und doch zu richtiger und gegebener Zeit Vorteile bringen. Aber soviel ist auf alle Fälle heute sicher: Der Völkerbund als Ganzes hat trotz allmählicher Anpassung an die veränderte europäische und insbesondere deutsche Lage gerade seine frühesten und wärmsten Anhänger in Deutschland nicht wenig enttäuscht. Der sich immer mehr einbürgernde Begriff der „Politischen Börse“ oder des „claering house“ ist eben doch etwas ganz anderes als das Ideal von 1918/20. Daneben zeigen auch recht fühlbare Zusammenhänge der deutschen Politik mit Amerika und Rußland, daß der heutige Völkerbund keinesfalls etwa der Brennpunkt oder die Inkarnation deutscher Außenpolitik schlechthin sein kann. So hat der Begriff „Völkerbundspolitik“ zwar auch heute einen sehr bestimmten positiven Sinn. Er ist aber weit davon entfernt, als deutsche Gesamtformel bezeichnet werden zu können. Noch viel weniger gilt dies für das ominöse Wort: „Erfüllungspolitik“. Auch wenn es für jeden einigermaßen Einsichtigen in Deutschland selbstverständlich war, daß nach dem Unglück des Versailler Friedensdiktates eine große Anzahl seiner Artikel und Forderungen von Deutschland „erfüllt“ werden mußten, so war für die Durchführung dieser mit Gewalt und Zwang uns aufgezwungenen Funktion das gewählte Wort der Erfüllungpolitik doch so unglücklich wie möglich. Denn es enthielt nach deutschem Sprachgebrauch und Sprachgefühl nichts, was irgendwie auf nationalen Willen und nationale Abwehr hindeutete und entsprach vielmehr den leider von weitesten Schichten tatsächlich vertretenen Auffassung, daß sich Deutschland gegenüber den unerträglichen Forderungen seiner Gegner beruhigen und alle Anstrengungen auf die Herstellung einer möglichst günstigen „Atmosphäre“ richten müsse. Auch diese schwächliche Periode ging vorüber und wurde durch den „passiven Widerstand“ des Ruhrjahres 1923 abgelöst. Wer von der seither betriebenen Politik auch jetzt noch immer die Bezeichnung „Erfüllungspolitik“ gebraucht, ist so sehr jenseits aller Wirklichkeit und so abseits jeden politischen Verständnisses, daß ihm irgend ein bestimmender Einfluß auf die Führung der deutschen Außenpolitik nicht eingeräumt werden darf. Was nach Annahme des Dawesplanes geblieben ist, ist in Wahrheit weiter nichts als ein harter Kriegstribut, den die anderen, gestützt auf ihre Macht, nach wie vor eintreiben. Diese Eintreibung ist aber für Deutschland selbst von so vielen und greifbaren Vorteilen gegenüber der früheren Lage begleitet worden, daß schon ein eigenartiger politischer Verstand — wenn ein solcher überhaupt vorhanden sein sollte — dazu gehört, um diesen Unterschied nicht zu begreifen. Es folgte die Ära der „Locarno-Politik“, in deren Auswirkung wir uns noch

heute befinden. Noch ist der Kampf um sie nicht endgültig abgeschlossen, trotzdem die Tinte der Unterschrift unter den Verträgen längst trocken wurde. Aber abgesehen davon ist Wort und Begriff der Locarno-Politik wiederum nicht die deutsche Formel schlechthin, da sie zwar an für die deutsche Zukunft besonders wichtigen Stellen vertragliche Bindungen vorsieht, aber ganz natürlicherweise mehr bestimmte geographische und auf einzelne Mächte abzielende Grundsätze enthält, als daß sie etwa zum Prinzip aller und jeder deutschen Außenpolitik erhoben werden kann. Man könnte dies höchstens insofern tun, als man stellenweise unter „Locarno-Politik" verallgemeinernd eine solche versteht, die auch an anderen Stellen Europas vertragliche Regelungen treffen sollte, die dem Frieden und der Befriedung dienen. Ich glaube aber doch, daß bei aller Notwendigkeit der eigentlichen Locarno-Politik die darin von der deutschen Seite gebrachten nationalen Opfer so große gewesen sind, daß wir zur Kennzeichnung künftiger deutscher politischer Betätigung nach einem anderen Worte Umschau halten sollten, das in höherem Maße klar die Tendenz zum Ausdruck bringt, daß neue Verträge und Abmachungen im wohlverstandenen gegenseitigen Interesse liegen müssen. Entspricht etwa schon das in diesem Sinne so vielfach gebrauchte Wort der „Verständigungs-Politik" dieser Forderung? Ich glaube nicht. Denn leider hat auch dieser Begriff für sehr viele unserer Volksgenossen nur den Sinn, anderen Ländern mit schönen Worten und unter all zu schnellem Vergessen der Vergangenheit gegenüber zu treten und den jetzigen Zustand mehr oder weniger bedingungslos als einen dauerhaften anzuerkennen. Viele „Verständigungspolitiker" in Deutschland sind mehr oder weniger identisch mit der besonderen Abart des deutschen Pazifismus, haben für nationale Forderungen wenig übrig und erwähnen sie höchstens beiläufig, ohne sich über gewisse nationale Voraussetzungen und Notwendigkeiten viel Gedanken zu machen. Sie identifizieren sich auch wohl zu nicht geringem Teil mit den sich immer breiter machenden Gruppen der „Europäer" und „Paneuropäer". Sie sind häufig in ihrer Unkenntnis von Struktur und Tendenzen des englischen Weltreichs verwandt mit Gedankengängen, welche die neuerdings ziemlich still gewordene Schule der „Kontinentaleuropäer" früher vertrat. Sie verlieren leicht den Boden der Wirklichkeit und schweifen schnell in das holde Gebiet der Illusionen und Zukunftsträume ab. Und wenn wir nun auch diesen kurzen Überblick abrunden wollen, so könnte man etwa noch die Worte „Ostorientierung—Westorientierung" erwähnen, doch hat sich eigentlich praktisch ergeben, daß im Einklang mit der tatsächlichen Entwicklung der letzten Jahre weder amtlich noch nichtamtlich ein wirklicher eindeutiger Wegweiser nach der einen oder anderen Richtung entstanden ist bzw. entstehen konnte.

Sucht man hiernach also nach einer Formel, die besser als das häufig miß-

brauchte Wort „Verständigung“ etwas für Deutschland Positives enthält und gleichzeitig nach innen und außen einen solchen festen Willen zeigt, der keiner Mißdeutung fähig ist, dann scheint mir bis auf weiteres die folgende Formel am besten:

„Gleichberechtigte Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse.“

Ich möchte sie kurz an den heranstehenden nächsten und wichtigsten Problemen der deutschen Außenpolitik erläutern.

1. Im Westen ringen wir um Räumung der besetzten Gebiete, um Rückkauf der Saargruben und mit dem Rheinland gleichzeitiger Rückkehr des Saargebietes in die deutsche Verwaltung. Wir hoffen ferner auf eine wiederum durch finanzielle deutsche Mittel herbeizuführende deutsch-belgische Verständigung über Eupen und Malmedy.

Wer glaubt noch in Deutschland, daß Frankreich ohne weiteres und dem zweifellos bestehenden politischen Recht Deutschlands (Anwendung des Artikels 431 V. V. nach Dawesplan, Locarno, Genf, Beendigung der Abrüstung und interalliierten Militärkontrolle) nachgebend diese deutschen Forderungen erfüllen wird? Läuft nicht in Wirklichkeit die ganze Entwicklung darauf hinaus, daß doch im Sinne der von gewisser Seite zunächst so verhöhnten Gedanken von Thoiry der Räumungsprozeß zu einer großen politisch-finanziellen Aktion nach dem Prinzip des „do ut des“ werden wird? Werden nicht die Anzeichen immer stärker, die diese Aktion mit einer Revision und Endlösung des Dawesplans in Verbindung bringen und so ganz selbstverständlich zwar Deutschland die Freiheit wiedergegeben wird, andererseits aber auch Frankreich und den anderen Reparationsgläubigern erhebliche Vorteile zufallen? Sind weiter nicht die Zusammenhänge deutlich genug, die an solcher möglichen Entwicklung 1927/28 die große Geld- und Wirtschaftsmacht der Vereinigten Staaten zwangsläufig beteiligen, ja diese sogar weitgehend zu deren Schiedsrichter macht? Und wen gibt es, der sich vorstellen könnte, daß diese Macht einen Schritt tun wird, der nicht — im „gegenseitigen Interesse“ liegt?

2. Deutsch-polnischer Ausgleich: Wo ist der Deutsche, der glaubt, daß Polen von selbst, um des lieben Friedens Willen, freiwillig den Korridor und Oberschlesien an Deutschland zurückgeben wird? Wo ist aber andererseits ein europäischer Politiker, der nicht der Ansicht wäre, daß die augenblickliche Einstellung Polens zu Deutschland eine für Polen selbst abträgliche und auf die Dauer verhängnisvolle ist? So sehr ich persönlich von der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände zwischen Deutschland und Polen überzeugt bin, so sehr ich auch alle Bestrebungen unterstütze, eine national gesicherte, zusammenhängende wirtschaftlich gesunde deutsche Ostmark wieder-

erstehen zu lassen, so wenig bin ich von der Nützlichkeit einer Politik überzeugt, die sich eine Besserung der Lage von auswärtigen Verwicklungen oder gar von evtl. Möglichkeiten militärischer Art gegenüber Polen verspräche, wie sie unter Hinweis auf die Frage der Ostfestungen (Artikel 180 V. V.) jetzt unsinnigerweise von französischer Seite Deutschland untergeschoben werden. Ich halte das deutsch-polnische Problem für das schwierigste Problem überhaupt, viel schwieriger als das deutsch-französische und noch schwieriger als irgendein Problem des Balkans. Wir werden uns auf lange Sicht und auf langdauernde Anstrengungen einstellen müssen, um den deutschen Anspruch auf Revision der deutsch-polnischen Grenzen aufrecht zu erhalten und ihn durch alle Wirrnisse und Verstrickungen der jetzigen und künftigen deutschen Entwicklung durch und vorwärts zu treiben. Wir werden aber nach meiner Auffassung gut daran tun, zur Unterstützung unserer berechtigten Ansprüche immer wieder darauf hinzuweisen, daß Deutschland in jedem Augenblick zu einer Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse auch mit Polen bereit ist, bei der allerdings nationale allgemein in allen Parteien vertretene deutsche Forderungen in keinem Augenblick aufgegeben werden dürfen. Wenn eine solche „Zusammenarbeit" heute offenkundig nicht vorliegt, so liegt aus vielfachsten Gründen die Schuld dafür bei Polen und nicht bei Deutschland.

3. Koloniale Betätigung, Auswanderung, Wirtschaftskonferenz: Daß gerade hier das gegenseitige Interesse vorhanden sein muß, um deutsche Forderungen zu verwirklichen, bedarf eines besonderen Nachweises nicht. Ich halte das Wort vom „Volk ohne Raum" für ganz besonders treffend in seiner Anwendung auf den heutigen Zustand Deutschlands. Aber kann ein machtloses Volk, dessen Wirtschaft gebieterisch auf Expansion und Betätigung draußen jenseits der Grenzen und in der Welt überhaupt eingestellt sein muß, diesen Raum anders als in Zusammenarbeit und auch im Interesse anderer Völker wieder neu gewinnen? Sind nicht z. B. alle Hoffnungen, in Afrika wieder Siedlungsmöglichkeiten in „weißem Kolonialland" zu erlangen, von einer Verständigung mit andern Mächten abhängig und ist eine solche denkbar, wenn sie nicht „Zusammenarbeit" zum Ziele hat und auch „im Interesse" Englands, Südafrikas, Portugals liegt?

4. Wenn wir eine Formel finden wollen, welche die eigene Nation befriedigt und den Anderen unsere Willensrichtung klar aufzeigt, dann muß sie aber auch noch ein oberstes ideelles Gebot erfüllen: Sie darf vom Gesamtkomplex möglicher und vernünftiger Zukunftshoffnungen nichts ausschließen und muß doch gleichzeitig deutlich dem Frieden dienen! Prüfen wir also unsere hier vorgeschlagene Formel auch daraufhin. Wer zusammenarbeiten will, der will ganz gewiß nicht kämpfen und Gewalt anwenden. Und wer bei

dieser Zusammenarbeit den Grundsatz der Gleichberechtigung verlangt, der fordert deutlich bei der Abhängigkeit von Recht und Macht die gleiche Rüstung oder die gleiche Abrüstung von den Anderen. Und wer in unserer heut so sehr von materiellen Fragen und den Gesetzen der Wirtschaft beherrschten Zeit seine eigenen Forderungen erhebt, der wird trotz allem Verständigungsgerede auf Ablehnung stoßen, wenn seine Vorschläge nicht auch der anderen Seite nützlich und vorteilbringend sind. In politischen rechtsstehenden Kreisen in Deutschland wird so gern und oft das Wort vom „nationalen Willen" ausgesprochen und wiederholt. Die einfachste Überlegung ergibt, daß nationaler Wille kein Ding an sich sein kann und sich an ganz bestimmte Forderungen anschließen muß, von deren Erfüllung die Wiedererlangung von Freiheit und Gleichberechtigung unseres Volkes abhängt. Die Geschichte hat wohl sicherlich im Laufe der Jahrhunderte bestimmte ewige Gesetze und einen tieferen inneren Sinn. Aber sie wiederholt sich nicht in denselben äußern Formen. Das 1918 niedergeworfene und zertretene Deutschland kann nur und muß sich anders als Preußen vor über 100 Jahren mit friedlichen Mitteln wiederaufrichten. Heut wissen wir nicht, was einmal aus dem Völkerbund werden wird, ob die von mir wiederholt auch für unsere Interessen empfohlene englische Anregung einer Politik der Großmächte: Deutschland, England, Frankreich und Italien Wirklichkeitswerte enthält, ob Europa überhaupt sich politisch, wirtschaftlich und militärisch allmählich irgendwie einigen und in neuen Formen, auch unter Beibehaltung des Charakters seiner Nationalstaaten, zusammenschließen kann. Aber was wir wissen, ist das, daß wir jetzt in einer großen Vorbereitungsperiode zu neuer Entwicklung leben. Und was wir tun müssen, ist das, daß wir darin nach einer großen leitenden und durchschlagenden Idee den Kurs unserer Politik bestimmen. Spätere Zeiten bedingen vielleicht andere Momente, andere Möglichkeiten, andere Forderungen. Unsere Aufgabe ist es, der jetzigen Generation ihren Weg aufzuzeigen. Wer also heut etwas Besseres vorzuschlagen hat, als die „Gleichberechtigte Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse" — der trete vor!

HERMANN LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Ernährungswirtschaft der Erdteile.

Das kürzlich erfolgte Erscheinen des Jahrbuches 1925/26 des internationalen Landwirtschaftsinstituts zu Rom (Annuaire international de Statistique agricole) ermöglicht es, an der Hand der in dieser führenden Veröffentlichung gebotenen Zahlenfülle die Verschiebungen zu untersuchen, die die Ernährungsbasis der Menschheit in jüngster Zeit erfahren hat, sowie da und dort die geopolitischen Spannungen und Bindungen anzudeuten, die sich aus der Ernährungslage als dem primitivsten Fundament staatlichen Lebens ergeben. In Rücksicht auf den Raum müssen wir uns dabei meist auf eine Vergleichung ganzer Erdteile und auf eine Betrachtung der sechs wichtigsten pflanzlichen Nahrungsmittel: Weizen, Roggen, Mais, Reis, Kartoffeln und Zucker beschränken. Die großen Lücken in der Statistik der Lebensmittel tierischen Ursprungs legen es nahe, als Beispiele in dieser Richtung nur Butter und Käse heranzuziehen. In Rücksicht auf die einschneidenden Unterschiede der wirtschaftspolitischen Struktur empfiehlt es sich, Räterußsand aus dem Landzusammenhang Eurasiens als besonderen wirtschaftsgeographischen Erdteil herauszuschälen und diesen einerseits dem restlichen Europa, der „Europäischen Halbinsel“, andererseits dem außerrussischen Asien gegenüberzustellen.

Weizen	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß von Weizen in 1000 t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß von Weizenmehl in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925	1909/13	1925
Europäische Halbinsel .	29 339	27 850	37 053	38 075	+ 11 569	+ 13 321	+ 575	+ 1 075
Sowjet-Rußland	29 950	21 574	20 600	17 993	— 4 117	— 326	— 119	+ 307
Außerruss. Asien . . .	12 526	13 767	10 409	9 991	— 1 370	+ 340	+ 207	+ 478
Afrika	3 444	4 221	2 756	3 110	— 57	+ 31	+ 285	+ 313
Australien	3 174	4 228	2 651	3 050	— 1 164	— 2 625	— 126	— 375
Nordamerika	23 881	30 495	24 468	29 596	— 3 389	— 7 980	— 1 009	— 1 603
Südamerika	7 444	8 999	4 877	6 394	— 2 085	— 2 566	+ 113	+ 131
Ganze Erde	109 758	111 134	102 816	108 208	—	—	—	—

Die vorstehende, die Weizenerzeugung und den Weizenhandel betreffende Tabelle zeigt, daß die Europäische Halbinsel seit der Vorkriegszeit ihre Anbaufläche hat einschrumpfen lassen und die Erzeugungsmenge nur wenig hat steigern können. Dabei war das Jahr 1925 ein ungewöhnlich günstiges Erntejahr, das manchen Staaten, z. B. Italien, Spanien, Bulgarien, aber auch Dänemark eine Rekordernte bescherte und vielen die Ernährungsfessel lockerte. An dem trotzdem immer ungünstiger werdenden Gesamtbild der Europäischen Halbinsel ist nicht zum geringsten der katastrophale Rückgang der deutschen Weizenerzeugung schuld. Die Folge ist eine ansehnliche

Vermehrung der europäischen Weizeneinfuhr und die Verdoppelung der Weizenmehleinfuhr, die 1925 infolge der günstigen Ernte gegenüber dem Vorjahr aber immerhin eine gewisse Abschwächung erfuhren. Noch trüber ist das Bild für Sowjet-Rußland, obwohl auch dieses seine Weizenproduktion 1925 gegenüber 1924 nahezu verdoppeln konnte. Trotzdem hat sich die ehemalige Weizenmehlausfuhr dieser einst ersten Kornkammer der Welt in eine erschreckend hohe Einfuhr verwandelt. Dieselbe stammt nicht aus dem sich immer stärker übervölkernden übrigen Asien, das vielmehr infolge der unregelmäßig, aber ständig sinkenden Ausfuhren Britisch-Indiens und der stark gestiegenen Einfuhr Japans und Chinas allmählich in seiner Weizenbilanz immer ungünstiger abschließt. Sie stammt vielmehr aus der Neuen Welt, deren geradezu ungeheuerlich wachsende Bedeutung für die Weizenversorgung der Welt die vorstehende Tabelle schlagend beweist, obwohl gerade 1925 für Nordamerika wie für Australien ein schlechtes, für Südamerika ein mittelmäßiges Erntejahr war. Nordamerika, dessen Weizenerzeugung 1922—1924 die der Europäischen Halbinsel schon ansehnlich übertroffen hatte, behält seine Stellung als erster Weizen- und Weizenmehlversorger der Welt bei, und wenn auch die Union infolge wachsender Bevölkerungszahl und steigenden Kopfverbrauchs ihre Bedeutung in dieser Richtung nur langsam steigert, so tritt Kanada, das seine Weizen- wie Weizenmehlausfuhr gegenüber der Vorkriegszeit verdreifacht hat, immer machtvoller in den Vordergrund. Das australische Festland und Argentinien streben ihm kräftig nach. Die politischen Bindungen, die sich für die Staaten der Europäischen Halbinsel aus diesen Verhältnissen ergeben, sind bekannt. Auch Sowjet-Rußland beginnt sie zu fühlen.

Roggen	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß von Roggen in 1000 t		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß von Roggenmehl in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1926/26	1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	18 528	16 384	25 099	23 875	+ 494	+ 1110	+ 134	+ 9,9
Sowjet-Rußland	25 100	27 426	18 910	20 830	— 534	— 8,8	— 115	— 0,7
Außerruss. Asien	149	119	?	116	+ 0,05	+ 0,7	—	—
Afrika	45	?	16	?	— 0,02	— 3,4	—	—
Australien	5	?	5	?	— 0,10	—	—	—
Nordamerika	952	1 999	970	1 583	— 16,4	— 866,6	+ 0,3	— 2,2
Südamerika	37	218	19	122	— 7,6	— 5,4	+ 4,3	0
Ganze Erde	44 816	46 146	45 020	46 525	—	—	—	—

Vor dem Weltkrieg war der Roggen, wie die vorgestellte Übersicht erkennen läßt, in Erzeugung wie Verbrauch vorwiegend auf die Europäische Halbinsel und Rußland beschränkt. Diese Stellung beider Erdteile ist, obwohl auch hier sich 1925 in Eurasien als günstiges Erntejahr erwiesen hat, heute durch Nordamerika erschüttert. Kanada hat seither seine Erzeugung vervielfacht, die Union zeitweilig nahezu verdoppelt. Es war das eine Folge der Tatsache, daß das erste Vorkriegs-Roggenausfuhrland der Welt, Rußland, zeitweilig als Roggenlieferant gänzlich ausschied. E. Obst hat das Einspringen Amerikas an Stelle von Rußland in der Getreide- und insbesondere Roggenversorgung der

Europäischen Halbinsel in dieser Zeitschrift 1926, Seite 214 ff., durch eine geistvolle Anwendung der v. Thünenschen Intensitätskreise erklärt. Seit 1923 ist Sowjet-Rußland jedoch wieder ein Roggenausfuhrland, und daher ist die nordamerikanische Roggenausfuhr von 1,45 Mill. t auf 0,87 Mill. t gefallen. Immerhin bleibt die Stellung der Europäischen Halbinsel in bezug auf ihre Roggenversorgung stark geschwächt. Selbst ihr ehemalig erster Roggenlieferant, das Deutsche Reich, ist in die Rolle eines Einfuhrlandes gedrängt worden (Roggen und Roggenmehl: 1909/13 —0,566 Mill. t, 1923 +0,955 Mill. t, 1925 +0,125 Mill. t).

Mais	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in Tonnen		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	10 429	10877	15 118	15931	1,45	1,46	+ 4 532	+ 4 134
Sowjet-Rußland	1 320	3 105	1 335	4482 [1])	1,01	1,44	— 754	— 97
Außerruss. Asien	5 164	5868 [1])	3 990	4249	0,75	0,62 [1])	— 137	— 156
Afrika	2 158	3493 [1])	2 983	4627 [1])	1,38	1,32 [1])	— 85	— 952
Australien	148	166 [1])	268	328 [1])	1,81	1,98)	+ 13	— 3
Nordamerika	45 118	44451	71 698	76306	1,59	1,72	— 566	+ 26
Südamerika	6 857	6458 [1])	8 878	9024 [1])	1,29	1,40 [1])	— 2 932	— 2 913
Ganze Erde	71 194	73060 [1])	104 269	97760 [1])	1,47	1,34 [1])	—	—

Gleich den aus Raumgründen hier außer Betracht gelassenen Getreidearten Gerste und Hafer dient der **Mais** nicht nur der menschlichen Ernährung, sondern auch als Viehfutter und bildet damit die Grundlage für die Schweine-, Rinder- und Geflügelhaltung, ja in dem Erdteil, der in bezug auf die Maisanbaufläche und -erzeugung alle anderen weit überragt, in Nordamerika, steht, von Mexiko abgesehen, diese letzte Verwendung ausschließlich im Vordergrund. Sie hat Nordamerika sogar 1925 erstmalig zu einem Gebiet überwiegender Maiseinfuhr gemacht und Kanada sowie Mexiko in Abhängigkeit von dem großen südamerikanischen Maisexporteur Argentinien gebracht, während die Unionsausfuhr seit 1922 ständig sinkt. Zu einem Maisausfuhrgebiet entwickelt sich auch immer kräftiger Afrika auf Grund des starken Anbaus in der Südafrikanischen Union. Mächtig ist ebenso die Maisanbaufläche wie der Hektarertrag in Sowjet-Rußland gestiegen, aber die ehemals ansehnliche Ausfuhr ist sehr zurückgegangen. Australien zeichnet sich durch rekordmäßige Hektarerträge aus und erzielt trotz kleinster Anbaufläche einen geringen Ausfuhrüberschuß. Im außerrussischen Asien steht, was die Erzeugung betrifft, Britisch-Indien weit voran, aber es verbraucht seinen Mais größtenteils selbst, so daß es in der Ausfuhr 1925 von Java-Madura sowie Indochina übertroffen wurde. In Europas Maiserzeugung stehen seit der Vorkriegszeit die Gebiete Rumäniens, Italiens und des jetzigen Südslawien an erster Stelle. Sie machen die Europäische Halbinsel zum zweiten Maiserzeugungserdteil. Obwohl dessen Produktion noch weit vor dem großen Ausfuhr-

[1]) 1924/25.

erdteil Südamerika steht, verschluckten doch die Bevölkerungsmassen Italiens und Spaniens sowie die Viehscharen Mittel-, West- und Nordeuropas fast die gesamte auf den Weltmarkt geworfene Maismasse, und nur die Verringerung der Viehhaltung hat in vielen dieser Staaten, jedoch mit bemerkenswerter Ausnahme Dänemarks und der Niederlande, die Maiseinfuhr der letzten Jahre gesenkt.

Reis	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in Tonnen		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	194	204	690	963	3,56	4,72	+ 1 068	+ 907
Sowjet-Rußland	237	?	279	?	1,18	?	+ 117	+ 88
Außerruss. Asien	43 400	48 494	69 664	75 633	1,60	1,56	— 2 093	— 1 464
Afrika	1 038	1 632	1 657	2 332	1,59	1,43	+ 268	+ 237
Australien	0,4	0,4 [1])	17,2	5,8 [1])	1,57	1,49 [1])	+ 34	+ 43
Nordamerika	406	452	635	803	1,56	1,78	+ 220	+ 273
Südamerika	84	585 [1])	145	802 [1])	1,72	1,37 [1])	+ 133	+ 203
Ganze Erde	48 172	54 678	77 454	85 304	1,61	1,56	—	—

In der Reiserzeugung steht Monsunasien bekanntlich von jeher weit voran. Allein die statistisch erfaßte Reisanbaufläche — für China fehlt jeder feste Anhalt — übertrifft hier heute die Fläche des ganzen jetzigen Deutschen Reiches. Obwohl Anbaufläche und Produktionsmenge sich in Monsunasien seit der Vorkriegszeit noch wesentlich gehoben haben, ist die für außerasiatische Länder zur Verfügung stehende Ausfuhrmenge doch in ziemlich schnellem Sinken begriffen. Denn die Einfuhren Japans und Chinas sind von 0,549 Mill. t (1919/13) auf 1,525 Mill. t gestiegen. Japans ständig wachsende Einfuhr wurde 1924 nur zu einem Drittel, in anderen Jahren zu noch geringeren Teilen von seiner Kolonie Formosa gedeckt, und so kommt das Inselreich in allmählich immer stärkere wirtschaftliche Abhängigkeit von Französisch-Indochina, eine Tatsache, die neben anderen in der politischen Annäherung zwischen Frankreich und Japan ihren Ausdruck findet. Neben Asien spielt nur noch Afrika eine gewisse Rolle als Reisproduzent. Die Erzeugung von Französisch-Guinea, Sierra Leone und Ägypten ist in lebhaftem Aufschwung begriffen, reicht aber noch nicht hin, der panafrikanischen Reisbilanz einen Erzeugungsüberschuß zu geben. Vielmehr sind alle Erdteile mit Ausnahme des außerrussischen Asien Reiseinfuhrgebiete, am stärksten wieder die Europäische Halbinsel, der das Klima trotz rekordmäßiger Hektarerträge eine wesentliche Reisanbaufläche versagt.

Die Kartoffel ist ein leicht verderbliches und stark wasserhaltiges Nahrungsmittel, das in der Regel weder physiologisch noch nach Rentabilitätsgesichtspunkten lange Transporte verträgt. Die im Verkehr der Erdteile untereinander umgesetzten Mengen sind daher kleiner, die Erzeugungsmengen jedoch größer als die jedes anderen der hier betrachteten Nährgüter. Die Europäische Halbinsel hat infolgedessen ihre Rolle in der Weltkartoffelerzeugung über den

[1]) 1924/25.

Kartoffeln	Anbaufläche in 1000 ha		Erzeugung in 1000 t		Hektarertrag in Tonnen		Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t	
	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	Mittel 1909/13	1925/26	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	10 370	10 373	113 836	129 302	10,98	12,47	+ 58	— 44
Sowjet-Rußland	2 925	4 613	20 200	44 281	6,91	9,60	— 170	— 0,3
Außerruss. Asien	105	196	905	1 438	8,62	7,34	+ 24	+ 28
Afrika	66	75	270	330	4,09	4,39	+ 46	+ 29
Australien	69	69	553	525	8,02	7,61	+ 3	— 5,4
Nordamerika	1 685	1 483	11 862	10 799	7,04	7,28	+ 121	— 17
Südamerika	136	189	1 185	1 217	8,71	6,44	+ 69	+ 27
Ganze Erde	15 356	16 998	148 811	187 891	9,70	11,08	—	—

Weltkrieg hinweg besser gehalten als auf dem Gebiete anderer Nährgüter. Denn eine Einfuhr aus Übersee kommt eben nur in kleinem Maßstab in Betracht, und die verarmten Volksmassen Europas bedürfen dieses billigen Nahrungsmittels jetzt dringender denn je. Aus diesem Grunde ist auch die Stellung von Sowjet-Rußland eine wesentlich andere geworden. Die Anbaufläche ist dort seit 1922 in ständigem, schnellem Anstieg begriffen, und dementsprechend wächst der Ertrag, was in einem solchen Rekorderntejahr wie 1925 besonders scharf zum Ausdruck kommt. Trotzdem ist Sowjet-Rußlands einst mächtige Kartoffelausfuhr auf ein Minimum zurückgegangen, und infolgedessen haben sich Kanada, Festlandsaustralien und 1925 auch wieder Neuseeland zu Kartoffelausfuhrländern entwickelt, die den zwischen 1909/13 und 1925 von 0,116 Mill. t auf 0,455 Mill. t gestiegenen Einfuhrbedarf Großbritanniens zu befriedigen helfen. Infolge des Ausfalls von Sowjet-Rußland ist auch die Europäische Halbinsel zu einem Ausfuhrgebiet für Kartoffeln geworden. Italien und die Niederlande haben ihre Ausfuhr in den letzten Jahren stark vermehrt.

Als Weltzuckerdrama bezeichnet, vom europäischen Standpunkt aus mit vollem Recht, E. Obst in seinem soeben erschienenen großen Werk „England, Europa und die Welt“ das Überhandnehmen der Bedeutung des Rohrzuckers gegenüber dem Rübenzucker. Ist doch Europa der bei weitem erste Rübenzuckererzeuger der Welt, während seine auf Spanien beschränkte Rohrzuckerproduktion aus klimatischen Gründen stets sehr klein bleiben muß. Die Europäische Halbinsel hat ihre durch die Weltkriegsereignisse schwer heruntergedrückte Rübenzuckererzeugung mit der Kampagne 1925/26 gerade wieder auf den Durchschnittswert von 1909/13 gebracht. Aber Sowjet-Rußlands zurzeit immerhin im Steigen begriffene Erzeugung hat den Vorkriegsstand noch längst nicht wieder erreicht, und so hat die Welt-Rübenzuckerproduktion trotz der Erfolge der nordamerikanischen Union den Betrag von 1909/13 noch nicht ganz zurückgewonnen. Die Rohrzuckererzeugung ist jedoch in allen Erdteilen mit Ausnahme Europa-Rußlands in ständigem, machtvollem Aufstieg begriffen (Kuba, Porto-Rico, San Domingo, Mexiko; Formosa, Britisch-Indien, Java, Philippinen; Ägypten, Südafrikanische Union; Festlandsaustralien, Hawaii, Fidji; Argentinien, Brasilien, Peru). Das außerrussische Asien und Nordamerika erzeugen jedes für sich heute mehr Rohrzucker als die Europäische Halbinsel

	Rübenzucker Erzeugung in 1000 t		Rohrzucker Erzeugung in 1000 t		Butter Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t		Käse Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhr- (—) Überschuß in 1000 t	
	1909/13	1925/26	1909/13	1925/26	1909/13	1925	1909/13	1925
Europäische Halbinsel	6 324	6 333	15,5	8,2	+ 100,4	+ 178,5	+ 57,5	+ 92,9
Sowjet-Rußland	1 437	983	—	—	— 67,2	— 25,1	— 1,4	+ 0,1
Außerruss. Asien	—	0,4	4 410	6 366	+ 7,5	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,9
Afrika	—	—	427	711	+ 4,2	+ 1,4	+ 10,1	+ 9,2
Australien	0,9	3,1	789	1 285	— 52,0	— 120	— 25,2	— 73,7
Nordamerika	640	981	3 321	6 622	— 0,8	— 8,4	— 52,0	— 34,7
Südamerika	—	—	641	1 612	+ 0,5	— 25,0	+ 8,7	+ 2,7
Ganze Erde	8 400	8 300	9 604	16 604	—	—	—	—

Rübenzucker produziert. Das prozentuale Verhältnis der Rüben- und Rohrzuckererzeugung wird daher immer ungünstiger für die erstere. Betrug es 1890/91 58,8 % : 41,2 %, so stellte es sich 1924/25 auf 36,3 % : 63,7 % und veränderte sich 1925/26 in derselben Richtung schnell weiter zu 33,3 % : 66,7 %. In der Kampagne 1925/26 machte der Rübenzucker also nur noch genau die Hälfte des Rohrzuckers aus, und die Stellung der Europäischen Halbinsel sowie ganz besonders Sowjet-Rußlands in der Weltzuckerversorgung ist somit für alle Zeiten schwer erschüttert.

Ganz dieselben Entwicklungslinien, die die vorstehende Darstellung so häufig enthüllte, und die das Wirtschaftsjahr 1925/26 meist mit noch erschreckenderer Deutlichkeit aufgewiesen hat, als seine Vorgänger, zeigt die Wirtschaft auf dem Gebiet der Nährgüter tierischen Ursprungs, für die die letzte Tabelle den Butter- und Käsehandel als Beispiel gibt. Auch bei diesen Waren entwickelt die Europäische Halbinsel (insbesondere England und Deutschland) eine riesige und ständig wachsende Einfuhr, während Sowjet-Rußlands Butterausfuhr zwar seit 1923 wieder steigt, aber doch weit unter dem Vorkriegswert bleibt, und sein Käsehandel sogar zur Einfuhr übergegangen ist. Aus dieser Lage zieht dieses Mal weniger Nordamerika Gewinn, dessen Eigenverbrauch vielmehr ständig steigt, wenn auch betont zu werden verdient, daß Kanada ein erstklassiger Käselieferant geblieben und Butterlieferant geworden ist. Das Hauptbuttergeschäft machen Südamerika (Argentinien), Festlandsaustralien und Neuseeland, und das letztere hat sich gleichzeitig zum ersten außereuropäischen Käseausfuhrland entwickelt.

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Zwei geopolitisch wichtige Zugangserweiterungen zum indopazifischen Gesamtraum bringen im Jahre 1927 die regelmäßigen Flugverbindungen Berlin—Moskau—Ostasien und England—Indien—Australien. Der Flugweg der Nordasien-Flugstrecke ist durch die Einfügung der wohl am besten orga-

nisierten Nachtflugstrecke Berlin—Moskau ostwärts in sie und durch den Erkundungsvorstoß der beiden Junkermaschinen der Deutschen Lufthansa, wie den japanischen Westflug sehr glücklich eingeleitet worden, und wird vom Frühjahr ab in vier bis fünf Reisetagen, statt der 17 (heute schon auf 14 rückgeführten) Eisenbahntage London—Berlin—Tokyo nach dem Fernen Osten tragen. Seine Absätze sind wohl: Berlin—Königsberg (642)—Smolensk (500)—Moskau (412)—Kasan (745)—Krasno Usinsk (583)—Kurgan (529)—Omsk (549)—Borobinsk (361)—Nowo Sibirsk (319)—Krasnojarsk (708)—Nishni Udinsk (515)—Irkutsk (589)—Tschita (764)—Chailar (594)—Charbin—Mukden—Peking—Kal-



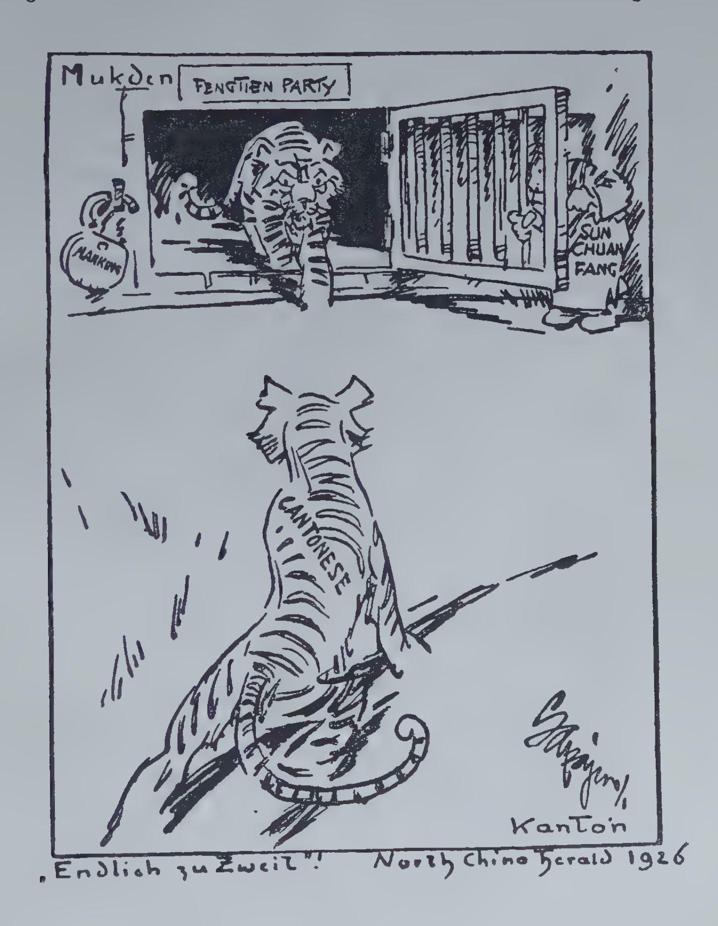
THE SOVIET IDEA OF AN ASIATIC LEAGUE OF NATIONS
And Who Would Get the Biggest Slice?

gan (710-542-675) = 9737 km i. G. Dabei wird natürlich aus rein politischen Erwägungen und den Wünschen der Sowjets entsprechend ein gewaltiger Haken geschlagen, und sowohl das Ausbiegen vor dem polnischen Korridor, der deutschen Weichsellücke wie der Westmandschurei verraten automatisch geopolitische Unruheherde.

Ähnliche Schönheitsfehler weist auch der England—Indien—Australien-Flugdienst auf, der auf der ägyptisch-indischen Strecke seit 1. Januar in Gang ist, wenn er auch vorläufig noch auf Nachtdienst verzichtet, für den es an ausreichender Einrichtung der Flugplätze, Funkpeilung und Befeuerung fehlt.

Die Absätze der Strecke Cairo—Karachi sind: Cairo—Gaza (230 miles, 368

km)—Ziza(90, 135)—Rutbah Brunnen(277, 443)—Bagdad(248, 397)—Basra (248, 381)—Bushir(250, 400)—Lingeh(320, 512)—Bender Abbas Jask?(100, 160)—Charbar(332, 531)—Pasni(176, 282)—Karachi(238, 381), zusammen 3990 km. Natürlich müssen noch eine Reihe von Notflughäfen vorgesehen werden, und als großer Nachteil wird mit Recht beklagt, daß die „besonderen Verhältnisse der Suezkanalzone" vorläufig noch den unmittelbaren Kontakt der Verkehrsfliegerei mit ihr, etwa nahe Port Said, nicht vertragen.



„Endlich zu Zweit"! North China Herald 1926

Freilich ist die rund 4000 km lange Verbindung vom Rande der Mittemeerländer im Südosten nach dem Rande der Monsunländer im Nordwesten nur ein Bruchstück, mit einem Zeitgewinn von etwa sieben Tagen; die Fortsetzung in die Monsunländer hinein, nach Delhi (ein bis zwei Flugtage über Jodhpur durch die Wüste Tharr) ist nur eine Frage kurzer Zeit. Einzelheiten über die technische Durchführung finden sich in „Times of India", 13. 11. 1926, Bombay.

Im Anschluß daran ist (Times of India 4. 12. 26, Nr. 49, Bd. LXXXIX Tagesausgabe 1. 12) die innere indische Flugpolitik Gegenstand rascher Umformung.

Nach der internationalen Luftübereinkunft, die Indien unterzeichnet hat, ist es verpflichtet, alle nötigen Erleichterungen und Vorbereitungen für den Luftdienst der anderen Unterzeichner vorzusehen und zu gewähren. Dazu fehlt es noch weit in dem an sich großräumigen Lande mit günstigen Notlandungsmöglichkeiten, aber außerhalb der sogenannten cold season sehr ungünstigem Klima, das eigne technische Voraussetzungen der Flugmaschinen bedingt (Hitze, Monsunfeuchte).

Die Gefahr, daß sich nach einer allenfallsigen Hemmungszeit fremde Flugunternehmungen der großen Flugmöglichkeiten im indischen inneren Flugverkehr bemächtigen, drängt aber die Zögernden vorwärts. So ist vor allem der Ersatz des Verwaltungsungetüms des „Air Boards" zu begrüßen, in dem Industries Dept. (dieses leitend), Royal Air Force (drängend), General Post Office, Meteorological Department, Army Department (dieses die 60 kriegsbrauchbaren Maschinen Indiens gegen die rasch wachsende afghanische und Sowjet-Flugkraft, und die von Frankreich ausgebildeten Siamesen mit 300 Maschinen sorgenvoll vergleichend!) und Finance Dept. (rein hemmend) vertreten waren; er wird durch einen Director of Civil Aviaton, den indischen Flugdiktator ersetzt. Damit ist aus dem gesunden geopolitischen Instinkt der guten Seiten indischer Verwaltungsüberlieferung wenigstens der Ressortzwist ausgeschaltet und eine große Stufe zur Weiterentwicklung des indischen inneren Flugwesens, wie der Höchstleistung beim Durchgangsverkehr nach Australien und den Monsunländern von Europa aus erreicht. Freilich zeigt sich bei dieser Gelegenheit, wie auch an andern Stellen der Erde (Amerikan. Mittelmeer), daß der Flugverkehr nicht, wie wohl behauptet wurde, mit Erdkunde, Wirtschaftsgeographie nichts zu tun habe, sondern im Gegenteil, daß sich Geographie und Wirtschaftskunde aufs engste verbrüdern und aneinanderlegen mußten, um die Vorbedingungen für einen wirksamen Flugverkehr London—Karatschi—Australien—Ostasien zu schaffen. Wenn sich die Erdkunde nur, wie einzelne Geographen wollen, mit primitiven Zuständen, wie etwa Jäger- und Sammelvölkern beschäftigen soll, kann sie freilich den Flugverkehr, den diese nicht benötigen, außer Acht lassen; sie könnte dann aber auch mit den wenigen letzten Resten der Primitiven auf den Aussterbeetat der Menschheit gesetzt werden.

In der gleichen Nummer der Times of India seien Anthropogeographen und Anthropologen auf die Aufnahmen von der Hochzeit im Gouverneurshaus in Madras aufmerksam gemacht, die zeigen, wie sich die Typen der herrschenden Klassen in Indien nähern, wie langjähriger gemeinsamer Sportbetrieb und die Ausprägung eines gewissen Herrenideals rassige, in ihrer Art schöne Durchschnittstypen über dem Durchschnitt schafft, bei denen sich indische und nordische Ausdrucksformen begegnen und angleichen, während sich bei den Intellektuellen, den mehr der Auflösung, Differenzierung zustrebenden Persönlichkeiten die Rassenunterschiede immer schärfer ausprägen. In dieser Richtung sind die indischen Tagesbilder der größeren Zeitungen, wie auch der Modern Review in Calcutta, die sich immer mehr einem reichen Illustrieren zuwenden, außerordentlich lehrreich. Wertvoll sind ferner die Aufnahmen von der Eröffnung der Fürstenkammer z. B. der Gegensatz Bikanir-Sikkim.

Typisch ist es auch, sich Lloyd George und etwa die Verteidiger der bisherigen britischen Chinapolitik gegenüberzustellen und sich daraus zu erklären, warum Lloyd George (durch die Gefahr, in absehbarer Zeit je wieder regierungsfähig zu werden, nicht beschwert), am 4. 12. in einer großen Rede

über die Chinapolitik gerade in dem Augenblick einer entscheidenden Wendung zum Süden hin, vom alten Imperialismus weg, für den Erfolg dieser Wendung noch mehr Töpfe zerschlug, als Scheidemann in seiner Reichswehrrede. Auch hier handelt es sich darum, Vergleichsmöglichkeiten zu sehen und den Typ, den Carthill in seinem Buche: „The lost dominion" mit Vorzügen wie Fehlern als „Mugwump" darstellt, von dem Typ der Reichserbauer unterscheiden zu lernen; dann wird sich weisen, wer von beiden gerade in der einen oder andern Lebensform die Oberhand hat, und ob sie sich infolgedessen Raumvergrößerungen oder Auflösungen zusammengeballter Räume nähert. Solche Dinge können für geopolitische Gebrauchszwecke sachlich festgestellt werden, ohne zu irgendwelchen Werturteilen über die menschliche Schätzbarkeit des einen oder andern Typvertreters zu nötigen. Nur beides läßt sich nicht gut vereinigen: über diese notwendige Wahl müßten sich beide klar sein.

Sehr interessante Einblicke in dieser Richtung eröffnet eine Würdigung Murdochs, des halb japanisierten britischen Geschichtsschreibers Japans von Jsô Yamagata im Taiyo. (Übersetzung Transpacific, Tokyo 20. 11. 26). Darin schreibt der pazifistisch und sozialistisch eingestellte Japaner Jsô Yamagata u. a. den Satz: „Die britische Politik mag für verrückt gehalten werden, wenn sie aus Furcht des Mutterlands und Australiens vor Japans Angriffsgeist Singapur befestigt. Aber die Befestigung einer starken Flottenbasis auf einer so nahen Entfernung bedeutet eine große Gefahr für dieses Land, wegen der es enorme Geldsummen ausgeben muß." Und dies, um zu beweisen, wie falsch das friedliche Inselreich — das seine neue Ära „leuchtenden Frieden" nennt — aus Unkenntnis seiner Völkerpersönlichkeit eingeschätzt werde, und wie dankbar man deshalb einem Mann wie Murdoch für seine Geschichtsarbeit sein müsse!

Man nehme rund 3000 km (2700) in den Zirkel (so weit liegt Singapur von der Südspitze Formosas, dem nächsten Punkt des japanischen Reiches, ab!) und mache sich daran klar, in welchen Ausmaßen der japanische Pazifismus, der auf Völkerversöhnung hinarbeitende Mann schon eine ihm zu nahe auf den Pelz rückende Gefährdung erblickt, und wie raumblind sogar die sogenannten Imperialisten z. B. in Inneneuropa vor dem Weltkrieg dagegen gewesen sind. Scapa Flow ist von der Helgoländerbucht nur 1000 km entfernt, ohne daß die führenden deutschen Friedensfreunde dies als eine große Drohung gegen ihr Land empfunden hätten, obwohl Hamburg ganz anders vital für Inneneuropa ist als die Südspitze von Formosa für das japanische Reich, dessen vitale Teile von Singapure 4300 km abliegen!

Aus einem solchen Blitzlicht wird das Denken in ganz andern Ausmaßen im indopazifischen Bereich klarer, als aus langen theoretischen Erörterungen. Dabei war Murdoch zuerst radikaler Sozialist wie Yamagata auch; als 1893 australische Sozialistenführer die sozialistische Gemeinschaft in Paraguay versuchten (und damit einen der grausigsten Fehlschläge des Idealismus in der Wirtschaftsgeographie und Geschichte praktisch erprobten), war Murdoch mit von der Partie und „realisierte zum erstenmal, daß Sozialismus ein schöner Regenbogen ist, aber unmöglich zu ergreifen". Nächst Lafcadio Hearn hat wohl kein Fremder in neuerer Zeit so viel für das Verständnis japanischer Volksseele und ihres Werdegangs nach außen hin getan wie Murdoch. Dennoch sehen wir aus dem Nachruf eines seiner treuesten Schüler, wie weit es selbst innerhalb international verwandter Gruppen zum gegenseitigen Verständnis ist!

Wir verzeichnen — gerade angesichts der britischen Anpassung an den chinesischen Standpunkt und der Reichs-Neugliederung — mit bitterem Verständnis den Vorschlag der Far Eastern Review (Vol. XXII, Oktober 1926, Nr. 10, Seite 452), auf dem Wege einer Neuverteilung der Südsee-Mandate das Mandat von Neu-Guinea statt Australien, das es notorisch schlecht verwaltet und das eigne Land nicht mit Siedlern zu füllen vermag, an Japan zuzuteilen. Die Antwort würde ja allerdings ähnlich lauten, wie der Rückschlag einer auf den Schwanz getretenen Cobra, oder wie die von Mr. Amery, dem Staatssekretär der Kolonien bei dem Ost-Afrika-Diner: „Wir sind den deutschen Block von Eindringlingen endlich los geworden, der nun unter dem Namen des Tanganyika-Territoriums für immer in das britische Reich einverleibt ist . . .“ Aber Italiens Erfolge bei Zusammenkünften unter vier Augen haben auch in Japan die Gemüter angeregt; mindestens zeigt diese Nummer der gut unterrichteten, allerdings japanisch beeiuflußten Haupt-Ingenieurzeitung des Angelsachsentums in Ostasien, wo Gemeinsamkeiten Japans, Italiens und Deutschlands liegen; sie wären alle drei auf Kosten britischer Raumreserven erfüllbar, wenn man die Raumreserven nicht der notwendigen Entwicklung aus eigner Kraft zuführen sollte, was eben in der öffentlichen Meinung der Welt nachgewiesen werden müßte.

„Frieden im Pazifischen Ozean kann nur gesichert werden durch Finden eines geeigneten Auslasses für Japans überschüssige Millionen.“ So meinen wichtige Vertreter der Vereinigten Staaten, die hier nicht ganz einig mit dem australischen und britischen Sicherungswunsche nach Fernhalten der Ostasiaten gehen. „Mussolini wird auf derselben Seite als Präzedenzfall für einen japanischen Volkslenker von ähnlicher Geistesrichtung erwähnt. Amerikanisches Geld und japanischer Volksdruck in Kooperation haben hier noch ein Arbeitsfeld auf tausend Jahre.“ Wie, wenn man solche Arbeitsfelder auch für hinzukommende deutsche Kräfte fände? Jedenfalls zeigen sich hier geopolitische Möglichkeiten, die nicht mehr aus dem Auge zu lassen wären. Nur im Zusammenhang damit kann die Arbeit von Schnee (German Colonization Past and Future, London 1926) nach ihrem vollen Wert gewürdigt werden.

Die Eisenbahnverbindung über und unter der Straße von Shimonoseki dürfte nun Wirklichkeit werden. Dr. Hirois Brückenentwurf scheint fallen gelassen, auch der erste Tunnel (18 Mill. Yen); ein zweiter Vorschlag (Dr. Okano) hat am ehesten Aussicht auf Erfüllung (zwischen 20 und 32 Mill. Yen), der eine Brücke über Koseto nach der Insel Hikoshima, von dort einen Tunnel unter der Oseto auf die Bahn zwischen Moji und Kokura führt, und auf diese Weise eine der wichtigsten Bahnverbindungen des Inselreiches den Zufällen des Seeverkehrs und U-Bootkrieges entzieht.

Die Vorbereitung dieses technischen und verkehrsgeographischen Großwerks, wie die Vollendung vieler anderer, namentlich Kraftanlagen, zum Teil unter starkem Hereinnehmen amerikanischen Leihgeldes, gehört zu der stillen Energiesammlung, auf die Japan seit der Hochkonjunktur von 1920 abgekommen war. Das geschah unter fortwährendem Zusammenziehen auf sich selbst unter der ausklingenden, am 25. 12. 26 zu Ende gegangenen Taisho-Ära der „Großen Gerechtigkeit“. Der sechsundzwanzigjährige Kaiser Hirohito hat für seine Regierung das Leitwort: „Leuchtender Friede“ (Showa) geprägt.

Hat der Thronwechsel und Name geopolitische Bedeutung? Mindestens ist jede fernöstliche Friedenstrübung Andern zugeschoben! .

Drei starke Strukturbestandteile des von 1920 bis 1925 um 6 465 992 Einw. gewachsenen, heute um rund 900 000 Menschen jährlich zunehmenden japanischen Reiches (heute etwas über 85 Millionen) haben während der 15 Jahre Taisho ihre tragende Rolle im Reichsbau gewechselt: die Hieromonarchie, die noch unter dem Meiji-Kaiser Mutsuhito eine der stärksten Aktivkräfte Japans war, und mehr und mehr zur Galionfigur im britischen Stile wurde; die Genro, die alten Staatsmänner, der am meisten aristokratische Bestandteil, deren begabteste Führer hinwegstarben und keinen ausreichenden Ersatz fanden, und die in diesem Jahr von einer Wählerbasis auf $3^1/_2$ Mill. Wählern auf $12^1/_2$ Millionen verbreiterte Volksvertretung, die eine mächtige Zukunftsrolle spielen sollte, aber vorläufig noch aus den alten Parteiklüngeln auch regionaler Prägung nicht hinausfindet. Das ist also eine außerordentlich labile Innenstruktur.

In der äußeren Stellung des Inselreiches ist auch unter der neuen, in vielem handlungsfreieren jungen Herrschaft der Ferndruck der Vereinigten Staaten wie der Sowjetbünde und die Unsicherheit der chinesischen Reichspolitik, wie der zwischen Singapurdrohung und Kooperationswunsch in China schwankenden britischen stark fühlbar, wenn auch so gute Beobachter, wie Walter Bloem mit Recht die südmandschurische Stellung Japans weit fester als die nordmandschurische der Sowjets finden. Aber sie ist eben noch enger begrenzt als die russische in China.

Die mögliche Trennung Chinas in einen nördlichen stützungsbedürftigen Pufferstaat unter Tschang-Tso-Lin und eine sehr lebenskräftige, bald wieder um sich greifende süd- und mittelchinesische Republik kann geradezu die japanische Reichspolitik in einem gefährlichen Übergang sehr entlasten. Dazu kommt, daß nicht nur die britischen Vorschläge an Kanton (mit ihrer verschleierten, länderweisen Anerkennung der chinesischen Zollhoheit [Verdoppelung der Zölle], ihrer freilich nun den Chinesen längst nicht mehr weit genug gehenden Anerkennung ihrer Selbstbestimmung), sondern auch das Auftreten des amerikanischen Zollkonferenz-Delegierten Strawn und die gleichzeitige Aufrollung der Philippinenfrage durch den Bericht des Präsidentensendlings Carmi Thompson (Verschiebung der Unabhängigkeit auf griechische Calenden, Abgliederung von Mindanao (Kautschuk!!), Palawan und Sulu) die ehedem hinhaltende Politik der Vereinsstaaten zwangsweise der britischen genähert hat.

Namentlich Silas Strawn hat durch scharfe Bloßstellung der chinesischen Verwaltungsschwächen, Aussprache zugunsten des britischen Seezoll-Leiters wegen der chinesischen Bestechlichkeit die alte Chinapolitik der Vereinsstaaten fast unmöglich gemacht, die darin bestand, die Kolonialmächte allein als die bösen Trüber des chinesischen Selbstbestimmungsglückes hinzustellen und die Vereinigten Staaten selber als die selbstlosen Hüter der offenen Thür. Dazu kommt störend die Demaskierung des Wirtschaftsimperialismus in Nikaragua und Mexiko und das Löken der großen lateinamerikanischen Staaten wider den Stachel.

Das britische Memorandum über China ist sowohl gegenüber französisch-japanischen Rückversicherungen, als gegenüber den Vereinsstaaten eine Art Flucht in die Öffentlichkeit: als solche mindestens von gleicher Bedeutung und Tragweite für Neubildungen im ganzen indopazifischen Bereich, wie für den engeren wirtschaftlichen Kriegsschauplatz in China.

Auf diesem selbst hat sich das Gewicht weiterhin zugunsten der früheren Kantonregierung, die nun nach Hankau-Wutschang übersiedelt ist, verschoben. An der Jahreswende standen Kwangtung und Kwangsi, Hunan und Hupe, Fukien und Tschekiang fast vollständig, größtenteils Szechuan, Kweichau, Teile von Yünnan, Honan, Kansu mit ihren Hilfsquellen zur Verfügung der Republik, der Yangtse- und Hwangho-Tal offen lagen. Die Besitzergreifung von Shanghai war nur eine Frage der Gelegenheit; die Stellung der Tutschune in der Millionenstadt war so unterwühlt, daß sie sich darin so wenig sicher fühlen konnten, wie etwa Koltschak in Irkutsk. Einigermaßen fest in der Hand Tschang-Tso-Lins war, außer seinem mandschurischen Gebiet, nur noch ein Teil von Tschili und Shantung, und auch in diesem Gebiet war die Erhebung des doppelten Zollzuschlages angeordnet.

Diesem zentralen Umgruppierungsherd gegenüber waren die Machtverlagerungen in den Randgebieten fast gegenstandslos.

Einen guten Umriß dessen, was Afghanistan will und sich jetzt schon gegenüber der einst so völlig bevormundenden anglo-indischen Reichspolitik durchzusetzen getraut, hat Syed Quasim Khan, der neue Generalkonsul für Indien, ein gut geschnittener Rassekopf, Anfang Dezember in einem bestellten Interwiew des „Pioneer“ (Allahabad) gegeben. Der flüssig englisch sprechende, viel gereiste junge Diplomat wies mit Stolz darauf hin, daß sein wichtiges Durchgangsland nun nicht nur in Indien und Europa, sondern demnächst auch in Washington vertreten sei. Auch Afghanistan ist autarkisch eingestellt: es schützt sich durch einen 50% Wertzoll auf fremde Waren und verbietet das Tragen fremder Stoffe; es sucht sich zunächst eine Kriegsindustrie zu schaffen, ist mit Minenkonzessionen sehr vorsichtig und holt als Instrukteure Franzosen und Türken, die einer allgemeinen Wehrpflicht und Turnpflicht vorarbeiten sollen.

Die Gefahr des Überspringens bolschewistischer Macht- und Wirtschaftsgedanken stellt der afghanische Generalkonsul für Indien natürlich dort in Abrede. Gute Beobachter von der Nordgrenze versichern uns aber, daß weniger die zentralen Reize der Sowjetbünde, als ihre geschickte Aufzäumung der Sowjetrepubliken Uzbekistan, Kirgisistan und Tadjikistan starken Reiz auf die gleichstämmigen, von der afghanischen Pathan-Minderheit gewaltsam und etwas lieblos regierten nordafghanischen Provinzen üben. Die Usbeken sind Turktataren, die Tadjiks Alt-Iranier, die Kirgisen Mongolen; und so hat der Sowjetbund in dem ehemaligen Generalgouvernement Turkestan, in Chiwa und Bochara (dessen Emir nun in Afghanistan sitzt) annähernd der Rassenstruktur entsprechende Gebilde als Lockung aufgerichtet. Man hat dem Turkmenen, Tadjik und Kirghisen seinen Bazar, sein Wirtschaftssystem, nur eben unter Staatslieferungen statt Großkaufmannslieferungen gelassen, und ihm eine Illusion von Selbstbestimmung und Selbstregierung beigebracht, während die Sowjetzentrale in Wirklichkeit alle entscheidenden Kräfte der Staats- und Wirtschaftsmacht so festhält, daß Turkestan von heute ein wohl vorbereitetes Etappengebiet darstellt. Neue Beobachter sprechen von einem unverkennbaren Aufstieg seit 1923 und stellen nicht in Abrede, daß es den Sowjets in hohem Maße gelungen ist, das Vertrauen des Islam zu erwerben. An dieser Stelle, wie in China bewährt sich eben das Wort von dem Regieren des Bestinformierten: ob geopolitische Schulung sich direkt

oder indirekt auswirke, ist eine Frage zweiter Ordnung, wenn sie nur überhaupt vorhanden und wirksam ist!

Otto Maull:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Von der Betrachtung der mehr stetigen Weiterentwicklung des amerikanischen Staatenlebens wird unser Blick, immer wieder von Besorgnis erfüllt, zu den beiden Kampfzonen in der neuen Welt hingelenkt, zur südbrasilianischen und nach Nicaragua. Der Aufstand in Südbrasilien erscheint gegenüber der Revolution in Nicaragua oder, um dieses Problem beim richtigen Namen zu nennen, dem Kampf um das amerikanische Mittelmeergebiet mehr als eine Lokalfrage. Immerhin ist es eine Frage von nicht unbeträchtlicher Tragweite, wenn sich die Erinnerung der Tatsache bewußt wird, daß eigentlich hier seit Jahren die politische Ruhe nicht gefunden werden konnte und die Revolution immer wieder ihr Haupt erhebt. Wie wir schon mehrmals im Laufe unserer Berichterstattungen hervorhoben, erscheint Rio Grande do Sul infolge seiner Grenzlage als ein für alle Aufstandsbewegungen günstiger Revolutionsherd, aber auch als eine Zelle, von der sich verhältnismäßig rasch die Bewegungen den benachbarten Staaten des Südens und des Inneren mitzuteilen vermögen. Darin liegt die Gefahr für das Ganze. Auch im speziellen Falle ist, nach den wenigen und bestimmt nicht absolut sicheren Mitteilungen, die zu uns gelangt sind, zu urteilen, die Erhebung nicht auf Rio Grande beschränkt geblieben. Santa Catharina, Parana, Matto Grosso und Goyaz sind in den Wirkungsbereich der Bewegung einbezogen worden. Sowohl in Rio Grande wie in Santa Catharina und Goyaz ist es zu Kämpfen gekommen. Nach Meldungen aus dem ersten Januardrittel sollen sowohl in Rio Grande wie in Santa Catharina die Regierungstruppen, allerdings nach anfänglichen Niederlagen, siegreich sein. Dagegen wird gemeldet, daß Jataby und Goyz von den Revolutionären besetzt worden sein sollen. Charakteristisch für die Beziehung der revolutionären Partei zu Uruguay ist die Meldung, daß Rebellen sich auf uruguayischem Boden gesammelt haben, und daß Aufständische in Rio Grande unter der Führung eines uruguayischen Offiziers stünden. Es ist eine Andeutung jener Beziehungen, auf die wir schon früher einmal aufmerksam machten, als wir von dem Wechsel der Revolutionäre über die Grenze von Uruguay im Falle des unglücklichen Ausgangs der Bewegung sprachen. Wie Everardo Backheuser neulich in seinem Aufsatze über „das politische Conglomerat Brasilien" (in dieser Zeitschrift) ausgeführt hat, fehlt es an Spannungen und Bebenzonen innerhalb des brasilianischen Staatskörpers nicht. Darum nimmt es nicht wunder, daß Bewegungen wie die von Rio Grande do Sul nicht lokalisiert bleiben, ja, daß sie sich von vornherein ein weiteres Ziel stecken. Das ist auch dieses Mal der Fall. Denn die Aufständischen haben in den Staaten Santa Catharina, Parana und Matto Grosso einen Aufruf erlassen, der sich gegen die Bundesregierung wendet. Sie fordern sofortiges Zurücktreten der Regierung, Reform der brasilianischen Verfassung und die Einführung der geheimen Wahl. Welche Kräfte am Werke sind und welche

Aussichten die revolutionäre Bewegung hat, ist zurzeit und namentlich aus der Ferne nicht zu beurteilen.

Die Revolution wendet sich damit gegen die neue Regierung des Bundespräsidenten Dr. Washington Luis Pereira de Sousa, der Mitte November sein Amt angetreten und damit die Regierung eines Landes in der Zeit einer schweren wirtschaftlichen, besonders finanziellen, aber auch politischen Krise übernommen hat. Es wäre gewagt, der neuen Regierung eine Prognose stellen zu wollen. Zwar muß ihr Programm als ein geschicktes bezeichnet werden, das in einer Stabilisierung der Währung eine Gesundung der Finanzlage, im „Schutz der lebensfähigen nationalen Industrien", freilich auch in der weiteren Begünstigung des Wirtschaftsnationalismus eine solche der Wirtschaftslage erstrebt. Fast wichtiger erscheinen die rein politischen Maßnahmen: die Freilassung der zahlreichen politischen Gefangenen, die die innere politische Gärung im Lande beseitigen will, und der Umschwung der völkerbundfeindlichen in eine völkerbundfreundliche Politik. So klar und erfreulich aber auch ein Programm sein möge, es wird in Brasilien immer rechnen müssen mit den objektiven und den subjektiven Widerständen, von denen die ersteren aus der unausgeglichenen Gesamtstruktur des Landes erwachsen, und von denen die zweiten von den unzufriedenen Elementen gar verschiedener Interessensphären aufgerichtet werden. So kommt es, daß auch die neue Regierung schon wieder durch die Aufständischen des Südens und der Mitte bekämpft wird. Dem geopolitischen Auge bleibt es nicht verborgen, daß die peripherische Lage der Revolutionsgebiete die Bewegung begünstigt. Es sind dieselben Gebiete, die die Revolutionäre der Jahre 1923 und 1924 als Rückzugsgebiete wählten, nachdem die Revolution in der Kernlandschaft São Paulos erstickt war. Die Lehre, daß politische Bewegungen von einzelnen Landschaftszellen ausgehen, gewinnt dadurch wiederholte Bestätigung. Für den speziellen Fall wird aber auch die Erkenntnis gewonnen, die sich durch zeitlich rückschauende Betrachtung besonders für Rio Grande do Sul leicht vertiefen ließe, daß bestimmte Landschaften die Entwicklung revolutionärer Bewegungen besonders begünstigen. Die rasche Ausbreitung über Nachbargebiete ist eine Folge der fortschreitenden Verkehrsaufschließung. Die großen Stränge der Verkehrsstruktur können darum nicht nur als Klammern der Gesamtstruktur gewertet werden. Gelegentlich hebt ihre Ausnutzung ihren eigentlichen, ursprünglichen Sinn auf. Trotz solcher Ausbreitung der Bewegung sieht anscheinend auch die neue Regierung in der revolutionären Bewegung eine Lokalfrage, weil sie, wie verlautet, deren Bekämpfung zunächst den lokalen Gewalten überlassen hat.

Auf ein geopolitisches Problem ganz anderer Art weisen die Unruhen und politischen Spannungen im amerikanischen Mittelmeergebiet hin. Hinter ihnen verbirgt sich nichts weniger als der Kampf der Union um die Hegemoniestellung im amerikanischen Mittelmeergebiet und die dadurch ausgelöste Abwehr Lateinamerikas. Man muß von vornherein nicht annehmen, daß dieser Kampf notwendigerweise zu kriegerischen Großwirren führen müsse; man kann aber ebensowenig leugnen, daß er unter Umständen dazu führen kann. Im ganzen ist der Kampf um das amerikanische Mittemeergebiet eine Frage der großen Politik. Da aber sowohl Kräfte, die den Krieg wollen, ebenso wie Kräfte, die einen Krieg vermeiden möchten, am Werke sind, wird die Frage, ob es zur Fortsetzung einer Politik mit anderen, eben mit kriegeri-

schen Mitteln kommt, vom Erfolg des Ringens der beiden Kräftegruppen miteinander abhängen. Denn wenn auch die Hegemoniestellung der Vereinsstaaten in den Ländern um das amerikanische Mittelmeer ganz allgemein eine Forderung der vereinsstaatlichen Politik ist, so ist doch diese Forderung fern davon, eine augenblickliche Lebensfrage zu sein, die eine Entscheidung mit den Waffen verlangte.

Denn die beiden Probleme, der Streit in Nicaragua und die Spannung mit Mexiko, sind an sich zwei getrennte Fragenkomplexe, die allerdings diese Isolierung schon aufgegeben haben und miteinander verwachsen sind. Eine Zeitlang wollte es scheinen, als ob die Revolution in Nicaragua, der Kampf der Liberalen unter Sacasa gegen die konservative Regierungspartei unter Diaz, eine Revolution nach dem Stile der mittelamerikanischen ohne weitere Folgen für die Außenpolitik sei. In ihrer Befehdung der augenblicklichen Regierung, an deren Spitze der konservative Präsident Don Alfonso Diaz steht, sehen die Liberalen unter der Führung des Dr. Juan Sacasa eine Usurpation, weil der 1924 gewählte liberale Präsident Don Carlos Solarzano durch den Konservativen Chamorro, den Vorgänger von Diaz, 1925 mit Waffengewalt gestürzt wurde. Rechtmäßig müßte darum die Regierung nach dem Wahlturnus und dem Wahlergebnis von 1924 in der Hand der Liberalen sein. Darum hat sich Sacasa in Puerto Cabezas, einem Hafen der Ostküste, zum Präsidenten von Nicaragua ausrufen lassen, um von dort aus den Widerstand gegen die Regierung Diaz aufzunehmen. An sich war damit ein Bürgerkrieg in einer kleinen amerikanischen Republik ausgebrochen, der nur unbedeutenden Kampfhandlungen zeitigen mußte und auch gezeitigt hat. Je ein paar Tausend Streiter stehen sich einander gegenüber. Wir haben im letzten Heft über den Beginn bzw. über das Wiederaufleben dieser Streitigkeiten kurz berichtet, die ihren Lauf ohne jegliche Weltbedeutung genommen hätten, wenn die Vereinigten Staaten keine Truppen gelandet hätten. Wir meinten damals: „Die Landung vereinsstaatlicher Truppen läßt schwere Komplikationen befürchten". Die Landung der Marinetruppen von den Kreuzern „Denver" und „Cleveland" in Puerto Cabezas und die Errichtung einer neutralen Zone an der Ostküste, die die Distrikte von Puerto Cabezas, Rio Grande, El Bluff und Bluefields umfaßt, ist von den amtlichen Stellen als Maßnahme zum Schutz der vereinsstaatlichen Bürger in Nicaragua bezeichnet worden. Die Truppenlandung, bei der es zu einem unbedeutenden Scharmützel mit den Aufständischen gekommen sein soll, hat zunächst einen Protest Sacasas zur Folge gehabt; doch hat es auch sonst in den beiden Amerika nicht an ernster Kritik dieses Vorgangs gefehlt. Bei einer Umfrage bei den Vertretern der zentral- und südamerikanischen Staaten in Washington soll die Truppenlandung fast allgemein als ein schwerer Fehler der Vereinigten Staaten bezeichnet worden sein, der Zweifel in die Objektivität der amerikanischen Politik setze und den Panamerikagedanken verletze. Scharf wendet sich vor allem die „Nacion" in Santiago de Chile gegen die Maßnahme. Ebenso sieht in ihr die argentinische „La Prensa" eine widerrechtliche Handlung, die der Entwicklung des Völkerrechts in Amerika im Wege sei. Den ersten Einsprüchen gegenüber ist von der Washingtoner Regierung wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es sich lediglich um den Schutz der amerikanischen Bürger handele. Die späteren Mitteilungen aus Washington lauten allerdings ganz anders; auch in einer Botschaft an den Kongreß bezeichnet Coolidge als Ziel der amerikanischen

Regierung die Unterdrückung der Revolution in Nicaragua, d. h. mit anderen Worten die Herstellung des absoluten Einflusses der Vereinsstaaten und die Schaffung einer stabilen Regierung in der mittelamerikanischen Republik. Zwar redet die Botschaft auch nur vom Schutz der Kapitalanlagen und der anderen dortigen Interessen der amerikanischen Bürger. Im Hintergrunde — wenn das auch mit keinem Worte in den offiziellen Berichten erwähnt wird — steht das sehr viel größere Staatsinteresse, das allerdings durch die Vorgänge in Nicaragua selbst schwer gefährdet erscheint. Denn seit 1911 üben die Vereinigten Staaten neben ihrem allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß die Kontrolle über die Staatsfinanzen in Nicaragua aus. Daß bei diesem immerhin empfindlichen Eingriff in die Selbständigkeit des Staatshaushalts eine antivereinsstaatliche Richtung Oberwasser bekommen mußte, liegt auf der Hand. Die Träger dieser Bewegung, die auch hier natürlich als die nationale bezeichnet wird, sind die Liberalen, die in ihrem Gegensatz zu der Union den Anschluß an Mexiko, speziell an die Regierung Calles, gefunden haben. Dabei muß dahingestellt bleiben, wie weit sie von Mexiko unterstützt werden. Auf der anderen Seite ist die konservative Regierung unionfreundlich und von den Vereinigten Staaten allein anerkannt; im Einverständnis der Regierung Diaz sind die Marinetruppen gelandet worden, und Diaz hat wiederholt um die Hilfe der Nordamerikaner gebeten.

Damit gewinnt aber der Bürgerkrieg in Nicaragua einen ganz großen politischen Hintergrund: der Einfluß der Vereinigten Staaten, der sich auf die konservative unionfreundliche Regierungspartei erstreckt, wird gefährdet durch den Aufstand der liberalen Partei, die ihren Rückhalt in den mexikanischen Regierungskreisen findet. Die Spannung der Union mit der mexikanischen Regierung überträgt sich damit auf die revolutionäre Bewegung in Nicaragua. Es ist die Aufrechterhaltung ihres Einflusses, dessen Minderung die Union sowohl in Mexiko wie vielleicht vor allem in Nicaragua vermeiden will, die zum Handeln treibt. Die Beziehung der Liberalen zu Mexiko verstärkt aber den Widerstand symptomhaft, und die Antipathie, auf die die vereinsstaatliche Intervention in weiten Kreisen des romanischen Amerika stößt, läßt bewußte Abwehr Latein-Amerikas gegenüber Germanisch-Amerika erkennen. An sich bedeutete es ja wenig, daß ein Teil der Bevölkerung einer kleinen mittelamerikanischen Republik sich gegen die Vereinigten Staaten ablehnend verhält, dabei einige Unterstützung durch die mexikanische Regierungspartei und wortreiche Sympathieerklärungen von seiten der romanischen Staaten erfährt, wenn nicht in Nicaragua selbst große territoriale Interessen und darüber hinaus das Prestige der Führung in Panamerika auf dem Spiele stünde. Diese regionalen Interessen beziehen sich auf die Sicherung der Zone eines künftigen Nicaraguakanals, der immer dringender von den vereinsstaatlichen Marinekreisen gefordert wird. Darum hat seit langer Zeit, seit dem das Kanalproblem in Mittelamerika überhaupt aktuell geworden ist, die Union in Nicaragua ihre Hände im Spiel. Seit Dezennien erscheinen in Nicaragua Regierungen, die den Nordamerikanern genehm sind und sich ihrem Einflusse beugen. Von 1913 bis zum letzten Jahr stand sogar eine amerikanische Garnison in Managua. 1914 überließ Nicaragua auf 99 Jahre die vor seiner Ostküste gelegenen Little und Great Corn Islands; und 1916 bzw. 1919 traten auch die benachbarten Inselgruppen, Serrana und Quita Sueño Banks und

Roncador Cay, unter die ausschließliche Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten. Auch alle Rechte längs der Kanalzone San Juanfluß—Nicaragusee sind von ihnen schon 1916 käuflich erworben worden. Daß die Union eine so wohl eingekreiste Position nicht aufgeben wird, erscheint selbstverständlich.

Darum hat die Union zweifellos mit großer Besorgnis erfahren müssen, daß die Liberalen den konservativen Streitkräften eine schwere Schlappe bei Laguna de las Perlas beigebracht haben, und daß der Zulauf zum liberalen Lager stark ist. Ein Hilferuf des Generals Diaz an die Nordamerikaner war die Folge, die jedoch zunächst davon Abstand nahmen, Partei im Kampfe zu ergreifen; doch werden weitere vereinsstaatliche Truppensendungen nach Nicaragua gemeldet und neue amerikanische Marinetruppen sind inzwischen gelandet worden. Die Liberalen haben inzwischen mit einer neuen Offensive begonnen und richten ihre Angriffe einmal auf Rama, dann auf Granada am Nicaraguasee. Anscheinend werden die Liberalen durch Mexiko mit Waffen und Munition unterstützt. Eine neueste Notiz meldet allerdings von einer nordamerikanischen Waffensendung an Sacasa. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß ein jüngst von Diaz gemachter Friedensvorschlag, der den Eintritt der Liberalen in seine Regierung vorsieht, den Bürgerkrieg beenden wird.

Der Kampf der Union und Mexikos um den Einfluß in Nicaragua hat auch die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko sehr verschärft, zumal die mexikanische Regierung starr bei ihren am 1. Januar in Kraft getretenen Öl- und Landgesetzen steht und eine Verlängerung der Frist zur Einreichung der Konzessionsgesuche der Ölgesellschaften abgelehnt hat. Bis zur Zeit der Berichterstattung ist jedoch Calles nicht dazu übergegangen, die amerikanischen Konzessionen zu beschlagnahmen, was sicher zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen würde. Denn nicht weniger unnachgiebig scheint im Falle einer solchen Konfiszierung die vereinsstaatliche Regierung zu sein. Das Zögern der mexikanischen Regierung, die Bereitwilligkeit, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, ist aus der nicht unangefochtenen Position der Regierungspartei heraus zu verstehen, die seit dem Kirchenstreit in bedenklicher Weise unterwühlt ist. Wie Calles vorausgesehen hat, ist es denn auch gegen Mitte Januar zu Aufständen gekommen, die schon die Staaten Coahuila, Jalisco, Chihuahua und Guana Juata umfassen. In dem letzteren Staate sollen sich mehre tausend Revolutionäre zum Marsch auf die Hauptstadt gesammelt haben. Doch wird jetzt schon die Niederlage der Revolutionäre aus allen Bundesstaaten gemeldet, in denen die Revolution ausgebrochen ist. So hat der Kampf um Mittelamerika schwerste innere Zerklüftungen ausgelöst, die heute noch kein rechtes Urteil über die Grundlinien eines politischen Neubaus zulassen.

Unter den großen internationalen Verkehrsverknüpfungen, die Amerika betreffen, ist die drahtlose Telefonverbindung zwischen England und den Vereinigten Staaten zu erwähnen. Die englische Funkstation ist Rugby, die amerikanische Empfangsstation ist Houlton in Maine. Umgekehrt ist die amerikanische Funkstation Long Island, die englische Empfangsstation Wroughton bei Swindon. Auch die Eröffnung des Verkehrs mit Kanada ist während der Reichskonferenz erfolgt. Ebenso soll in diesen Tagen der Verkehr zwischen Australien und Vancouver eröffnet werden.

Peru lehnt den Vorschlag der Neutralisierung der Tacna—Aricazone ab.

ARPAD TÖRÖK:

KOORDINATION DES POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTS-WILLENS

Verstehen wir unter politischem Willen jene Tendenz, die einer bestimmten Gemeinschaft als Ausdruck ihrer Lebenseinstellung innewohnt und die auf eine höchstmögliche Befriedigung ihrer Kollektivbedürfnisse gerichtet ist, unter Wirtschaftswillen hingegen die Richtung, die von der Gemeinschaft eingeschlagen wird, um den wirtschaftlichen Kreislauf, unter Berücksichtigung einer ebenfalls höchstmöglichen Bedürfnisbefriedigung, abzuschließen, so wird für diese Gemeinschaft der günstigste Zustand dann erreicht sein, wenn der Aktionsradius des politischen und Wirtschaftswillens zusammenfallen.

Es kann nicht wundernehmen, wenn das Streben nach einer Koordination des politischen und Wirtschaftswillens durch die ganze Geschichte hindurchzieht und es den politisch mächtigen Völkern auch meistens gelungen ist, eine solche Koordination, bis auf unbedeutende Differenzen, durchzusetzen. Man kann es nicht wegleugnen, daß das menschliche Glück zu einem großen Teil von der Prosperität seiner Wirtschaft abhängt, aber nicht ausschließlich von dieser. Es gibt nur zu viel Situationen im Leben, in welchen das nüchterne wirtschaftliche Interesse anderweitigen hintangesetzt wird. Und das nicht bloß bei dem einzelnen, sondern auch im Völkerleben. Insbesondere wird man dem Drang nach politischer Unabhängigkeit eine solche Wirkung zuschreiben müssen. Diese zwei mächtigen Interessen suchen die Koordination und werden auf eine innige Verbindung solange nicht verzichten können, als das Wirtschaften von den übrigen sozialen Funktionen nicht gänzlich losgelöst und zu einer für sich selbständigen Tätigkeit erhoben ist. Der Wirtschaftswille, der auf einen günstigen Abschluß des ökonomischen Kreislaufes gerichtet ist, muß — insoferne er auf die Koordination des politischen Willens verzichtet — immer mit der Gefahr rechnen, daß ein fremder politischer Wille, dessen Wirkungssphäre den ökonomischen Kreislauf durchquert, diesen Kreislauf durch feindselige Handlungen unterbindet und damit auch die eigene politische Existenz untergräbt. Solange kriegerische Handlungen zu den geschichtlichen Selbstverständlichkeiten gehören, wird diese Befürchtung immer berechtigt sein.

Die Grenzen, bis zu welchen kräftige Völker ihre Macht in der Vergangenheit auszudehnen vermochten, fielen in der Regel mit dem ökonomischen Kreislauf — wenigstens in seinen wichtigsten Adern — zusammen. Die Koordination beider Willen war ein Machtproblem, welches von den führen-

den Völkern eben gelöst werden konnte. Mit der raschen Entwicklung der Volkswirtschaft ist naturgemäß auch der ökonomische Kreislauf ungemein stark angeschwollen, so daß es dem politischen Willen immer schwerer wurde, den gewaltigen Durchmesser zu überbrücken. Einen Ausweg hat die Freihandelslehre aus dieser Lage gesucht. Ihre Argumente waren immer unwiderleglich. Sie erwartete von der Herstellung einer vollständigen wirtschaftlichen Freiheit nicht nur einen ungeschmälerten Abschluß des Kreislaufes, sondern gleichzeitig einen höchsten Erfolg des Wirtschaftens selbst. Vom rein ökonomischen Standpunkt erscheint eine andere Lösung auch fast ausgeschlossen. Daß die Freihandelslehre trotzdem so wenig Nachahmung fand, liegt in dem Umstand, daß sie eben nur einen rein ökonomischen Standpunkt eingenommen hat. Nun ist aber das Wirtschaften als soziale Verrichtung von den übrigen sozialen Lebensfunktionen keineswegs unabhängig. Im Vordergrund aller Lebensfunktionen steht die Selbstbehauptung, das Gebot des Lebenswillens. Die Kollektivpersönlichkeit wird in ihrem Streben nach Selbstbehauptung das Wirtschaften keineswegs als selbständige Tätigkeit gelten lassen, sondern gezwungen sein, ihren eigenen politischen Notwendigkeiten einzuordnen.

Erfolg oder Mißerfolg der Freihandelslehre sind von der politischen Entwicklung abhängig. Gelingt es einmal, den politischen Willen auf sein unmittelbares Machtbereich zu neutralisieren, verschwindet die Angriffsabsicht einmal gänzlich, dann können erst die psychischen Hindernisse einer allgemeinen Wirtschaftsfreiheit verschwinden. Die tatsächliche Entwicklung hat jedoch einen anderen Weg eingeschlagen. Die Geschichte hat neue soziale Individualitäten an die Oberfläche gebracht: die Nationen. Es mußte natürlich eine Spanne Zeit verstreichen, bis es den Nationen gelungen ist, sich zu selbständigen politischen Organismen emporzuringen. Dieser Aufstieg ist natürlich nicht ohne die schwersten Kämpfe vor sich gegangen. Mit Recht oder Unrecht glaubten die Nationen, daß sie ihre eigene Existenz nur im politischen Kampfe gegen andere durchsetzen können.

Dieser Zustand konnte der Verwirklichung der Freihandelslehre keineswegs günstig sein. Der Kampf, der um die nationale Lebensbehauptung einsetzte, mußte den Wirtschaftswillen notgedrungen in seinen Dienst stellen, denn eine Nichtberücksichtigung seiner Bedeutung für den Erfolg des politischen Willens, also für die nationale Lebensbehauptung, hätte eigentlich das nationalstaatliche Werden in seinen Grundfesten erschüttert. Der politische Wille hat nun sein altes Wettrennen mit dem Wirtschaftswillen auch in den neuen Nationalstaaten aufgenommen. Um sein Ziel zu erreichen, war er einerseits bestrebt, die Grenzen seines Machtbereiches in der Richtung des Wirtschaftswillens auszudehnen: das war der moderne Imperialismus; anderseits versuchte er den Wirtschaftswillen, durch künstliche Züchtung ökonomischer Gleich-

gewichtsfaktoren, innerhalb der eigenen Wirkungssphäre zu bannen: das ist die Politik der wirtschaftlichen Absonderung. Die Hartnäckigkeit, mit welcher diese beiden Methoden betrieben wurden, konnte nur einem so mächtigen Bedürfnis, wie es die Sicherung der nationalen Existenz ist, entspringen. Unglücklicherweise war aber eine nur annähernd befriedigende Koordination des politischen und Wirtschaftswillens nicht zu erzielen. Der wirtschaftliche Fortschritt hat seinen Siegeslauf nur noch mehr beschleunigt und der politische Wille vermochte diesem schon aus dem Grunde nicht zu folgen, weil sich die neuen politischen Individualitäten immer härter und widerstandsfähiger erwiesen haben, die ihren eigenen, fest verankerten Willen hatten, der nur zu wenig Neigung zeigt, sich anderen unterzuordnen.

Die Spannung dieser Epoche wurde immer gewaltiger, bis sie schließlich in dem verklungenen Weltkrieg ihren Höhepunkt erreicht hat. Aber auch der Ausgang des Weltkrieges hat hier keine Lösung gebracht. Im Gegenteil! Durch die weitere Atomisierung der politischen Willen und ihre erfolgte Erhärtung scheint die Lösung des Problems in noch weitere Ferne gerückt zu sein. Dazu kommt noch, daß sich das Problem in einer Weise verändert hat, wodurch eine Lösung allein in der Richtung der Freihandelslehre gar nicht mehr befriedigen kann. Die moderne Wirtschaft hat bereits Formen angenommen, die eine Loslösung vom politischen Willen überhaupt nicht mehr zulassen. Solange der Übergang vom Frühkapitalismus zum Hochkapitalismus noch nicht beendet war, vermochte eine Loslösung vom politischen Willen das rein ökonomische Interesse noch zu befriedigen. Nicht so im Zeitalter des Hochkapitalismus! Der regulierende Eingriff des Staates wird hier mitunter zu einer unerläßlichen Notwendigkeit und sein Ausbleiben kann von den größten Gefahren für die Wirtschaft begleitet sein. Die Entwicklung letzterer war immer von einer Umbildung sozialer Lebensformen begleitet, die schließlich auch in der Gesetzgebung und weiteren Gestaltung der Politik ihren Niederschlag hinterließen. Um wievieles mehr gilt dieser Satz in der Gegenwart, als die wirtschaftliche Entwicklung ein ungemein rasches Tempo innehat und die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung viel einschneidender und nachhaltiger sind. Die Politik hat den stets wechselnden Tatsachen der modernen Wirtschaft mit ihren angemessenen Formen nicht nur prompt zu folgen, sie muß mitunter die politischen und sozialen Vorbedingungen einer weiteren Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung durch rechtzeitigen Eingriff selbst erzwingen.

Die Aufgaben des politischen Willens der modernen Wirtschaft gegenüber sind im Rahmen einer nationalen Gesetzgebung nicht mehr zu erfüllen. Der Wirtschaftswille reicht heute weit über die nationalen Grenzen. Die Koordination des politischen und Wirtschaftswillens nur innerhalb der nationalen Grenzen ist ein Torso, ist Flickwerk an dem mächtigen Kulturwerden der

Gegenwart, das umfassende Ideen und umspannende Maßnahmen erfordert. Mit jedem Schritt, den die Wirtschaft nach vorne macht, steigt die ohnedies nicht unbedeutende Spannung zwischen dem wirtschaftlichen und politischen Willen. Sollte nun ein weiterer Völkerkrieg die Aufgaben lösen, die es ihm das eine Mal trotz der gewaltigsten Opfer, die er gekostet hat, zu lösen nicht gelungen ist? Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, daß es wieder dazu kommen sollte, weil das Problem heute doch ein anderes ist, als es im Jahre 1914 der Fall war. Damals haben die neuen sozialen Individualitäten ihren Kampf um die politische Lebensbehauptung unter ganz anderen Voraussetzungen aufgenommen, als dies in der Gegenwart der Fall wäre. Damals stand das nationalstaatliche Werden noch stark in dem Vordergrund. Es mußten in erster Linie die politischen Bedingungen der nationalen Unabhängigkeit gesichert werden, und zwar gegen den Vernichtungswillen alter politischer Mächte. Die weitere Sicherung durch die Wirtschaft folgte jener politischen nach. Demgegenüber ist der Vernichtungswille gegen die organisch erwachsenen Nationalstaaten in der Gegenwart schon verschwunden. Man hat sich in ganz Europa zur national-organischen Staatsauffassung bekannt. Die auf nationaler Grundlage erstandenen politischen Individualitäten, die Nationalstaaten, werden in ihrem Bestande eigentlich nicht mehr bedroht. Die politischen Gegensätze, die heute noch bestehen, sind zu einem nicht beträchtlichen Teil Nachklänge einer geschichtlichen Lage, stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit einer Zeit, die bereits überwunden ist. Gewisse Organe, die einstens Bedeutung hatten, sind von der Entwicklung eben noch nicht vollständig überholt worden.

Soll kein neuer Weltkrieg die weitere Entwicklung auslösen, so werden wir diese in jener Richtung suchen müssen, in welcher die schwächsten Formen liegen, die das Gegenwärtige einfassen. Die zu lösende Aufgabe ist eine Herstellung der Koordination zwischen den bereits stark divergierenden politischen und Wirtschaftswillen. Von einer nennenswerten Eindämmung des ökonomischen Kreislaufes, innerhalb nationaler Grenzen, kann keine Rede mehr sein, will man auf die errungenen Stufen der Wirtschaftskultur, will man auf die Gaben der modernen Wirtschaft nicht verzichten. Der Ausweitung des politischen Willens nach altem System sind einmal definitive Grenzen gestellt. Der schwächste Punkt, der von der Entwicklung leicht im Sturm genommen werden kann, liegt in der nationalen Wirtschaftspolitik, die, als Mittel nationaler Lebensbehauptung, jeder realen Grundlage entbehrt. Das, was die moderne Wirtschaft erfordert und was vom Standpunkt der politischen Sicherung auf keine kausalen Hindernisse mehr stößt, ist eine Synthese der atomisierten politischen Willen und seine größtmögliche Koordination mit dem Wirtschaftswillen. Das ist auch die Idee der europäischen Wirtschaftseinheit.

Gerhard Herrmann:

WELTWIRTSCHAFTLICHE BERICHTERSTATTUNG

Während das Dezennium 1914/24 gekennzeichnet war durch die Ausschaltung der spezifisch wirtschaftlichen Triebkräfte und die absolute Hegemonie militärisch-machtpolitischer Faktoren, trat mit Inkrafttreten des Dawesplanes hierin eine grundsätzliche Wendung ein. So wenig der Dawesplan eine endgültige Lösung der Reparationsfrage darstellt, so bezeugt er doch durch die scharfe Trennung der politischen und wirtschaftlichen Seite des Reparationsproblems eine neue Einsicht: Einmal erkannte man die grundsätzliche Verschiedenheit des Aufbringungs- und des Transferierungsproblems, sicherte so die Stabilität der deutschen Währung und den Ausgleich des Staatshaushaltes und schob das Hauptrisiko den Empfangsländern zu. Zum andern sah man ein, daß Reparationszahlungen nur durch einen entsprechenden Exportüberschuß möglich seien, dessen Erzielung verschärfte deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt mit sich brachte und somit eine Schädigung der entsprechenden Wirtschaftszweige in den Ländern des Reparationszahlungsempfangs. Nimmt man den Dawesplan nicht als isoliertes Phänomen, sondern als Symptom und Beginn einer neuen Entwicklungsreihe, so sehen wir hier den Ansatz zweier Einsichten, die die Entwicklung der Folgezeit bestimmt haben: 1. Es gibt der Wirtschaft immanente Kräfte, die politisches Machtstreben bei Strafe des Untergangs nicht ignorieren darf und 2. ist es unmöglich, einen Wirtschaftsorganismus, wie ihn nun einmal eine moderne Volkswirtschaft darstellt, aus der engen Verkettung mit anderen Volkswirtschaften herauszulösen, ohne beide Wirtschaften zu schädigen. Die einzelnen Wirtschaften sind so eng miteinander verflochten, daß das Gedeihen der einen nicht etwa auf Kosten der anderen geht, vielmehr *ihre* Blüte auch die der anderen bedingt und umgekehrt.

Brachte das Jahr 1925 eine wenn auch mit schmerzlichen Reinigungskrisen verbundene innere Konsolidierung der von Kriegs- und Nachkriegsfolgen am stärksten betroffenen Volkswirtschaften, so kamen im zweiten Halbjahr 1926 — dank der durch den Dawesplan und Locarno angestrebten Bereinigung der zwischenstaatlichen Atmosphäre — die Versuche, die Idee internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu verwirklichen, in bemerkenswerter Klarheit zur Ausprägung. Von zwei Seiten sucht man diese Versuche zu realisieren, durch Zusammenschluß der beteiligten privaten Interessenverbände und durch Maßnahmen von mehr oder weniger offizieller Seite: Wirtschaftsmanifest, Internationale Handelskammer und vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz.

Die privaten internationalen Vereinbarungen werden überwiegend in der Form von Gebiets- oder Produktionskartellen getroffen; so ist z. B. die am 30. September 1926 in Brüssel abgeschlossene Rohstahlgemeinschaft ein Produktionsmengenkartell mit einigen regionalen Modifikationen. An einer Jahresproduktion von reichlich 25 Millionen Tonnen Rohstahl sind Deutschland mit 40,4 %, das Saargebiet mit 6,5 %, Frankreich 31,9 %, Luxemburg 8,5 % und Belgien mit 12,6 % beteiligt. Am Ende des Jahres traten Österreich, die Tschecho-Slowakei und Ungarn als geschlossene Gruppe mit einer Quote von 7,2 % bei. Bereits bei dieser Quotenverteilung hat die deutsche Industrie sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht, darüber hinaus aber verpflichtet sie sich, 6,5 % des deutschen Verbrauchs an Walzwerkserzeugnissen aus Frankreich und Luxemburg hereinzunehmen, ohne entsprechende Vergünstigungen zu genießen. Die freilich nicht leicht erkauften Vorteile dieses Abkommens liegen für Deutschland in der Vermeidung des Valutadumping, denn die französisch-luxemburgischen Importe sind limitiert und erfolgen zu deutschen Inlandpreisen. Ferner hat die deutsche Eisenindustrie, abgesehen von der 6,5 %igen Einfuhr, den inländischen Markt ungehindert in ihrer Hand. Das Streben nach Marktbeherrschung und Berechenbarkeit der Marktsituation sind hier wie überall die entscheidenden Triebkräfte zur Kartellierung gewesen.

Einen weiteren Versuch internationaler Zusammenarbeit stellt die am 29. 12. 26 erfolgte Ratifizierung des im April in Lugano abgeschlossenen Abkommens zwischen der deutschen und französischen Kaliindustrie dar. Sachlich war eine Verständigung sehr nahegelegt, da bis 1918 die mitteldeutschen und elsässischen Produktionsstätten sich an enge Zusammenarbeit gewöhnt hatten, um dann durch das Versailler Diktat getrennt zu werden, und es überdies den jungen französischen Unternehmungen zum Teil noch an Erfahrungen fehlte. Formal wurde das Abkommen dadurch erleichtert, daß auf beiden Seiten nur je ein Kontrahent vorhanden war, das deutsche Kalisyndikat und die „Societé Commerciale des Potasses d'Alsace". Auch dieser Abschluß stellt ein Produktionskartell dar, dessen erste Anfänge übrigens bis 1924 zurückgehen, und zwar wird der Exportüberschuß im Verhältnis von 70:30 zugunsten Deutschlands geteilt bei einer Verkaufsmenge von 840 000 Tonnen. Überschießende Mengen werden zu gleichen Teilen repartiert. Daneben findet noch eine Gebietsverteilung statt. Die Binnenmärkte bleiben für beide Kontrahenten frei, der Export nach den USA, als dem wichtigsten Abnehmer, wird gemeinsam organisiert, Deutschland beliefert Skandinavien, Osteuropa und den Balkan, Frankreich liefert an Westeuropa. Auch in diesem Kartellvertrag ist Frankreich bei der Quotenverteilung günstiger gestellt, da es mit Hilfe von Staatssubventionen seine Produktion künstlich forciert hatte. Eine besondere Note erhält das deutsch-französische Kalikartell dadurch, daß

es ein Weltmonopol besitzt, und es bleibt abzuwarten, wie sich diese Tatsache auf die Preisgestaltung auswirken wird.

Auf breiterer Basis, als die bisher besprochenen Pakte, ruht der am 15. 11. abgeschlossene europäische Aluminiumpakt, der die wichtigsten Firmen Deutschlands, Englands, Frankreichs und der Schweiz umfaßt. Wohl in wenigen Industriezweigen haben sich so starke Umschichtungen vollzogen, wie in der Aluminiumindustrie. Infolge der Entwicklung der Flugzeug- und Automobiltechnik hat sich der Verbrauch seit 1913 verdreifacht. Ferner hat Deutschland unter dem Zwang der Blockade eine eigene Aluminiumindustrie aufgebaut. Wo es früher seinen Bedarf importierte, ist es nun zum Exporteur geworden, wodurch vor allem die Schweizer Industrie geschädigt wurde. 1926 war es an der Weltproduktion von ca. 210 000 Tonnen an zweiter Stelle mit 29 500 Tonnen beteiligt, nach den USA mit 89 000 Tonnen. Dieser Aufschwung der deutschen Aluminiumindustrie ist umso bemerkenswerter, als mit Ausnahme Großbritanniens die fremden Industrieen durch Schutzzölle gedeckt sind, während in Deutschland kein Aluminiumzoll besteht, die Bemühungen der deutschen Aluminiumproduzenten um Schutzzölle sind nun durch den Abschluß des Paktes gegenstandslos geworden. Da die Gefahr besteht, daß die Produktionskapazität rascher wächst als die Nachfrage, soll das Kartell durch Rationalisierung der Technik, Propaganda und eine entsprechende Preispolitik eine Erweiterung der Nachfrage erstreben. Sehr bemerkenswert ist es, daß man in dem Streben, Angebot und Nachfrage stimmig zu machen, nicht den üblichen Weg der Produktionseinschränkung eingeschlagen hat, sondern zu einer erheblichen Preissenkung (um 12 %) geschritten ist.

Zuletzt sei noch die am 12. 10. in New York mit einem Kapital von 100 Millionen Pfund erfolgte Gründung des internationalen Kupferexportsyndikats erwähnt, das unter dem beherrschenden Einfluß der USA steht. Es umfaßt nordamerikanische, südamerikanische, englische, französische und belgische Produzenten. Da die Beteiligung der Nordamerikaner mehr als 50 % ausmacht, besteht die Gefahr, daß das Syndikat als mächtige Einkaufs- und Verkaufsinstanz eine einseitige Interessentenpreispolitik gegenüber den europäischen Kupferproduzenten und -konsumenten treibt. Man scheint jedoch diese Gefahr überschätzt zu haben, denn im Laufe des vergangenen Quartals hat sich die europäisch-amerikanische Spannung wesentlich gemildert. Ähnlich wie das Aluminiumkartell übt auch das Kupfersyndikat die weise Mäßigung, durch Preissenkung und nicht durch Produktionseinschränkung auf eine Abnahme der Weltkupfervorräte hinzuarbeiten.

Die Bemühungen von Rohstoffproduzenten, über die Landesgrenzen hinaus zu einer Kartellierung zu gelangen, um den schädlichen Konkurrenzkampf auszuschalten und die Sicherung ihrer Rentabilität zu gewährleisten, sind

gegenüber der Vorkriegszeit keineswegs neu. Was aber den zwischenstaatlichen Pakten des Jahres 1926, deren Zahl mit den obenerwähnten keineswegs erschöpft ist, ihre besondere Bedeutung gibt, ist die historische Gesamtsituation, in der sie zustande kamen, ist die neue Verständigungsbereitschaft, die sie nach zehnjährigem Kampfe künden, eine Bereitschaft, der gerade die deutsche Industrie sehr konkrete Opfer gebracht hat, und die dadurch nicht geringer wird, daß bei diesen privatwirtschaftlichen Abmachungen stets das Gewinnstreben im Hintergrunde steht. Man hätte kaum ein Recht, hierin einen ersten zaghaften Versuch zu sehen, die Planlosigkeit weltwirtschaftlicher Produktion und Verteilung zu mildern oder gar zu überwinden, wenn nicht gleichzeitig und unabhängig davon von offiziöser Seite sehr ernste Versuche gemacht würden, die Hemmungen und Reibungen des weltwirtschaftlichen Prozesses zu beseitigen. Das Wirtschaftsmanifest ist in der vorigen Nummer von berufener Feder behandelt worden, so daß wir uns auf einige Bemerkungen über die vorbereitende Weltwirtschaftskonferenz beschränken können.

Die erste Anregung zur Weltwirtschaftskonferenz wurde bekanntlich von Loucheur im September 1925 der Völkerbundsversammlung gegeben. Darauf konstituierte der Rat im Dezember 1925 einen Vorbereitungsausschuß, der unter der Leitung von Theunis Ende April und Mitte November 1926 für eine Woche zusammentrat, um Datum und Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz festzusetzen und ca. 60 Memoranden anfertigen zu lassen, die in der Hauptversammlung als Diskussionsbasis dienen sollen. Die Zusammensetzung des Ausschusses, der aus 35 Mitgliedern besteht, bot die besten Voraussetzungen für eine fruchtbare und reibungslose Arbeit. Auf ausdrücklichen Beschluß des Rates hat man nicht etwa Regierungsvertreter als Ausschußmitglieder eingeladen, sondern hat sorgfältig aus allen Wirtschaftskreisen Sachverständige gewählt. Dies erleichterte und beschleunigte die Arbeit wesentlich, da die Mitglieder nicht an starre Richtlinien ihrer Regierung gebunden waren, sondern sich ganz aus ihrer persönlichen praktischen Erfahrung entscheiden konnten. Die Aufgabe der für den 4. Mai 1927 einzuberufenden Weltwirtschaftskonferenz soll sein, „die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu prüfen, die der allgemeinen Wohlfahrt im Wege stehen, und die Mittel zur Überwindung dieser Schwierigkeiten und Vermeidung von Konflikten zu beleuchten“. Eine Formulierung, die an Vorsicht nichts zu wünschen übrig läßt.

Die Tagesordnung der Konferenz zerfällt in zwei Teile: In einem allgemeinen Teil soll über die weltwirtschaftliche Lage diskutiert werden, ihre Aspekte und Probleme vom Standpunkt verschiedener Länder sollen behandelt werden, sowie die Ursachen der Weltwirtschaftskrisis; schließlich will man die wirtschaftlichen Tendenzen aufzeigen, die den Weltfrieden beeinflussen könnten. Im zweiten Teil will man die einzelnen Teilgebiete Handel, Gewerbe und

Ackerbau ausführlich behandeln: Besonders ausgiebig die Wirkungen der Handelsfreiheit, dann Zolltarife und Handelsverträge, Subventionspolitik und Dumping, und die Beziehungen zwischen internationalem Handel und der allgemeinen Kaufkraftminderung. Das Kapitel Gewerbe umfaßt die allgemeine Lage der wichtigsten Industriezweige nach Produktionskapazität, tatsächlicher Produktion und Konsumtion und Arbeitsorganisation. Die Behandlung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Hauptindustrien und deren Ursachen schließt sich an. Unter den geplanten positiven Maßnahmen soll vor allem die Problematik internationaler Kartellierung nach allen Seiten hin untersucht werden. Die Behandlung der landwirtschaftlichen Probleme sind analog gegliedert.

Die finanziellen und bevölkerungspolitischen Fragen werden nur beiläufig abgehandelt, da sie seinerzeit Gegenstand besonderer Konferenzen gewesen sind.

Genau wie bei der Beschickung des vorbereitenden Ausschusses sollen auch an der Hauptkonferenz keine offiziellen Regierungsvertreter teilnehmen. Die Regierungen aller Länder, nicht nur die Völkerbundsmitglieder, sind eingeladen und werden aufgefordert, bis zu fünf Sachverständige zu entsenden, die, unabhängig von allen politischen Bindungen, nur auf Grund persönlicher Qualifikation gewählt werden und möglichst verschiedenen Interessentenkreisen angehören sollen. Darüber hinaus behält sich der Völkerbundsrat vor, eine begrenzte Zahl von Delegierten von sich aus direkt einzuladen, um eine möglichst harmonische Zusammensetzung der Konferenz zu gewährleisten. Die persönlichen Voraussetzungen für ein gutes Gelingen der Konferenz scheinen also im weiten Maße gegeben zu sein. Eine ganz offene Frage aber bleibt es, wie weit die Machtmittel des Völkerbundes reichen werden, um die Direktiven und Vorschläge der Konferenz in den Wirtschaftskreisen der betroffenen Länder durchzusetzen. Daß die meisten Konferenzmitglieder aus Kreisen der Wirtschaftspraxis kommen und nicht als Regierungsvertreter, mag die Frage späterer praktischer Durchführung der Konferenzvorschläge zwar erleichtern, aber keineswegs lösen. Auf das hinter allen diesen Fragen stehende grundsätzliche Problem, innerhalb welcher Grenzen überhaupt mit Erfolg auf die Gestaltung der Wirtschaft durch Resolutionen und Reformvorschläge eingewirkt werden kann, kann hier nur hingewiesen werden.

Auf verschiedenen Wegen wirken die Bildung internationaler Kartelle und die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz einem Ziele zu: internationaler wirtschaftlicher Verständigung; die einen aus der Regelung eines einzelnen Falles eine allmähliche Änderung der Gesamtbeziehungen vorbereitend und bewirkend, die andere aus der Erkenntnis der Gesamtheit weltwirtschaftlicher Zusammenhänge für den Einzelfall programmatische Vorschläge machend.

Im Gegensatz zu diesen beiden Erscheinungen wirkt die Umschichtung der nordatlantischen Schiffahrtsverhältnisse auf eine ausgesprochene Nationalisierung hin. Drei Ereignisse müssen hier betrachtet werden: Der Verkauf der White Stare Line des amerikanischen Morgan-Trusts an die englische Royal Mail-Gruppe, die Lösung des Vertragsverhältnisses Hapag-Harriman und schließlich die Umgruppierung innerhalb der deutschen Schiffahrt mit der Verschärfung des Gegensatzes von Hamburg und Bremen bzw. Hapag und Lloyd.

Mit dem Verkauf der White Stare Line für den sehr geringen Preis von 7 Millionen Pfund gibt die 1902 gegründete International Mercantile Marine Co. das Kernstück ihres Besitzes an englischen Reedereien auf und verringert ihren Tonnagebestand um die Hälfte. Da die I. M. M. Co. von Anfang an stark überkapitalisiert war, konnte sie nie eine Dividende verteilen. Trotz hoher Abschreibungen betrug der Buchwert pro Tonne das Doppelte des Wertes bei Hapag und Lloyd. Mit der White Stare Line hat sie ihre einzige gewinnbringende Reederei veräußert und ist auf ein Unternehmen von überwiegend amerikanischer Bedeutung reduziert. Es ist wohl anzunehmen, daß sie auch ihren übrigen europäischen Besitz bald abstoßen wird, um mit den erlangten flüssigen Mitteln die besten Schiffe der U. S. Shipping Board zu erwerben und einen festen, rein amerikanischen Schiffahrtsblock zu bilden. In England begrüßte man natürlich, schon aus Prestigegründen, diesen Vorgang, wie ja überhaupt in der Schiffahrt mehr als in anderen Wirtschaftszweigen Prestigeerwägungen bei Zusammenschlüssen eine oft entscheidende Rolle spielen. Mit dieser Erwerbung hat die Royal Mail-Gruppe ihren Schiffsbestand von 1,8 auf 2,3 Mill. Tonnen erhöht, eine feste Position in der Nordatlantikfahrt erlangt und bildet neben der P. & O. und Cunard-Gruppe in England den maßgebendsten Konzern, der bei internationalen Verabredungen eine große Rolle spielen kann.

Stehen sich nun englische und amerikanische Schiffahrtsinteressenten in sich geschlossen und gegeneinander abgeschlossen gegenüber, so ist die Situation zwischen Deutschland und den U. S. A. durch die Lösung des Hapag-Hariman-Abkommens ganz ähnlich. Dieser Vertrag, der 1920 für die Hapag eine lebensnotwendige Stütze bedeutete, konnte von Hariman infolge der langjährigen Schiffahrtsdepression nicht voll ausgenutzt werden, beschränkte aber doch die Bewegungsfreiheit der Hapag. So lag eine Trennung im beiderseitigen Interesse. Gegen einen Preis von 33 Millionen Reichsmark gewann die Hapag ihre Freiheit wieder, erwarb 54 000 Tonnen ehemaliger Hariman-Schiffe und pachtete in New York die Hariman-Piers auf zehn Jahre. Diese Transaktion ist das äußere Zeichen dafür, daß die deutsche Schiffahrt ihren Wiederaufbau beendet hat und unabhängig von fremder Unterstützung gedeihen kann.

Ähnlich wie sich die nationalen Schiffahrtsgruppen schärfer voneinander abheben als bisher, gruppieren sich innerhalb Deutschlands die größeren Reedereien immer enger um Hapag und Lloyd. Das Wettrüsten zwischen diesen beiden Gesellschaften nahm seinen Anfang mit der Angliederung von „Roland“ und der Hamburg-Bremer Afrika-Linie an den Lloyd; diese Maßnahme beantwortete die Hapag, wenn auch mehr gezwungen als freiwillig, mit der Übernahme der Kosmos- und Deutsch-Austral-Linie inklusive der früheren Stinnesflotte. Bemerkenswert ist bei diesen Vorgängen vor allem, daß die Initiative zu solchen Fusionen immer weniger von den Reedern alten Schlages ausgeht, sondern daß das Bankkapital immer mehr die Führung in die Hand bekommen hat in der Gestalt von Jakob Goldschmidt, des Führers der Danatbank, der gleichzeitig im Aufsichtsrat des Lloyd und der Hapag einen Sitz hat.

Es entsteht nun die wichtige Frage, ob die Stärkung der großen Konzerne die Gefahr eines Konkurrenzkampfes mit sich bringt, oder ob nicht gerade der Umstand, daß nur noch wenige ernsthafte Gegner einander gegenüberstehen, die Verständigung zwischen ihnen erleichtert. Scharfer Konkurrenzkampf oder Verständigung auf breiter internationaler Basis, vor diese Entscheidung ist die transatlantische Schiffahrt angesichts einer allgemeinen Besserung des Schiffahrtsmarktes gestellt.

GODFRIED ROOMS:

DER BELGISCH-HOLLÄNDISCHE VERTRAG

Am 11. November 1926, acht Jahre nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, hat die holländische Zweite Kammer mit 50 gegen 47 Stimmen einen Vertrag angenommen, der für die politische Gruppierung und wirtschaftliche Richtung der verschiedenen Staaten an Deutschlands Westgrenze eine weit über den Rahmen einer belgisch-holländischen Vereinbarung hinausgehende Bedeutung einnimmt.

Langwierige Verhandlungen von 1918 an haben am 3. April 1925 zur Unterzeichnung des vorliegenden holländisch-belgischen Vertrages geführt. In Holland hört man, in Anbetracht der winzigen Mehrheit, die dieses Abkommen in der Zweiten Kammer gefunden hat, die Meinung vertreten, daß in letzter Stunde noch durch eine Ablehnung der Vereinbarungen in der Ersten Kammer der endgültige Abschluß gefährdet werden könnte.

Die starke Opposition, die sich in Holland gegen diesen Vertrag allerorts bemerkbar macht, gibt uns einen gewissen Anlaß zu vermuten, daß die Bestimmungen sehr zugunsten Belgiens ausgefallen sind, umsomehr, als das belgische Parlament sich dazu bequemt hat, den Vertrag sofort zu ratifizieren.

Eine sorgfältige Prüfung der Vorgeschichte und der Bestimmungen dieses Vertrages kann uns für diese merkwürdige Verschiedenheit der Beurteilung im Haag und in Brüssel manche interessante Erklärung geben.

Das belgische Zukunftsprogramm nach 1914 enthält vielerlei machtpolitische Tendenzen, die sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen Holland richten. Dieses Programm setzte die Aufhebung der belgischen Neutralität sowie die Revision des Neutralitätstraktats von 1839 voraus. Außerdem muß man sich vergegenwärtigen, daß Belgien eine Militärkonvention mit Frankreich abgeschlossen hat und daß diese Militärkonvention mit dem alten französisch-englischen Antagonismus hinsichtlich der Beherrschung der Strommündungen eng zusammenhängt.

Eine französische Gebietserweiterung auf dem Festlande ist von jeher stets auf den heftigsten englischen Widerstand gestoßen, vor allem, wenn diese Gebietserweiterung die Scheldemündung betraf, von der aus England unmittelbar bedroht werden konnte. Man vergleiche nur die britische Seelandexpedition von 1809. Sogar der Verrat der Toryregierung an den Verbündeten 1712 steht nur scheinbar in Widerspruch zu dieser britischen Tradition: der Kolonialtausch mit Frankreich brachte England beträchtliche wirtschaftliche Vorteile und die Demilitarisation Dünkirchens sowie das Barrieresystem dienten

vorwiegend rein britischen Interessen. Nach dem Weltkrieg wurde Frankreich wieder Englands latenter Feind. Ausgehend von der Tatsache, daß die „natürlichen Grenzen“ stets das Endziel der französischen Bestrebungen sind und daß diese französische Machterweiterung für die insuläre Lage Englands auf die Dauer gefährlich werden muß, huldigen alle britischen Regierungen unabänderlich dem Staatsgrundsatz, „british security demands that no single foreign power shall have a dominating position in the Channel and in the North Sea“ (vgl. L. G. Wickham Legg: Britisch diplomatic Instructions: France, 1689—1721).

Frankreichs Kriegsziel nach dem Zusammenbruch Deutschlands war nicht nur die „Desannexion“ Elsaß-Lothringens, sondern die Wiederherstellung der französischen Grenzen von 1814 (vgl. Memorandum Tardieu 1919). Aus diesem Grunde stimmte Frankreich auch den belgischen annexionistischen Bestrebungen zu, sowohl hinsichtlich der deutschen Gebiete Eupen, Malmedy, St. Vith als auch hinsichtlich der holländischen Gebiete Seeländisch-Flandern und holländisch Limburg. Holland sollte auf Kosten Preußens durch Gebietszuwachs nordwestlich der Linie Venlo—Winterswyk in Geldern sowie in Ostfriesland entschädigt werden (vgl. Tardieu: La Paix, S. 246; Alph. Jouet: Ce qu'est devenue la victoire, 1926, S. 133—135).

Diese weitgehenden und ohne Hollands Mitwisserschaft betriebenen Pläne wurden durch zwei Faktoren vereitelt: Holland lehnte kategorisch jede Gebietsabtretung ab und weigerte sich sogar, über eine Kompensation auf Kosten Deutschlands zu unterhandeln. Amerika (Wilson) und England (Lloyd George) widersetzten sich endgültig den französisch-belgischen imperialistischen Bestrebungen: ersteres auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, letzteres aus realpolitischen Grundsätzen: die Beherrschung der Scheldemündung durch Frankreich oder durch ein mit Frankreich politisch und militärisch eng verbündetes Belgien war für England stets ein „casus belli“. Auch die Einverleibung holländisch Limburgs durch Belgien war mit den britischen Interessen unvereinbar, „da eine Lage eintreten könne, in der eine belgische Vormachtstellung an der Maas für England eine Position mit umgekehrter Front sein könnte“, z. B. wenn Englands Interessen mehr durch Frankreich-Belgien als durch Deutschland bedroht sein würden.

In die französische Forderung einer Wiederherstellung der Grenze von 1814 wurde nur zum Teil eingewilligt: Frankreich erhielt lediglich Elsaß-Lothringen und die Ausbeutung des Saarkohlenreviers; Belgien mußte sich mit der Abrogation seiner Dauerneutralität und mit dem Erwerb der preußischen Gebiete Eupen-Malmedy zufrieden geben.

Um rechtsgültig zu werden, mußte die Abrogation von allen Vertragschließenden des Neutralitätstraktats von 1839 anerkannt werden. Diese

Zwangslage führte zur Aufnahme der Verhandlungen zwischen Belgien und Holland zwecks Revision des Traktats von 1839. Wiederholt versuchte Belgien, seine annexionistischen Bestrebungen zu verwirklichen, indem es die Mündungsfrage in der Gestalt des Wielingenproblems in die Debatte warf. Holland lehnte diese belgische Zumutung kurzerhand ab und die Verhandlungen wurden abgebrochen. Erst nach Ausschaltung der Mündungsfrage gerieten die Unterhandlungen wieder in Fluß und am 3. April 1925 wurde dann der vereinbarte Vertragstext von den beiden Außenministern Van der Velde und van Karnebeek unterzeichnet.

Während die für Belgien günstigen wirtschaftlichen Bestimmungen die flämische Opposition bald zum Schweigen brachte, bildeten dieselben Bestimmungen gerade für die Vertragsgegner in Holland eine geeignete Grundlage, um gegen das Abkommen zu agitieren: schon hat sich der holländische Außenminister dazu bequemen müssen, sich mit Belgien über ein Zusatzprotokoll zu einigen; die Opposition ist hierdurch ebensowenig wie durch das Antwort-Memorandum entkräftigt worden. Auch die Zuweisung eines Ratssitzes im Völkerbund an Holland, die erwiesenermaßen auf französisch-belgischen diplomatischen Machenschaften zurückzuführen ist, hat es nicht vermocht, in der holländischen Kammer eine große Mehrheit für die Ratifizierung dieses Vertrages zu gewinnen. Jetzt hat die Erste Kammer das Wort: die erste Abstimmung wird als eine Art Generalprobe aufgefaßt, nach deren Ergebnis man sich dann zu richten hat. Und gerade dieses Ergebnis muß die Erste Kammer nachdenklich stimmen. Eine nähere Untersuchung der Vertragsbestimmungen wird uns klar machen, daß in diesem Vertrag zweierlei steckt: Buchstabe und Geist. Der Buchstabe verschleiert nichts weniger als die Annäherung Hollands an die französisch-belgische Militärentente und eine direkte Bedrohung der Möglichkeiten Hollands, zu jeder Zeit seine Neutralität aufrechterhalten zu können. Durch die erste Bestimmung des aus sechs Artikeln bestehenden Vertrags,

die Anerkennung der Neutralitätsabrogation,

wird eine der wichtigsten Fragen der westeuropäischen Politik aufgerollt. Allein die Tatsache, daß Belgien die Anerkennung der Aufhebung seiner Neutralität bei Holland zu erreichen sucht, weist darauf hin, daß die belgische Neutralität, wenn nicht tatsächlich, dann doch rechtlich noch besteht. Im Völkerrecht gilt als feststehende Regel, daß Verträge erst dann als aufgehoben betrachtet werden, wenn sämtliche Vertragschließenden diese Aufhebung anerkannt haben. Die Besetzung Belgiens durch Deutschland im August 1914 wurde von den anderen Neutralitätsgaranten als eine flagrante Verletzung der Vertragspflichten ausgelegt. Ausdrücklich wurde von alliierter Seite als erstes Kriegsziel die Wiederherstellung des Rechtszustandes vom Juli

1914 angegeben. Im Versailler Vertrage jedoch wurde Deutschland durch die Bestimmungen des Art. 31 dazu gezwungen, „die Aufhebung der belgischen Dauerneutralität anzuerkennen, sowie im Voraus allen Abkommen beizutreten, die zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten oder zwischen irgend einer dieser Mächte und den Regierungen von Belgien und von Holland zum Ersatz für die Verträge von 1839 getroffen werden".

Auf Grund dieser Bestimmung hat Belgien versucht, eine These zu konstruieren, die auf die Feststellung der tatsächlich und rechtlich erfolgten Aufhebung der Neutralität hinausläuft: Deutschland hat durch Ratifizierung des Art. 31 des Versailler Vertrages und der Präambel des Locarnopaktes allerdings seine ausdrückliche, Frankreich und England durch Gegenzeichnung ihre stillschweigende Zustimmung zur Abrogation gegeben, Österreich-Ungarn ist als Staatspersönlichkeit verschwunden und somit als Kontraktant ausgeschieden. Aber die belgische Neutralität bleibt rechtlich fortbestehen für diejenigen Parteien, die weder den Versailler Vertrag noch den Locarnopakt unterzeichnet haben und die vertragschließende Subjekte des Neutralitätsvertrages von 1839 gewesen sind: diese Parteien sind Holland und Rußland.

Es steht Belgien, dem Objekt des Neutralitätsservituts, nicht zu, aus eigener Machtvollkommenheit zu dekretieren, seine Neutralität sei „de facto" und also auch „de jure" aufgehoben, denn Holland habe gelegentlich des Eintritts Belgiens in den Völkerbund keine Vorbehalte gemacht, und Rußland scheide als Kontraktant aus, weil es nicht eine allgemein anerkannte Regierung besitze! Erstens brauchte Holland keinerlei Vorbehalte gelegentlich des belgischen Eintritts in der Völkerbund zu machen, da andere Gebietskörperschaften, deren Souveränitätsrecht noch empfindlicher beschränkt worden ist als das des belgischen Königsreichs, als vollwertige Mitglieder anerkannt worden sind: so z. B. die englischen Dominien.

Zweitens ist die Aufhebung der belgischen Neutralität nicht so dringlich, daß Belgien nicht warten könnte, bis Rußlands neue Regierung anerkannt worden ist. Drittens kann eine nicht allgemeine Anerkennung Rußlands wohl als Grund für eine Unterbrechung des diplomatischen Verkehrs, nicht aber als Grund für den Ausschluß aus der Gemeinschaft der Völker angeführt werden: forma regiminis mutata, non mutatur civitas ipsa! Viertens ist die Behauptung nicht stichhaltig, das bolschewistische Rußland könne die Gelegenheit benutzen, um sich in eine westeuropäische Angelegenheit hineinzumischen, da das heutige Rußland, als direkter Rechtsnachfolger des früheren Rußland, ein vertraglich festgelegtes Recht zu dieser Einmischung besitzt (vgl. Dickinson; Recent recognition-cases im „American Journal of international Law", 1925, Seite 263).

Völkerrechtlich ist also Belgien auch jetzt noch wenigstens den zwei Parteien, Holland und Rußland, gegenüber zur Neutralität verpflichtet. Außerdem würde Holland durch eine voreilige Anerkennung der Aufhebung der belgischen Neutralität gewisse Rechte Rußlands in Gefahr bringen.

Von seiten Belgiens war es also eine Verletzung der eigenen Neutralitätsverpflichtung, als es

mit Frankreich ein Militärabkommen

abschloß. Gelegentlich der Unterzeichnung des Locarnopakts hat der belgische Außenminister denn auch erklärt, „die französisch-belgische Militärkonvention sei als eine Zusatzvereinbarung zu dem Locarnovertrag aufzufassen, die eine militärische Kooperation Frankreichs und Belgiens in Belgien vorsehe für den Fall eines unprovozierten deutschen Angriffs oder einer deutschen flagranten Verletzung der Artikel 42 und 43 des Versailler Vertrags". Sollte Van der Velde mit dieser Interpretierung das Richtige getroffen haben, so würde Deutschland auf Grund der in Locarno restlos anerkannten Gleichstellung und Gleichberechtigung den Abschluß einer deutsch-belgischen Militärkonvention von Belgien fordern können, die die Kooperation der deutschen und der belgischen Armee auf belgischem Gebiet für den Fall eines unprovozierten französischen Angriffs vorsieht. Vielleicht haben die deutschen Vertreter in Locarno auf eine Erörterung der Militärkonvention verzichtet, weil sie nicht an die Möglichkeit einer deutsch-belgischen Militärkooperation gegen Frankreich glauben, vielleicht auch, weil sie der flämischen Frage in Belgien (Trennung des Heeres in flämische und wallonische Regimenter) eine neutralisierende Bedeutung beimessen; aber auch dann hätte man in Locarno die französisch-belgische Vereinbarung, die einen strategischen gemeinsamen Aufmarsch der belgischen und französischen Armeen gegen Deutschland vorsieht, zur Sprache bringen müssen. Vielleicht hat die einfache briefliche Notifizierung des Konventionsabschlusses (ohne Bekanntmachung der Klauseln: also unter Verletzung des Art. 18 des Völkerbundsstatuts) die deutschen Vertreter davon überzeugt, daß diese Militärkonvention sich auch gegen andere Mächte als das Deutsche Reich richte, und es nicht allein Deutschland obliegt, gegen diese Geheimabmachungen der Vertragspartner von Locarno einzuschreiten: diese Mächte sind, wie aus sehr zuverlässigen Quellen verlautet, sowohl England wie Holland.

Unter diesem Gesichtspunkte hat die Unterlassung einer endgültigen Regelung der

strittigen Rechtsverhältnisse an der Scheldemüdung

und auf der Unterschelde bis Antwerpen weittragende Bedeutung. Wir haben schon erwähnt, daß nach Hollands kategorischer Weigerung, auf eine Änderung

der Souveränitätsverhältnisse einzugehen, die beiderseitigen Ansprüche aufrechterhalten bleiben. Niemand weniger als der frühere Generalstabschef der holländischen Armee, General Snyders, hat auf die Gefahren dieser strittigen Rechtsverhältnisse und des Fehlens einer Garantie der holländische Souveränität im vorliegenden belgisch-holländischen Vertrag hingewiesen. Falls Belgien in einen Krieg verwickelt wird, so kann aus diesen Verhältnissen für das neutrale Holland ein Gefahrmoment auftauchen. Belgiens latenter Wunsch nach der Souveränität über die Westerschelde wird wieder aufleben und Frankreich wird zu jeder Zeit diese Ansprüche seines Vasallen unterstützen. Der Besitz der Westerschelde mit Antwerpen als Kriegshafen würde für diese Verbündeten eine glänzende Flottenbasis für offensive Operationen in der Nordsee und an der belgischen-französischen Küste abgeben. Hiermit ist zugleich auch die strategische Sicherheit Hollands bedroht. Besteht Kriegsgefahr oder bricht ein Krieg aus, so wird man im Notfalle und „aus Notwehr“ sich die hier gebotenen Vorteile auch gegen den Willen Hollands zu sichern wissen. Nur ein klar geregeltes Rechtsverhältnis könnte Holland das Mittel in die Hand geben, um seine unparteiische Stellung einwandfrei zu behaupten. Von diesem neutralen holländischen Standpunkte aus müßte die Aufhebung des Verbotes Antwerpen-Kriegshafen auch so formuliert werden, daß sie eine Konzession „ohne praktische Folgen“ bleibt, d. h. es müßte von vornherein ausgeschlossen sein, daß belgische Kriegsschiffe ohne ausdrückliche Genehmigung der holländischen Regierung die Unterschelde befahren können.

Im vorliegenden Vertrag ist diese berechtigte Forderung nicht zum Ausdruck gekommen. Für eine volle Garantie genügt auf keinen Fall eine ausschließliche Berufung auf das holländische Souveränitätsrecht. Im Begleitmemorandum heißt es doch, daß im bezug auf die Durchfahrt belgischer Kriegsschiffe nichts geregelt ist. Hierdurch steht der Weg zu neuen Rechtsstreitigkeiten sperrangelweit offen: Belgien erhält hiermit im Kriegsfall den Vorwand, sein vermeintliches Recht auch gegen den Willen Hollands zu beanspruchen. Andererseits, wenn Holland im Kriegsfall den belgischen Kriegsschiffen die Durchfahrt gewährt, so verletzt es die eigene Neutralität und die Gegner Belgiens werden gleichfalls Zugang zur Schelde verlangen oder einen solchen Zugang erzwingen. Dadurch wird Holland in den Krieg verwickelt und sein Gebiet zum Operationsfeld der Kriegführenden. Die militärischen Maßnahmen, die Holland 1914 zur Aufrechterhaltung seiner Neutralität getroffen hat, werden im Vertrag für die Zukunft nicht garantiert. Einige Bestimmungen laufen sogar auf Einschränkungen der holländischen Verfügungsgewalt, auf einschneidende Beeinträchtigungen der holländischen Souveränität über eigenes Gebiet aus, Einschränkungen also, die derartigen Sicherheitsmaßnahmen entgegenstehen. Wenn Holland sich in einigen Punkten selbst Ein-

schränkungen des Souveränitätsrechts auferlegt, kann es sich nicht mehr auf das allgemeine Souveränitätsrecht berufen.

Die Scheldemündung besteht aus den drei Ausfahrttoren: Wielingen, Deurloo und Oostgat. Die Wielingen, das südliche Fahrwasser, werden von Belgien seit jeher als Hoheitsgewässer beansprucht: Holland hat bis jetzt dieses vermeintliche belgische Recht bestritten. Der Vertrag bringt auch hierfür keine endgültige Regelung, so daß sich Belgien im Kriegsfall veranlaßt sehen wird, die Innenausfahrt für ausländische Kriegsschiffe auf der Unterschelde zu erschweren, so daß Vlissingen seinen Wert als Marinestation vollkommen verlieren wird. Die Wielingen bilden außerdem den einzigen Scheldezugang, durch den größere U-Boote im getauchten Zustande das offene Meer erreichen können. Andererseits kann Belgien die militärischen Maßnahmen Hollands zum Schutze des Seezuganges bei Vlissingen verhindern. Es hätte also wenigstens erwartet werden dürfen, daß ein Weg vorgezeichnet worden wäre, über den Schwierigkeiten, die aus dieser strittigen Rechtslage entspringen können, sei es durch besonderes Schiedsgericht oder durch den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu regeln sind.

An diesen Tatsachen wird wieder einmal deutlich, wie stark sich in Westeuropa die Verhältnisse seit 1914 geändert haben: die Grenze Frankreichs ist durch das Bündnis mit Belgien bis zur Südgrenze Hollands vorgeschoben: Holland ist in die frühere Rolle Belgiens versetzt worden, d. h. in die eines westeuropäischen Pufferstaates: es wird vielleicht sein Heil in der Garantie seiner Neutralität durch die Großmächte suchen müssen.

Um die Wichtigkeit dieser Frage voll und ganz zu würdigen, müßte man sämtliche Bestimmungen der belgisch-französischen Geheimkonvention kennen. Es steht fest, daß die Franzosen und Belgier mit vielen Möglichkeiten, nur nicht mit der einer englischen Bundesgenossenschaft rechnen; sonst wäre weder die nach Abschluß der Militärkonvention erfolgte Umgruppierung der belgischen Armee noch die Militarisierung der Küstenprovinz Westflandern (Kasernenbauten in der Umgebung der Stadt Brügge, Anlage eines 4gleisigen Schienenstrangs von Dünkirchen nach Zeebrügge, Bau großer Verladungsrampen an den Eisenbahnknotenpunkten, Anlage einer Großfunkstation in Ruisselede und eines Großflugplatzes in Wevelgem) zu verstehen.

Über die Gründe, die England dazu veranlaßt haben mögen, auf eine endgültige Regelung der belgisch-holländischen Souveränitätsrechtsverhältnisse an der Scheldemündung nicht zu drängen, kann gesagt werden: nachdem die belgische Neutralität tatsächlich außer Kraft gesetzt ist, und da der Locarnopakt eine englische Intervention nur im Fall eines unprovozierten Angriffs ermöglicht, besitzt England in der Rechtsstrittigkeit an der Scheldemündung zu jeder Zeit das Mittel, auf dem Kontinent einzugreifen und auf jeden Fall ein Glacis für

seine Operationen auf dem Festlande. Wir brauchen nur an die englische Seelandexpedition von 1809 zu denken, um uns zu erinnern, daß England hier ein altes Mittel zum diplomatischen Spiel benutzen will.

Schon auf der Friedenskonferenz in Versailles hat Holland seine Rechtsposition an der Scheldemündung benutzt, um England zu zwingen, sich gegen die belgischen Annexionsbestrebungen in holländisch Limburg zu widersetzen: Holland besaß in den Wielingen einen starken Trumpf: hätte England „bona fide" die belgischen Annexionspläne unterstützt, so konnte Holland den belgischen Wünschen durch eine Abtretung der Wielingen entgegenkommen und somit die geographische Blockade der flämischen Küste unmöglich machen. Der Weltkrieg hat gezeigt, welche Nachteile für England an einer solchen veränderten Lage verknüpft sind: auch 1914 hatte England den Fehler gemacht und um die Offenhaltung der Wielingen für die Verbindung mit der flämischen Küste für gewisse Kriegsoperationen gebeten; nach Besetzung der Küste durch die deutschen Truppen mußte dann auch diesen dieselbe Freiheit gewährt werden. Diesen Umständen haben die Ententemächte manchen empfindlichen Verlust zur See zuzuschreiben.

Solange jedoch nicht alle Parteien, die den Neutralitätsvertrag von 1839 unterzeichnet haben, die Aufhebung dieser Neutralität ausdrücklich anerkannt haben, besitzt England jeder Zeit den Vorwand, einen Kongreß der Kontraktanten zusammenzurufen und dann alle zwischen Holland und Belgien zuungunsten Englands geregelten Fragen neu aufzurollen.

Was nun die Aufhebung des Verbotes

Antwerpen-Kriegshafen

betrifft, so ist es ein Irrtum, anzunehmen, daß diese Frage nur durch den Neutralitätsvertrag 1839 und dessen Revision vom 3. April 1925 geregelt werden könne und daß für diese Frage, nach Ausschaltung Preußens und Österreichs, nur England, Frankreich und Rußland zuständig seien.

Im Pariser Vertrag vom 30. Mai 1814 wurde diese Angelegenheit nur provisorisch geregelt. Im Art. 32 dieser Urkunde wird ausdrücklich bestimmt, daß innerhalb zwei Monaten ein Kongreß aller Verbündeten über diesen Vertrag zwecks Vervollständigung beraten wird. 1815 haben noch verschiedene andere Staaten sich verpflichtet, Truppen zu stellen, um die Bestimmungen des Pariser Vertrages von 1814 zu garantieren: Portugal (8. April 1815), Sardinien (9. April 1815), Holland (28. April 1815), Dänemark (1. September 1815). All diesen Mächten wurde zugesichert, daß die „zusätzlichen" Bestimmungen der Pariser Akte vom 30. Mai 1914 „également obligatoires" und „complétement réciproques" sein würden (vgl. dänischen Vertrag, Art. 2).

Die Bestimmung, daß Antwerpen ausschließlich Handelshafen sein darf, wurde durch folgende Verträge endgültig geregelt:

Pariser Vertrag vom 20. Juli 1814 (Spanien und Frankreich), Grenzakten vom 31. Mai 1815 (Holland, England, Österreich, Preußen und Rußland), Wiener Vertrag vom 9. Juni 1815 (England, Preußen, Österreich, Ungarn, Frankreich, Rußland, Portugal, Brasilien, Schweden, Norwegen, Spanien). Beitrittsakten anderer Staaten (Dänemark und Sardinien, dessen Rechtsnachfolger Italien ist).

Rechtlich kann der Status des Antwerpener Hafens also nur unter Mitwirkung aller Vertragsmächte umgeändert werden. Dieser theoretisch unanfechtbare Standpunkt wurde wiederholt von England und Frankreich in der Praxis verteidigt. Holland kann sich selbstverständlich bereit erklären, an der Revision des Verbotes mitzuarbeiten, insoweit diese Revision nicht den allgemeinen Frieden noch die Rechte und die Sicherheit anderer Staaten gefährdet. Trotz Art. 31 des Versailler Vertrages müßte auch Deutschland seine Zustimmung ausdrücklich geben, um eine rechtliche Anerkennung der Aufhebung dieses Verbotes zu ermöglichen. Durch Verzicht auf seine Rechte aus dem Neutralitätsvertrag von 1839 hat Deutschland nicht „in globo" von allen Rechten aus den Verträgen von 1815 Abstand genommen; die Bestimmung über Antwerpen wurde auch in den Vertrag von 1839 aufgenommen, aber sie war vor der Gründung Belgiens und auch späterhin eine das europäische System betreffende Vorschrift, die von der Existenz oder Nichtexistenz Belgiens unabhängig ist.

All diese hochwichtigen politischen und strategischen Bestimmungen des vorliegenden Vertrages haben jedoch in der Debatte über die Ratifizierung weder in Belgien noch in Holland bei weitem die Rolle gespielt, wie man es hätte erwarten dürfen. Die belgischen Annexionisten unter Führung des „Comité de politique nationale" haben wohl versucht, wegen dem unbefriedigendem Ergebnis hinsichtlich der Scheldemündung und des Limburger Gebiets im Parlament Lärm zu schlagen; sie haben sich letzten Endes doch überzeugen lassen, daß die durch den Vertrag gebotenen wirtschaftlichen Vorteile für Belgien groß genug sind, um wenigstens vorläufig auf ein weiteres Entgegenkommen Hollands in den politisch-strategischen Fragen zu verzichten. In Holland dagegen sind es gerade diese wirtschaftlichen Vereinbarungen, die der Opposition die stärksten Waffen geliefert haben, um gegen den Vertrag zu agitieren.

Diese wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages sind im Art. 6 unter der Rubrik der

Kanalfragen

enthalten. Dort heißt es:

§ 1. Holland stimmt dem Bau eines Schiffahrtswegs auf holländischem Gebiet zwischen Antwerpen und Hollandsch Diep in der Nähe von Moerdyk zu . . . .

§ 2. Holland stimmt ebenfalls dem Bau eines Schiffahrtswegs auf holländi-

schem Gebiet zwischen Rhein, Maas und Schelde, von Ruhrort nach Antwerpen, zu . . . ,

§ 3. Dieser Kanal wird so angelegt, daß, unter möglichster Vermeidung von Schleusen, zu jeder Zeit über die ganze Länge des Kanals drei Rheinschiffe größten Tonnenmaßes oder drei Schleppzüge nebeneinander fahren können . . . .

§ 7. . . . . auf beiden Wasserwegen wird der Verkehr auf holländischem Gebiet von und nach den belgischen Seehäfen nicht ungünstigeren Zoll- und Tarifbestimmungen unterworfen werden dürfen als der Rheinverkehr auf holländischem Gebiet von und nach holländischen Häfen . . . .

Es ist begreiflich, daß die holländischen Hafenstädte und die ganzen am Schiffsverkehr interessierten Kreise Hollands mit diesen für Belgien äußerst günstigen Bestimmungen des Vertrages wenig eingenommen sind. Abgesehen von der Gefahr, daß Antwerpen nach der Fertigstellung des Rhein—Scheldekanals in die Lage gestellt sein wird, den Hauptteil des Rhein—Ruhrverkehrs an sich zu ziehen, bedroht der Kanal Antwerpen—Moerdyk auch noch den Verkehr auf den holländischen Binnenstraßen. Die günstigere geographische Lage Antwerpens und die Gleichbegünstigung in Zollfragen auf holländischem Gebiet für den Verkehr nach den belgischen Häfen schließt für die Zukunft jede ernste Konkurrenzmöglichkeit Rotterdams aus.

Die hierdurch eröffnete Kanalkontroverse ist geeignet, auf die in Deutschland zur Zeit über den Aachener Kanal und den Hansakanal entbrannte Debatte einzuwirken. Schon oft wurde die Frage erörtert, ob es nicht möglich sein würde, den starken Binnenverkehr des rheinisch-westfälischen Industriegebiets nach den deutschen Nordseehäfen zu lenken: so gruppierten sich Anhänger um den Entwurf eines Rhein—Ems—Großschiffahrtskanals, andere um den Plan des Hansakanals. In dieser verkehrswirtschaftlichen Frage wird auf die Dauer doch nur die günstigste geographische Lage entscheiden. Durch die Main—Donauverbindung und den natürlichen Rheinweg besaß bis jetzt Rotterdam die besten Aussichten für die Zukunft. Die Holländer haben mit dieser Entwicklungsmöglichkeit gerechnet und in Rotterdam Hafeneinrichtungen geschaffen, denen die anderen Häfen des Festlandes nichts Ebenbürtiges entgegenstellen können.

Die Verpflichtung Deutschlands, der Schaffung eines Großschiffahrtsweges Antwerpen—Ruhrort zuzustimmen (Art. 361 des Versailler Vertrages) und die Zustimmung zu der Führung dieses Kanals über holländisches Gebiet (Art. 6 des belgisch-holländischen Vertrages) müssen auf die Entwicklung des Schiffsverkehrs geradezu umwälzende Wirkungen ausüben. Durch diese Verbindung wird Antwerpen der natürliche und nächstliegende Hafen des deutschen Industriegebiets und das Herz eines ungeheuren Verkehrs von und nach Rhein — Ruhr — Main — Elsaß - Lothringen — Lüttich —

Borinage. Seit Jahrzehnten haben die handelsmächtigen Antwerpener mit zähester Energie auf dieses Ziel losgesteuert und alle Mittel versucht, um den Seeverkehr mit dem deutschen und lothringischen Hinterland an sich zu ziehen. Trotz des Krieges ist der Hafenverkehr von 14 146 919 Tonnen (1913) auf 20 201 628 Tonnen (1925) gestiegen. Die Hafenverwaltung rechnet mit einer Verdreifachung dieses Verkehrs nach Fertigstellung des Verbindungsweges Ruhrort—Schelde. Zu diesem Zweck werden jetzt schon in Antwerpen Arbeiten vorgenommen, die darauf hinweisen, daß man mit diesem Zuwachs tatsächlich rechnet: neue riesige Bassins und Verbindungskanäle werden gebaut, die Abbuchtung des Scheldestromes bei Austruweel sowie die Anlage eines ungeheuren Freihafengebiets nach Hamburger Muster auf dem linken Ufer wird geplant.

Alles deutet darauf hin, daß Belgien gewillt ist, eher auf alles andere als auf seine Rechte aus Artikel 361 des Versailler Vertrages zu verzichten. In diesem Zusammenhang muß man sich vergegenwärtigen, daß der Großschiffahrtsweg Rhein—Schelde zwei an Steinkohlenschätzen ungeheuer reiche flämische Provinzen Antwerpen und Limburg durchschneiden wird*) und in kurzer Zeit die Schlagader eines Riesenindustriegebiets von Hagen bis Antwerpen werden kann.

Es ist klar, daß mit der Eröffnung dieses Kanals zugleich die Erschließung und Ausbeutung des Kempener Kohlenlagers angefangen werden und daß sich dort recht bald ein mächtiges Zentrum der Schwerindustrie bilden wird, mit dem sich die Kohlenmagnaten in holländisch Limburg und die Industriekapitäne an Rhein und Ruhr schnell einigen werden. Daß eine solche wirtschaftliche Entwicklung auch politische Folgen zeitigen wird, steht jetzt schon fest und es wäre sehr angebracht, wenn die kompetenten Stellen, so hüben wie drüben, sich damit befassen würden. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind aber derartig groß, daß man auf weite Sicht hinarbeitend, mit der Eventualität einer wirtschafts-friedlichen Zusammenarbeit zwischen Rotterdam und Antwerpen wird rechnen müssen: ein solcher Industriekomplex wird wohl zwei große Welthäfen brauchen. Schon jetzt wäre es

*) Um ein kleines Bild über die Entwicklungsmöglichkeiten des flämischen Kohlengebiets zu geben, entnehmen wir den „Commerce Reports", den amtlichen Handelsberichten der Vereinigten Staaten (Heft vom 6. September 1926) folgende interessante Angaben:

.... Man schätzt die Gesamtreserve des Kempner Kohlenbeckens auf 10 Milliarden Tonnen. Augenblicklich hat der belgische Staat insgesamt neun Konzessionen vergeben (ausschließlich französischen Industriegruppen! D. Verf.). Von diesen neun Konzessionen haben drei die Arbeit aufgenommen: die Produktion ist von 17000 t (1917) auf 420000 t (1922), 1124000 t (1925) gestiegen. Für das Jahr 1926 wird auf Grund der Förderung in den ersten sechs Monaten auf eine Jahresproduktion von mindestens 2000000 t gerechnet. Das neue Kohlengebiet enthält beste Industriekohle ....

vielleicht sowohl für Deutschland wie für Antwerpen nicht nachteilig, wenn man die Frage der Rückgabe Eupen-Malmedys gegen eine Entschädigungssumme mit der Kanalfrage so verknüpfte, daß die Summe von Deutschland für die Fertigstellung des Kanals auf deutschem Gebiet reserviert würde; vielleicht ließe sich auf diese Weise leichter eine Verbindung der deutschen Interessen mit den Antwerpener Bestrebungen herstellen, mit dem Zweck, bei dem Kanalbau hinsichtlich der Linienführung nach deutschen Wünschen vorzugehen, eine Möglichkeit, deren sich Deutschland sonst durch Ratifizierung des Versailler Vertrages begeben hat.

Es ist klar, daß solche umwälzende Änderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und Verbundenheit der Stromgebiete Rhein—Maas—Schelde engere wirtschaftliche, zollpolitische und staatspolitische Beziehungen nach sich ziehen werden.

FRITZ SEIDENZAHL:

TANGER

Ein Beitrag zur Wertbestimmung eines Platzes

Jede geographische Platzlage ist offenbar politisch brauchbar und verwendbar. Das basiert auf den natürlichen Effekten der Platzlage, die der rein geographischen Situation einer Halbinsel, eines Gebirgszuges, einer Flußmündung usw. eigen sind. Tanger ist in diesem Sinn ein vorgeschobener Hafenplatz in der Nähe einer Meerenge, womit die allgemeine Eignung des Platzes zur politischen Brauchbarkeit garantiert ist. Die individuelle Eignung eines geographischen Platzes hängt vom Gang der Geschichte ab; es handelt sich dann um historische Effekte. Daß der Seeweg, an dem Tanger liegt, der „Seeweg nach Indien“ ist und daß dieser Seeweg gemäß der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Industriestaaten Westeuropas zum Fernen Osten einen so-und-so-beschaffenen Wert hat, ist historisch; natürlich ist es nicht. (Der Gegensatz „historisch“ und „natürlich“ ist verschiedentlich von Rickert untersucht worden und darf als bekannt vorausgesetzt oder als nachlesbar angenommen werden; ein Beitrag zur Logik der Geschichtswissenschaft, der diese Unterscheidung entnommen ist, wird hier natürlich nicht beabsichtigt.)

Der natürliche und allgemeine Effekt der Platzlage Tangers — vorgeschobener Hafenplatz an einer Meerenge — ist ein dauernder Effekt. Der historische und individuelle Effekt der Platzlage Tangers — am Seeweg nach Indien — ist ein temporärer Effekt, weil er sich mit der geschichtlichen Entwicklung wandelt. Beide Platzeffekte bestimmen zusammen die politische

Brauchbarkeit des Platzes: Tanger an der Straße von Gibraltar. Die politische Brauchbarkeit ist nicht gleich dem aktuellen politischen Wert, den der Platz haben kann. Die politische Brauchbarkeit gibt nur die „Chance“ an, die der Platz für die reine Politik birgt. Der aktuelle politische Wert hängt davon ab, wie die reine Politik die Effekte der Platzlage realisiert. Tanger ist in diesem Sinn eine internationale Zone, die von mehreren miteinander rivalisierenden Mächten verwaltet wird, und zwar so verwaltet wird, daß die Effekte der Platzlage nicht zur Auswirkung kommen. Die Politik realisiert nicht die politische Brauchbarkeit der Platzlage Tangers.

Schon bei Bestimmung der Brauchbarkeit einer Platzlage ist durchaus offen gewesen, ob und wie sehr der natürliche Effekt durch Zusatz des historischen Effekts vermehrt oder verringert wird. Eine natürliche Platzlage gleich der Tangers wäre im arktischen Gebiet von geringer Brauchbarkeit, da der dortige historische Effekt — abseits der Straße des menschlichen Geschehens — den natürlichen Effekt aufheben oder doch verringern würde. Die Verringerung ist, wie sich versteht, nur temporär und hängt von der Entwicklung der menschlichen Geschichte ab. Ebenso sagt die aus den geo-historischen Effekten zusammengesetzte Brauchbarkeit eines Platzes noch nichts über den aktuellen politischen Wert des Platzes aus. Gibraltar, von der gleichen Brauchbarkeit auf Grund der gleichen Platzeffekte wie Tanger, ist durch die Politik in den Besitz einer einzelnen Macht gekommen, die willens und fähig ist, die Brauchbarkeit zu realisieren. Anders Tanger. Vor der Einbeziehung Marokkos in die hohe Politik war die politische Brauchbarkeit des Platzes noch gar nicht anerkannt worden, dann allmählich festgestellt, wurde bald jede Platzwirkung verhindert.

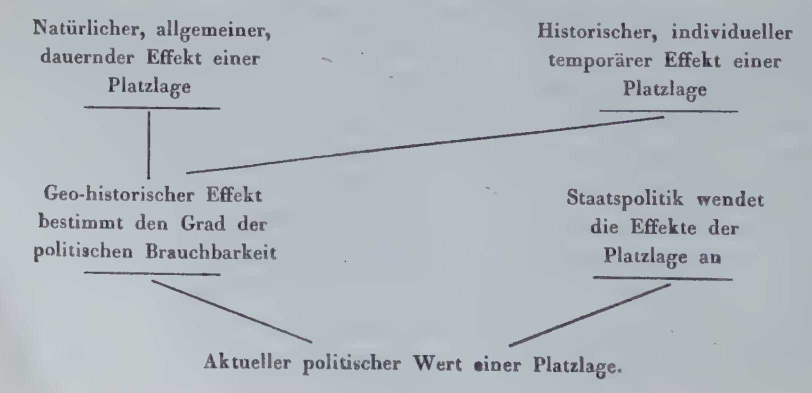
In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde Afrika aufgeteilt. Marokko wurde schrittweise erschlossen, doch verhinderte schon 1859 England die Annektion Tangers durch Spanien. Die Geschichte der Eroberung Marokkos im 20. Jahrhundert beginnt mit einer gegenseitigen Information Frankreichs und Spaniens. Die Einmischung Deutschlands verzögerte den Übergang des Landes in den Besitz der beiden Länder. 1906 bringen die Algeciras-Akte in gewisser Weise ganz Marokko unter europäische Kontrolle, aber das hält nicht an. 1911 wird Deutschland nach dem „Panther“-Sprung mit Kompensationen in Zentralafrika beruhigt, Marokko wird in eine französische und eine spanische Einflußzone aufgeteilt, die sich beide allmählich in Herrschaftsgebiete verwandeln. Aber Tanger ist ausgenommen. Tanger gilt als internationale Zone, die 1923 in einem Übereinkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Spanien stabilisiert wurde. Die Verwaltung wird von Franzosen, Spaniern und Engländern geleitet. Die Kontrolle liegt den diplomatischen Tanger-Vertretern der Algeciras-Mächte ob, von denen acht Konsularoffiziere einen besonderen Kontrollausschuß bilden. Deutschland ist

laut Friedensvertrag und Rußland ist de facto ausgeschlossen. Die Gesetzgebende Versammlung ist international und besteht aus 4 Franzosen, 4 Spaniern, 3 Briten und 15 Eingeborenen.

Die hier interessierende Wirkung ist, daß eine einheitliche politische Meinung nicht erreicht wird, daß Intriguen regieren, daß Tanger nicht befestigt werden darf, daß der Hafen nicht ausgebaut wird, daß Polizeiskandale und Streiks stattfinden. Dieser Ort würde in der Macht eines einzelnen Staates die große politische Wirksamkeit haben, die seiner Platzlage entspräche. Aber er ist von mehreren Mächten gemeinsam verwaltet, die vieles tun, um den Platz zu entwerten. Die reine Politik läßt die Effekte der Platzlage nicht zur Geltung kommen.

Die Politik Londons ist es, die Tanger nicht in die Herrschaft eines einzelnen Staates kommen läßt. Der Seeweg nach Indien ist durch jahrhundertlange Politik ein britischer geworden; die Plätze, die ihn flankieren, sind fast alle britischer Besitz: Gibraltar, Malta, Cypern, Suez, Aden, Indisches Gewässer, Singapore usw. Die Erschließung Afrikas schob Tanger an diese Fahrstraße heran. Da England den Platz nicht selbst haben konnte, durfte ihn auch keine andere Macht beherrschen. Die Marokko-Rivalität Frankreichs und Spaniens erleichterte die englische Politik. Die beiden romanischen Mächte gönnten keine der anderen den Besitz. Tanger wurde international. Aber die neuentstandene imperialistische Politik Spaniens will koloniale Eroberungen machen und hat im letzten August die Übergabe Tangers unter die spanische Gewalt offiziell von den großen Kabinetten verlangt. Es ist klar, daß Großbritannien in eine Übergabe Tangers so wenig einwilligt wie Frankreich. Vielmehr soll Italien an der internationalen Verwaltung beteiligt werden, was diese nur befestigt. Die Teilnahme Italiens liegt in der Linie der bisherigen Entwertungspolitik.

Das Wesentliche zusammengefaßt: Tanger ist das Beispiel für die Wertbestimmung eines Platzes. Wir haben dafür folgendes Schema:



GUSTAV AMANN:

DER TORPEDIERTE SEEZOLL ALS GEOPOLITISCHES SYMPTOM

(Sun Yatsen's Vermächtnis. V. Teil)

G. Amann — der geistigen Erben Dr. Sun Yat Sens nahe stebend — beobachtet zur Zeit in unmittelbarer Fühlung mit dem politischen Büro in Wuhan [Wu(chang-) Han(kau)-Han-yang], der neuen Hauptstadt Chinas, dessen sich von Süden her verjüngende Struktur. Er ist sicher zur rechten Zeit am rechten Ort der rechte Mann darüber zu berichten — wenn auch natürlich im Sinne seiner Freunde! *K. H.*

Die Chinesen sagen allen, die es hören wollen und auch denen, die es nicht hören wollen, daß man, um sein Haus in Ordnung zu bringen, wie es die fremden Mächte von den Chinesen verlangen, erst einmal sein Haus und das unbehinderte Recht im eignen Hause besitzen muß.

Wenn wir nun auch alle wissen, daß es in China nicht allein daran fehlt und sehr wohl die Überzeugung hegen mögen, daß es auch im zugestandenen Falle mit der Ordnung in China noch lange nicht weit her sein würde, so läßt sich eben doch ganz und gar nichts gegen diese Forderung sagen. Denn einmal verlangen die Chinesen damit sowohl das Recht, alles so gut als sie es können, als auch das Recht, alles so schlecht, als es ihnen eben gelingen mag, im eigenen Lande einzurichten; und dann, und das ist wohl die Hauptsache, sind sich in dieser einen Forderung alle Chinesen einig. Chang Tsolin und Feng Yuhsiang, Wu Peifu und die Cantonesen und das ganze Volk stehen da wie ein Mann, wenn der Schrei gegen die Sonderrechte der fremden Mächte erhoben wird, wenn es heißt: Nieder mit den einseitigen Verträgen!

Dazu müssen sich nun die fremden Mächte stellen, wie sie es vermögen, und sie vermögen es nur schlecht, sich in das Unvermeidliche zu schicken.

Die Forderung der Chinesen ist schon alt. Schon vor dem Weltkriege konnte man sie hier und dort hören und in gelehrten Abhandlungen zurückgekehrter Studenten lesen von der Rückgewinnung der Sonderrechte der Fremden, von Gesichtspunkten internationalen Rechtes. Bald schleuderte auch Sun Yatsen seine Anklagen gegen die Vergewaltiger chinesischer Erde und machte manchen von der gewappneten Faust der Fremden zurückgewiesenen Zugriff nach verlorenen chinesischen Hoheitsrechten. Aber wie das bei der kapitalistischen Herrschaft schon so ist, setzte man den Forderungen, hinter denen ja nicht gleich eine große Macht zu spüren war, vorerst eine unbewegliche, starre Front entgegen; und dann, zum Hinhalten, die große Geste. —

Dreiundeinhalb Jahre erhielt die große Geste die Ruhe, die große Geste der Chinesenfreundlichkeit auf der Konferenz von Washington, und lieh sich der Ausschlachtung durch die Franzosen. Zu Washington wurde 1921 von den alliierten Mächten beschlossen: die Rechtsverhältnisse in China zu studieren zu dem Zwecke, die Mächte zu unterrichten und um sie in den Stand zu setzen, China solche Vorschläge zu Gesetzesabänderungen und zu Reformen zu machen, welche zu einer schließlichen Aufgabe der Extrarechte führen könnten. Auch wurde beschlossen, daß eine Zollkonferenz in China stattfinden solle, zur Diskussion der Tunlichkeit eines Zugeständnisses, $2^1/_2$ % Einfuhrzoll-Erhöhung in China zuzulassen und zuletzt wurde beschlossen, daß Japan den im Kriege eingenommenen deutschen Besitz in Shantung und England die ablaufenden Pachtrechte von Wei Hai Wei heimgeben sollten. — Die Japaner haben ihren Teil getan, unter dem Druck eines vernichtenden Warenboykotts des chinesischen Volkes; das andere wurde jahrelang hingehalten.

Der inzwischen im chinesischen Volke immer lebendiger gewordene Nationalismus Sun Yatsens protestierte — zunächst mit Worten. Als er zur Demonstration schritt, wurde auf ihn geschossen. So erlebten wir die Massakres vom 30. Mai 1925 in Shanghai, vom 23. Juni in Canton und darauf das eilige Zusammentreten der internationalen Zollkonferenz in Peking, der auch die Exterritorial-Kommission auf dem Fuße folgte.

Wie das nun wiederum bei der kapitalistischen Herrschaft so ist, wo panikartiges Loslassen zu folgen pflegt, wenn das Schießen nicht fruchtete, erhielten die Chinesen auf der Zollkonferenz nicht nur eine Zollerhöhung, sondern volle Zollautonomie per 1. Januar 1929 zugestanden, vorbehaltlich der Ratifikation durch die Parlamente der fremden Mächte.

Die Exterritorial-Kommission besuchte hier und dort in China, wo sie es eben bei den Wirren im Lande konnte und wo die Chinesen es duldeten, eine Anzahl für den Zweck frisch getünchter Gefängnisse, sowie zu diesem Besuche modernisierte Gerichte und vertagte sich übrigens. Der Bericht der Kommission wurde nicht veröffentlicht.

Wo in der eigenen Brust die Interessen miteinander streiten, da wird das Resultat von Konferenzen leicht unversehens von der Atmosphäre gefärbt, die gerade herrscht; und die Chinesen haben ein wunderbar feines Gefühl für die Uneinigkeit unter ihren Gegnern und wissen sie zu nutzen. — Die Atmosphäre der Seezollkonferenz war die des panikartigen Fahrenlassens; die sich streitenden Interessen sehr mannigfaltig und verwirrend. Die Japaner hatten den lebhaften Wunsch, daß die Zollkonferenz für die Zinszahlung auf ihre Regierungsanleihen an China (Nishihara Loans 1918) aufkäme, aber auch, daß ihr Handel mit China in billigsten Industrieprodukten doch nicht durch hohe Zollerhöhung erdrückt würde. Japan schickt ca. 60 % seines gesamten

Exportes nach China. — Die Engländer und die Amerikaner interessierten sich vielmehr für die Eröffnung eines breiten Inlandhandels in China und wollten eine Einfuhrzoll-Erhöhung zugestehen, wenn China dafür alle provinzialen Durchgangszölle (Likin) aufheben würde und natürlich die Zinszahlung für die Eisenbahnanleihen (Tsinpu- und Hukuang-Anleihen) sofort aus den neuen Einnahmen decken würde. — Die kleineren Mächte, wie Belgien und Italien, wollten bereitwilligst ihren Handel einem höheren Zolle unterwerfen, da keine andere Aussicht war, zur Verzinsung und Heimzahlung ihrer Investierungen in China zu kommen. — Diesem Interessenkonflikt und der drohenden Gebärde des südchinesischen Nationalismus, der seine Hoheitsrechte kategorisch zurückforderte, in Hongkong und am Yangtsekiang einen Boykott englischer Waren und Schiffe inszenierte und Feng Yuhsiangs Kuo Minchun (Volksarmee) gegen die für China verhandelnde Zentralregierung in Peking drohend anmarschieren ließ, entsprang so unversehens das Zugeständnis bedingungsloser vollkommener Zollautonomie. Man kann wohl sagen, daß sich die fremden Delegierten selbst verdutzt untereinander anschauten, als sie dieses Resultat richtig gewahr wurden, das da in der Panik des Augenblicks entfahren war. Jedoch, man hatte ja noch die Chance, sich des Ertrages einer sofort in Kraft zu setzenden Interims-Zollerhöhung zu bemächtigen, um sozusagen die Hand im Voraus auf den zukünftigen Zolleinnahmen zu halten. Beim Einmarsche Feng Yuhsiangs in Peking verschwanden aber die chinesischen Bevollmächtigten der Zentralregierung in den Fremdenniederlassungen, in diesen beliebten Zufluchtsstätten für entweichende chinesische Politiker und ihr Geld; die Zollkonferenz vertagte sich unbestimmte Zeit.

Natürlich darf man nicht erwarten, daß die fremden Mächte nicht versucht hätten, ihren Delegierten durch Zurechtschieben der politischen Machtfaktoren selbst, den Standpunkt zu stärken. Vor offener, kriegerischer Intervention scheuen die Mächte zwar zurück, denn im Hintergrunde droht die Gefahr eines Krieges mit Rußland in China. Aber den überlegenen Schachzug Japans in der Mandschurei, durch den Kuo Sungling vor den Toren Mukdens vernichtet wurde, die Kuo Minchun nach Kalgan zurückgeworfen und Peking wieder in den Schatten Chang Tsolins gebracht wurde, kennen wir schon. Man redet auch viel davon, daß das Zwischenlaufen eines englischen Exmissionars zwischen des wiedererstandenen Wu Peifus Hauptquartier in Hankow und dem englischen Mammontempel, sozusagen mit fünf Millionen Dollar im Ärmel, dazu beigetragen habe, das Bündnis unter Chang Tsolin und Wu Peifu herbei zu bringen, das darauf hinzielte, die in den Bergen von Kalgan verschanzte Kuo Minchun auszurotten und der Zentralregierung gemeinsam ein verhandlungsfähiges Kabinett zu bescheren. — Nun, die guten alten Feinde Chang Tsolin und Wu Peifu spielten, der Not gehorchend, recht und schlecht

zusammen. Die Kuo Minchun, die bereits Miene machte, sich von Kalgan aus der Provinz Shansi zu bemächtigen, wurde zwar nicht ausgerottet, aber doch aus dem Nankaupaß und aus Kalgan heraus geworfen, sie verkrümelte sich nach den Grenzen des unnahbaren mongolischen Hinterlandes, wo sie sich soeben neu formiert hat und unter dem durch Feng Yuhsiang wieder übernommenen Kommando bald zurück zu sein verspricht. Das neue Kabinett hatte weniger Glück. Es blieb weniger als ein Schatten der alliierten Machthaber und die Zollkonferenz sowie die Exterritorialkonferenz blieben vertagt bis heutigen Tages.

Es war ein geschlossener Plan der Fremdmächte, die imperialistischen chinesischen Machthaber Chang Tsolin, Wu Peifu und mit diesem auch Sun Chuanfang in den Yangtseprovinzen zusammen zu bringen und gegen die nationalistischen Bewegungen im Lande einzusetzen. — Aber das alles blieb eine trockene Sache ohne Witz, erkauft mit dem Prestige des weißen Mannes und seiner Kultur, eine Bloßstellung des Schachergeistes des kapitalistischen Imperialismus und dazu alles dies um ein verkochtes Linsengericht. Denn kein imperialistisches Machtvorgehen kann die Idee, die Idee Sun Yatsens der Erringung von ungewöhnlichen Rechten und Freiheiten im Staatswesen und der Macht zur Mitgestaltung an den Daseinsbedingungen für alle Klassen des Volkes besiegen, und kein Shylocksches Hingeben der Grundrechte, auf denen der Fremde in China bisher sein Haus baute, kann den chinesischen Imperialisten diese Siegeskraft besorgen oder von den Fremdeninteressen in China ein Jota retten.

Nachdem Sun Chuanfang die Besatzung Chang Tsolins aus Kiangsu vertrieben hatte und Herr der Yangtseprovinzen Chekiang, Kiangsu, Anhwei und Kiangsi geworden war, mit Fukien als Rückendeckung gegen Kwangtung, wurde er gut Freund der über Shanghai die Hand haltenden Mächte.

Der Stadtrat von Shanghai hatte schon lange seine Sorgen und Konflikte mit den Eifersüchteleien der chinesischen Bevölkerung auf die Wahrung der chinesischen Landesherrlichkeit. — Shanghai ist heute eine Welthandelsstadt. Die Bebauungsdichte des konzessionierten Gebietes hat sich in den letzten zehn Jahren ungeahnt gesteigert; die Mietspreise verdreifachten sich und diese Teuerung brachte wieder für die Arbeiterklasse des jungen Industriegebietes ein Wohnungselend, das einen traurigen Blick tun ließ auf die Segnungen, die die chinesische Arbeiterfamilie bei diesen Umständen von der Industrie zu erwarten hat. Aber in wirklich bewundernswerter Voraussicht und Großzügigkeit bemühte sich der Stadtrat seit Jahren, das um das eigentliche Konzessionsgebiet herum liegende Gelände aufzuschließen. Straßengelände wurde von den chinesischen Ackerbesitzern aufgekauft, meilenweite Straßen in das Gelände getrieben, mit Wasser, Licht und Telephon versehen, und schon breiten

lich Häuserreihen den Straßen entlang. Der Hauptreibungspunkt mit den Chinesen war dabei die fremde Polizei, die den Wachtdienst versah, er war den Chinesen ein Dorn im Fleische und das Gezeter wegen der verletzten Landesherrlichkeit war groß und andauernd. Mit der Ankunft Sun Chuanfangs als Oberherr über das chinesische Gebiet um Shanghai und als ein Zugeständnis nach dem Massakre vom 30. Mai wurde dieses Stadtgebiet „Groß-Shanghai" nun einer besonderen chinesischen Verwaltung, die Sun Chuanfang direkt untersteht, und chinesischer Besteuerung überlassen. — Besser ist es dadurch nicht geworden. Neue Straßen werden allerdings nicht mehr gemacht, aber die Chinesen hält die Furcht vor Räubern und Dieben jetzt ab, dort zu bauen, seit die fremde Polizei zurückgezogen ist, und die Arbeiterbehausung im Konzessionsgebiet ist mehr als je das Objekt der Ausschlachtung und des Übervölkerungselendes.

Ach, viel zu lernen und zu leiden bleibt den Chinesen noch, mit Industrie und Demokratie.

Jedoch zu diesem Ende und vor allen Dingen mußte der roten Propaganda gesteuert werden. Denn wie soll ein Sun Chuanfang ein imperialistisches Regime erhalten, wie soll auf hergebrachten kapitalistischen Wegen einem jeden in einer neu entstehenden Industriewelt sein ihm kapitalistisch angemessenes Lebensniveau beschert werden, wenn der Bolschewismus schon gleich da ist und nach unmässig guter Lebenslage und nach unerhörten Rechten zur Mitgestaltung der Lebensbedingungen für die produzierenden Arbeitskräfte schreit? — Wie soll ein solcher laut schreiender Bolschewismus, den man ja schon genügend vom 30. Mai her kennt, von einem imperialistischen Sun Chuanfang unterdrückt werden, wenn in seinem Rücken eine Fremdenniederlassung liegt, die jedem politischen Gegner mit seinem Gelde eine zugriffssichere Zuflucht bietet? Da könnten die imperialistischen Mächte, die über Shanghai ihre Hand halten, einem nicht weniger kapitalistisch-imperialistischen chinesischen Freunde einen wahren Dienst tun und die Extra-Jurisdiction im Konzessionsgebiete an die chinesischen Gerichte abtreten.

Der Bericht der Exterritorial-Kommission, die frisch getünchte Gefängnisse und für den Zweck modernisierte chinesische Gerichte besucht hat, ist zwar nicht veröffentlicht. Aber wir wissen alle in China, daß die chinesischen Untersuchungsgefängnisse, die die chinesischen Behörden nicht frisch getüncht haben, weil deren Besuch nicht erwartet wurde, in menschenunwürdigem Zustand sind. Wir wissen, daß das chinesische Strafgesetz für fremde Begriffe ungeheuerliche und oft unkongruente Strafen verteilt; und das weiß man auch, daß das Zivilrecht weit davon entfernt ist, einen Code zu besitzen, der den vielseitigen rechtstechnischen Ansprüchen modernen Handels und Wandels gerecht würde, daß vielmehr ein chinesisches Gewohnheitsrecht geübt wird,

bei dem die Entscheidungen nach dem nicht immer unbestechlichen Rechtsempfinden eines Laienrichters gefällt werden. — Man mag nun der Ansicht sein, daß dies alles für den Fremden unerträglich ist, oder aber daß sich dabei auch leben läßt: die Hauptsache ist, daß die Extrajurisdiction den Fremden doch eines Tages wird abgenommen werden, wenn die Fremden, wie sie es ja nicht tun wollen, nicht militärisch in China intervenieren. Sollen da die fremden Mächte, die die Hand über Shanghai halten, nicht besser den gegenwärtig gebotenen Profit, der im Fahrenlassen zugunsten und zur Erhärtung der Macht eines imperialistischen chinesischen Freundes liegt, ergreifen, zugunsten eines Sun Chuanfang, der, mit Wu Peifu und Chang Tsolin, nach einem geschlossenen Plane gegen den rumorenden Nationalismus angesetzt, uns allerhand Reste von Extrarechten lassen wird?

So erwachte denn unser Shanghai eines schönen Tages, um in der Zeitung zu lesen, wie die Mächte, die über Shanghai ihre Hand halten, in aller Stille einen Vertrag mit Sun Chuanfang verfaßten, wonach der exterritoriale gemischte Gerichtshof von Shanghai den Chinesen überantwortet wird; wonach die fremden Behörden sich verpflichten, jeden Vorladungsbefehl eines chinesischen Gerichtes, sei er gegen Chinesen oder gegen Fremde im Konzessionsgebiet gerichtet, ohne jede Verzögerung ratifizieren werden; und wonach die fremden Assessoren, die dem chinesischen Gerichte beisitzen, zuhören, aber beileibe nichts sagen werden. Dieser Vertrag wurde dann auch in Peking vollzogen, obgleich er nicht wenig Aufregung und Widerspruch unter den Fremden hervorrief.

Über diese ganze Atmosphäre des Fahrenlassens mag man nun von unserem Standpunkte, die wir nichts mehr fahren zu lassen haben, denken wie man will. Das eine ist verständlich, daß die Anschauung der nationalistisch gesinnten Chinesen heute so ist wie sie ist, und daß die nationalistische Regierung danach trachtet, die Grundlage der Fremden, die jetzt schon in Sprüngen klafft, vollends zu sprengen. Wir Deutsche, die wir schon mehrere Jahre ohne jede Extrarechte in China unter chinesischem Gesetze leben, haben bisher keinen ernsten Anlaß gefunden, zu klagen. Allerdings darf man dabei nicht vergessen, daß wir doch an dem Schutze, den die anderen Fremden zufolge ihrer Extrarechte genießen, indirekt Teil hatten, besonders die Deutschen, die in Shanghai lebten, und man kann wohl sagen, daß, wenn die anderen Fremden zu Schaden kommen, auch die Deutschen nicht ungeschoren davon kommen werden. — Es hängt alles davon ab, wie die nationalistische Regierung verfahren wird, wenn sie einmal das Heft ganz in der Hand hat.

Die nationalistische Gruppe, so weit sie eine de facto Regierung ist, hat ihren Sitz in Canton.

Nach dem Tode Sun Yatsens trat an seinen Platz ein politisches Bureau nach russischem Muster. — Es war ein buntes Gemisch extremer, gemäßigter

und opportunistischer Überzeugungen. Die Mitglieder teilten sich in die Regierungsämter und jedes Mitglied übernahm, was er an Aufgaben fand, oft mehrere Ämter zugleich. Die Regierungsgeschäfte der Provinz Kwangtung befanden sich dazu in ziemlich trostlosem Zustand, die Finanzen zerrüttet, das Militär verzettelt. An Steuern flossen in die Koffer der Regierung in erster Linie die Einnahmen der Salzsteuer, die eigentlich, wie die Seezölle, zwecks Tilgung und Zinsung fremder Anleihen an die Zentralregierung fließen sollten, deren sich aber Sun Yatsen bemächtigt hatte. Da waren die Einnahmen aus der Grundsteuer der Provinz, die aber sehr stockend eingingen, weil Regierungsbeamte in der Provinz seit langem nicht mehr bezahlt worden waren und jeder sich erst einmal selbst bezahlt machte, wenn er konnte. Die Kollekte von Tabak, Wein, Opium und Spielsteuer in Canton war schlecht organisiert, bei fast ungehemmtem Schmuggel, und die Häusersteuer war für Zwecke der Munizipalität auf ein Jahr und mehr im voraus eingezogen. Der Zugriff auf die Steuerkollekte der im Innern der Provinz gelegenen größeren Städte war recht fraglich, weil das Militär an allen größeren Orten die Einnahmen für eigenen Bedarf requirierte und selbständig eigene Auflagen machte. Ein Teil der Provinz, von Hwei Chow nach Osten bis zur Hafenstadt Swatow war besetzt durch die Truppen von Sun Yatsens interprovinzialem Gegner Chen Chiumin, der, wie man sagt, von Hongkong aus unterstützt wurde, und mit dauernden Angriffen die Fortexistenz der nationalistischen Regierung erschütterte. Neben Silber in Schuhen und Barren waren an geprägtem Geld im Umlauf 20 cts. Silberstücke von ca. 0,8 Fein mit ungezählten minderwertigen Prägungen und dabei fast wertloses militärisches Papiergeld aus der Zeit, als Chen Chiumin Gouverneur von Canton war. — Das nationalistische Heer war in eine Anzahl Verbände zersplittert, die sich in Händen de facto selbständiger Generale befanden, und die Parteiorganisation, die Kuo Mintang, auf die sich das politische Bureau stützen mußte, war nicht mehr als ein loser Verein von Gesinnungsbrüdern, mit Beamten als Organisationskern und mit den Arbeitergewerkschaften und Bauernvereinigungen als ungefügem Anhang. Die vermögenden Handelskreise hatten sich längst, um den Anzapfungen zu entgehen, von Canton nach Hongkong zurückgezogen, wo sie die, auf die Rückkehr der Geldherrschaftszeiten hoffende Anhängerschaft Chen Chiumins und das Englands Zielen in Süd-China applaudierende Außenchinesentum ausmachten.

Dies waren die Umstände, unter denen nach der Rückkehr vom Begräbnis ihres Lehrers das politische Bureau im Frühjahr 1925 das Vermächtnis Sun Yatsens antrat. — Gewiß liegt in der Lehre Sun Yatsens eine hoffensfreudige Macht, die eine kleine Gruppe junger Leute veranlassen konnte, das Kreuz der erbitterten Feindseligkeit der fremden Mächte, der imperialistischen Gesinnung des Restes von China zum Trotz, auf sich zu nehmen. War doch

nicht mehr wirkliche Begründung für einen endlichen Sieg vorhanden, als die Werbekraft, die die Idee Sun Yatsens, nach russischem Muster durch Bildung von Parteizellen ins Land hineingetragen, haben mußte; das Draufgängertum für die Idee, das unter russisch-politischer und militärischer Führung in der Whangpoa Kadettenanstalt für das Heer in Züchtung begriffen war, und die mächtige Gegenwart des Geistes Sun Yatsens, aus dem Grabe eine einigend hinanführende Macht.

Wie Lenins Führerschaft in Rußland durch Wort und Bild seiner Person allgegenwärtig gehalten wird, so wurde die Verlesung des Testamentes Sun Yatsens zu Beginn jeder Versammlung und jeder Sitzung, am frühen Morgen als Anfang der Schulstunde, auf dem Exerzierplatze vor dem Dienst, zum Vademekum, das durch die Irrungen und Wirrungen der Stunde und des Tages stets wieder zurückführte zur siegenden Idee. — Der im Testament niedergelegte Wille Sun Yatsens ist es auch gewesen, der dem politischen Bureau eine stetige Richtkraft und ein unbeugsames Zielstreben verlieh. — Wie das nicht anders sein kann, wirkten die divergierenden Überzeugungen im politischen Bureau jede nach ihrer eigenen Richtung. Gleich am Anfang meldeten sich die extrem-kommunistischen Neigungen. Sie wurden bekämpft und dann mit einem Gewaltstreich ausgemerzt. Kommunismus ist nie ein Ziel Sun Yatsens gewesen. Es bildeten sich politische Spaltungsgruppen, ein linker und ein rechter Flügel mit hinter ihnen stehendem Anhang in der Partei; eine „Kronprinzen"-Clique in der Gefolgschaft Sun Fus, des Sohnes Sun Yatsens, die mehr auf die äußeren Ehren erpicht war und der die „Onkel"-Clique entgegen stand. Das Militär der Besatzung Cantons glaubte zu einer Zeit das Diktat über das politische Bureau antreten zu können, aber schließlich setzte sich doch der substantielle Wert, die größeren Persönlichkeiten durch, die am treuesten dem Willen aus dem Grabe dienten. — General Chiang Kaishek, der erste Leiter der Kadettenanstalt Whangpoa und deren Mitbegründer, wurde der erste Mann unter den Militärs, T. V. Soong der führende Geist in der Ziviladministration.

General Chiang Kaishek verstand es, den Draufgängergeist für die Idee von der Kadettenanstalt auch ins Heer zu verpflanzen, er nahm mit glänzender Bravour die von festen Mauern und von Sumpf rings umgebene Stadt Hwei Chow, die Stadt, die jahrelang allen Anstrengungen Sun Yatsens widerstanden hatte und als uneinnehmbar galt. Chen Chiuming ward vernichtend geschlagen, aus Swatow herausgetrieben und zum erstenmal kam die Provinz Kwangtung restlos unter die Herrschaft der nationalistischen Regierung. Treue zur Idee und schlagfertige Operationsbereitschaft, die aus der Kadettenanstalt Whangpoa unter die Truppe ausstrahlt, hat sich schon bewiesen, als in einem nächtlichen Handstreich Chiang Kaisheks die Truppen jenes Besatzungskom-

mandanten umzingelt und entwaffnet wurden, der sich anmaßte, das politische Bureau zu beherrschen, an jenem ereignisvollen Tage der Gestaltwerdung der von Sun Yatsen vergeblich gesuchten Zentralisierung des Heeres in einer Hand, und des dadurch endlich gesicherten inneren Friedens der Provinz vor aufrührerischen Truppen. Chiang Kaishek führt heute als Generalissimus die nationalistischen Heere am Yangtsekiang.

Nicht an zweiter Stelle, an erster Stelle müßte T. V. Soong, der Finanzkommissar der nationalistischen Regierung Cantons genannt werden. Aus einem Chaos von Finanzen stampfte er Geld hervor, um die militärischen Errungenschaften Chiang Kaisheks erst zu ermöglichen. Mit der flüchtigen Substanz nirgend hinreichender Staatseinnahmen gründete er eine Regierungsbank, warf Banknoten in Umlauf, überdauerte zahllose „Runs", entriß Freund und Feind die Kollekte der Staatseinkünfte, erfaßte den Schmuggel, legalisierte Opium und Spiel und steigerte durch Aufstellung eines regelrechten Budgets die Finanzkraft der in seiner Hand nun aus der ganzen Provinz zentralisierten Einkünfte um das Vierfache. Wo Sun Yatsen monatlich selten über eine Million chinesischer Dollar verfügte, kommen zu T. V. Soong viereinhalb Millionen monatlich. Zahlen reden und hier führen sie die Armee der nationalistischen Regierung an den Yangtsekiang, gehen den imperialistischen Mächten ans Leben.

All dies wurde nicht erreicht ohne zeitweises Überanstrengen der Besteuerung, ohne harte Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Aber mit der festen Regelung der Auflagen auf den Handel, mit reeller, allen Leidtragenden gegenüber gleichbleibender Kollekte (etwas nicht gerade Gewöhnliches bei dem Einzug durch rein chinesische Behörden) mit der Einkehr innerer Sicherheit vor Erpressungen durch das Militär, kehrte die Kalkulationsfähigkeit des Kaufmanns wieder, der Handel lebt auf, Unternehmungslust und manch einer der nach Hongkong entwichenen Reichen kehrt zurück. Die Stadt Canton ist das sichtbare Zeichen dafür. Überall ist Tätigkeit, die Läden sind gefüllt mit Waren, reges Leben spielt in den neuen breiten Straßen. Von der Instandsetzung der Straßen und Plätze, von den Motorsprengwagen, die die Stadt durchfahren, der Feuerwehr mit Motorspritzen und anderem mehr zu schließen, ruht der Eifer Sun Fus nicht, die Interessen des Volkes zu fördern, und man kann auf eine Dauer des glücklichen Zustandes von heute schließen, wenn es gelingt, imperialistische Überfälle am Yangtsekiang aufzuhalten.

Daß die äußere Politik der nationalistischen Regierung sich im Kampfe mit dem Imperialismus, dem eingeborenen chinesischen wie dem fremden Imperialismus erschöpft, sehen wir sofort, wenn wir beachten, daß nach der Vernichtung der Streitfähigkeit Chen Chiumins in der Provinz selbst, auf allen Seiten, von Fukien, Kiangsi, Hunan und Yunnan noch der viel angedrohte

Truppeneinbruch der chinesischen Machthaber des Nordens ständig drohte und daß der englische Imperialismus, von der auf chinesischem Boden errichteten Kolonie Victoria (Hongkong) aus, mit Kriegsschiffen und allen zivilen und unzivilen Mitteln seine Macht und seine Extrarechte in China betonte, und dem Aufkommen der sogenannten „bolschewistischen" Regierung in Canton alle möglichen Hemmungen bereitete und noch bereitet.

Wir wissen sehr wohl, daß die Kuo Mintang nichts weniger als kommunistisch ist, aber es ist wahr, daß Sowjetrußland sich großer Sympathie erfreut und, daß Sowjetrußland sich um das Aufkommen der nationalistischen Regierung ungeheure Verdienste erworben hat, Verdienste, die sich zu erwerben andere Nationen keine Miene gemacht hatten, obgleich sie nicht weniger freundlich von Sun Yatsen dazu eingeladen waren.

An erster Stelle steht dabei der aus russischen Diensten beurlaubte Diplomat Borodin, der schon Sun Yatsen mit Rat und mit russischen Instruktoren bei der Gründung der Whangpoa-Kadettenanstalt half und der alle diese schweren Jahre hindurch der nie versagende politische Berater der nationalistischen Regierung blieb. Im übrigen schickte Rußland eine bedeutende Zahl russischer Instrukteure zur Organisation des Heeres und lieh selbst, wo Hilfe not tat. General Chiang Kaishek steht auch auf seiner gegenwärtigen Expedition nach dem Yangtsekiang der beurlaubte russische General Gallent mit mehreren Generalstabsoffizieren zur Seite.

Wenn man nun den chinesischen Führern nahelegt, daß diese Freundschaft doch fast so weit geht, daß die Chinesen die Interessen Rußlands in China verfechten, so bekommt man zu hören: „Wir schlagen unsere eigenen Schlachten! Rußland leiht uns Hilfe, wo uns alle Welt bekämpft, und wenn sich die Interessen Rußlands mit unseren eigenen decken, so ist das nur ein Glück für China." — Dagegen ist nun wiederum nichts zu sagen, denn es ist so, und daß es so ist, daran scheinen die Westmächte selbst schuld zu sein.

Da sind wir nun, mit der diesmal gewiß nicht trockenen Sache ohne Witz, da angelangt, wo wir wieder auf den Konflikt der fremden Mächte in China stoßen.

Es ist das psychologische Moment der Überreiztheit durch jahrelange leidenschaftliche vergebliche Abwehr von Angriffen durch Sun Yatsens Nationalismus auf eroberte, aber auch wohl verdiente Rechte und selbstgeschaffenen Besitz in Canton, der das Verhältnis Hongkongs zu Canton charakterisiert. Auf der anderen Seite steht das nationalistische Gefühl eines gerechten Anspruches auf Souveränität und unbehinderte Macht im eigenen Hause, das auch vor genossenen Leistungen nicht zurücksteht.

Sun Yatsen hat den Satz aufgestellt, daß die Sonderrechte der Fremden in China dem chinesischen Nationalismus und der Realisierung eines „fortge-

schrittenen China“ im Wege steht; er prägte das Wort der „einseitigen Verträge“, das heute Gemeinbesitz der chinesischen Nation ist. Sun Yatsen verlangte vom fremden Seezoll die Auslieferung der nach Tilgung und Zinsung der fremden Anleihen übrig bleibenden Einfuhrzolleinnahmen seiner Provinz, die vom Seezoll nach Peking geschickt wurden, wo sie dazu dienten, in der Hand der Zentralregierung ein Heer gegen Sun Yatsen auszurüsten; und er erhielt diese Überschüsse nicht. Dem Versuche Sun Yatsens, das Zollhaus in Canton in eigene Regie zu übernehmen, schickten England, Frankreich und Amerika Kriegsschiffe und Soldaten entgegen. Der Versuch mußte als aussichtslos für die Kräfte der Chinesen aufgegeben werden.

Ein späterer Konflikt des politischen Bureaus mit dem Seezoll, als Streikposten englische Waren konfiszierten, bevor sie den Seezoll passiert hatten, führte zu einer weiteren Demütigung der Chinesen, mit dem Schließen des Hafens der Stadt Canton durch den Seezoll.

Wir sehen, Schlag auf Schlag, und immer an der Spitze des Bajonettes der Fremden vorbei, ging der Streit um den Seezoll.

Die Lösung oder vielmehr die Nichtlösung der Zollbindungen bei den Verhandlungen der Zentralregierung in Peking hat in Canton schließlich den Entschluß reif gemacht, den Seezoll aus der Sicherheit genügender Entfernung von den Bajonetten der Fremden zu torpedieren.

Gereiztheit auf der einen Seite, entschlossene Absicht auf der anderen Seite, hinter der Arbeiter, Bauern, Bürger und Regierung geschlossen stehen, bereit, die Absicht um jeden Preis und mit allen Mitteln zu verwirklichen, hatte am 23. Juni 1925 das Massakre von Shameen ausgelöst. Gerüchte, die sich in China wie ein Lauffeuer verbreiten, hatten die Bewohner der englischen Niederlassung Shameen (eines kleinen Flecken Landes im westlichen Teil Cantons, am Flusse gelegen und auf den übrigen drei Seiten von einem breiten Wassergraben umgeben) wohl gewarnt, daß die Chinesen beabsichtigten, wegen des Massakres in Shanghai vom 30. Mai eine Protestdemonstration loszulassen. Truppen wurden auf Shameen gelandet, Maschinengewehre aufgestellt, die Zugänge mit Sandsäcken verbarrikadiert, man war vorbereitet.

Eine farbige Schlange von Menschen, Trommeln und Pauken, unzähligen geschwungenen Wimpeln an Bambusstecken, Sun Yatsens Farben, rote und weiße Streifen Tuches mit großen Lettern in Tusche beschrieben: „Nieder mit den einseitigen Verträgen! Genugtuung für den 30. Mai!“, uniformierte Soldaten, Kulis, Bauern, Boyscouts wälzte sich heran und bog am anderen Ufer des Grabens um Shameen. Da kracht ein Schuß. Die ganze Grabenfront speit Feuer, Panik unter den Demonstranten; Tote, Verwundete, im Schrecken Hingestürzte liegend lassend, ist die „Gefahr“ in einem Augenblick in Häuser und einmündende Nebenstraßen zersprengt, von wo nun allerdings

der Nationalismus zurückzuschießen beginnt, aber ohne viel Schaden in Shameen anrichten zu können, was er sicher sehr bedauerte. — Wer den ersten Schuß feuerte, ist nie herausgekommen. Ob er überhaupt gefeuert wurde, ob ein Gewehr versehentlich losging? — Mehr Gereiztheit, Nervosität — ein Massakre eines harmlosen Demonstrantenzuges, wie ihn das Arbeitervolk von Canton bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit, an jedem Feiertage abzuhalten pflegt, und der geschlossene Boykott von allem, was englisch heißt oder ist, bleibt übrig.

Eine Völkerwanderung von Chinesen ergießt sich aus Shameen und Hongkong, chinesische Dienstboten, Köche, Boys, Hafenkulis, Fabrikarbeiter, Bureauleute, Kaufleute, alles Leben und Betriebsamkeit flieht davon nach Canton. Shameen liegt verlassen wie ein Friedhof, kein Chinese betritt es mehr. Englische Schiffe im Hafen von Canton und Hongkong schaukeln einsam, gemieden auf dem Wasser. Streikposten dringen im Hafen von Canton ein, auf allen anderen Schiffen auch, und beschlagnahmen oder vernichten jedes Stück englischer Ware, das gefunden wird, bewaffnet schwärmen sie nachts am Ufer und auf dem Flusse, daß keine Nahrungsmittel zu den Engländern gelangen. Ein Schiff, gleichgültig welcher Nationalität, das Hongkong berührt hat, darf nicht wagen, Canton anzulaufen. — Und dieser Boykott dauerte an, in fast unverminderter Schärfe bis zum Anfang Oktober 1926, wo ihn die nationalistische Regierung freiwillig abrief, um dafür den Seezoll zu torpedieren.

Der Witz des Seezolles liegt darin, daß die Chinesen, laut feierlichen Verträgen mit den fremden Mächten, sich verpflichtet haben, die Kollekte der Import- und Exportzölle nur durch den von Fremden geleiteten Seezoll zu erheben und keinerlei weiteren Export- oder Importzoll an den Grenzen Chinas zu erheben, als die fremden Mächte eben diesem Seezoll gestatten. Daran konnten wir leider bisher keineswegs was ändern, so räsonierte eine nationalistische Regierung in Canton; aber das Programm unserer Partei verpflichtet uns, die handelstörenden Durchgangszölle (Likins) abzuschaffen. Andere Regierungen von China haben nicht die Macht, den Likin abzuschaffen. — Wir besitzen diese Macht. — Ohne Zweifel ist eine nationalistische Regierung berechtigt, wenn sie die Macht besitzt, den störenden Likin abzuschaffen, dafür eine andere, bewährte Form der Zollerhebung zu schaffen. Wie wäre es also, wenn eine nationalistische Regierung eine „Produktionssteuer" auf alle die Landesprodukte erhöbe, die zum Export kommen, und eine „Verbrauchssteuer" auf die Importwaren, die China verbraucht? Das wären gerechte und unanfechtbare Steuern, unter der Souveränität Chinas der Bevölkerung Chinas auferlegt, die die Landsleute gerne bezahlen werden, wenn dafür der Likin aufhört — und so geschah es. — Nächst dem Seezoll-Zollhause machte man ein weiteres, chinesisches Zollhaus auf, und jeder Importeur, der Waren durch

das Seezollamt passiert, ist höflich gebeten, auch eben noch zum chinesischen Zollamt zu kommen, um $2\frac{1}{2}\%$ Produktionssteuer bei Export und $2\frac{1}{2}\%$ Verbrauchssteuer (5% bei Luxuswaren) auf die importierten Waren zu erlegen. Natürlich wird von den Importeuren der fremden Vertragsmächte gar nichts verlangt. Nur vom chinesischen Käufer dieser Waren, und Nötigung wird nicht angewendet. Die chinesische Bevölkerung in ihrem nationalistischen Eifer betrachtet es als eine nationale Aufgabe, die Voraussetzungen selbst zu schaffen, die erlauben werden, den schädlichen Likin abzutun, und die Angestelltengewerkschaften, die Gewerkschaften der Hafenarbeiter und andere sorgen dafür, daß sich der ganze Handel gleichmäßig in die Aufgabe teilt. Der nationalistische chinesische Handel wird keine Ware aus dem Speicher eines Importeurs abnehmen, ohne daß die chinesische Zollquittung bei der Ware ist. Eine nationalistische Regierung hat hier die nationalistische Gesinnung des Volkes, ein Torpedo, auf den Seezoll abgeschossen und der Seezoll hat ein Loch bekommen.

Die Konferenz von Washington ist jetzt abgesetzt worden, die nationalistische Regierung deckt ihren Bedarf an Einkommen nach Wunsch und kann nun ihrerseits die Erhöhung des fremden Seezolles verweigern.

Es ist vorauszusehen, daß viele andere selbständige Provinzen in China dem Beispiel folgen werden; aber was die fremden Mächte dazu sagen oder tun werden, ist ganz und gar nicht abzusehen.

(Shantung ist bereits gefolgt — und damit das stärkste goldgewobene Netz aus Fremdgewalt — das über China lag — zerrissen. D. Herausgeber.)

ALBRECHT FREIHERR VON PÖLNITZ:

DIE NATIONALE STAATENENTWICKLUNG IN SPANISCH-SÜDAMERIKA I

Eroberung und Kolonisation

Wenn wir einerseits von den staatsrechtlichen Neubildungen absehen, wie solche beispielsweise aus dem Versailler Vertrag hervorgegangen sind, andrerseits die nahezu autonomen Staatsgebilde der englischen Dominions noch als Kolonien betrachten, so sind die Staaten des spanischen Südamerika die jüngsten souveränen Staaten, denen wir heute auf dem Globus begegnen.

Sie sind alle in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden; sind hervorgegangen aus dem Kolonialreich Karls V., das sich seinerseits in Südamerika wieder in der Hauptsache aus dem gestürzten Inkareiche zusammensetzte.

Die Jahrzehnte der „Conquista", der Geist der Conquistadorenscharen und ihre und ihrer Nachfolger erste Kolonisierungsversuche sind für die nationale wie soziale Struktur der südamerikanischen Republiken und für das Verständnis der Psyche ihrer Bewohner noch heute von hervorragender Bedeutung.

Kurz nachdem Columbus 1498 am Mündungsdelta des Orinoko das amerikanische Festland entdeckt hatte, wurde Panama der Mittelpunkt der neuen Welt und der Ausgangspunkt für alle weiteren Unternehmungen.

In Panama verbündeten sich 1522 Pizarro, Almagro und der Geistliche Luque zur Eroberung des sagenhaften Goldlandes im Süden, das Pizarro dann auch, nach mehreren vergeblichen Zügen, 1531/33 unterwarf. Daß es Pizarro gelang, mit einigen 70 Mann Atahualpa, den letzten Inka, inmitten eines über 50 000 Mann starken Heeres, festzunehmen, erscheint geradezu fabelhaft, zumal die Spanier des Landes und der Sprache unkundig waren, und in den Küstenniederungen erst unter scheußlichen Tropenkrankheiten, dann auf den über 5000 m hohen Cordilleren unter der „Puna", der Bergkrankheit, entsetzlich zu leiden hatten. Von denen, die von Anfang an Pizarro gefolgt waren, erreichten nur dreizehn Cuzco, die goldene Tempelstadt der Söhne der Sonne. (Zu den Abkömmlingen jener Dreizehn zu gehören — es gibt deren in Chile und Peru heute noch eine namhafte Zahl — gilt in Südamerika vielleicht noch für vornehmer als in der nordamerikanischen Union die Abstammung von einem Passagier der bekannten „Mayflower".)

Daß die Spanier mit der Zerstörung des Inkareiches, das zur Zeit der Eroberung das heutige Peru, Chile, Bolivien, Ecuador und Teile Argentiniens, Paraguays und Brasiliens umfaßte, einen hochkultivierten, hervorragend verwalteten Staat sinnlos vernichteten und eine unter hierarchischem Kommunismus durchaus glückliche Bevölkerung ins Elend trieben, ist bekannt. Die letztere Tatsache geben selbst zeitgenössische Chronisten, Geistliche sowohl, wie die Steuerverwalter der spanischen Krone unumwunden zu; von der seltsamen Kultur und glänzenden Verwaltung legen heute noch am Titicacasee Festungs- und Tempelruinen, überwältigender vielleicht noch als die pharaonischen, sowie kunstvoller Hausrat aller Art in verschiedenen Museen beredtes Zeugnis ab. Die Heeresstraßen der Inkas, gepflastert und mit Rasthäusern und Magazinen versehen, waren und sind, wo die Bahn fehlt, heute noch fast die einzigen wirklich guten Straßen im Innern Südamerikas.

Die handstreichartige Eroberung dieses gewaltigen Reiches „der vier Himmel", wie es in der Inkasprache hieß, läßt sich nur dadurch erklären, daß eben im Zeitpunkt der Landung Pizarros zwei Kronprätendanten sich mit großen Heeren gegenüberstanden, die gegeneinander auszuspielen den Spaniern meisterhaft gelang; ferner durch den Umstand, daß die Bevölkerung, durch Generationen von ihren Regenten und Priestern bis ins kleinste bevormundet, hilf-

los und hoffnungslos war, als sie den letzten Inka erdrosselt sah. Vielleicht lähmte auch die alte Weissagung, weiße Götter würden eines Tages übers Meer kommen und das Land an sich nehmen, jeden zielbewußten Widerstand.

Gewiß soll man für geschichtliche Ereignisse besonderer Art nicht nach mystischen Ursachen suchen, doch sei dieses Moment hier absichtlich erwähnt, da man mitunter heute noch seitens der Indianer dort diese Erklärung zu hören bekommen kann, wenn man sie fragt, warum sie sich so resigniert jeder neuen Schikane fügen; da ohne einen gewissen Sinn für Mystik Indio und Halbblut Südamerikas schlechtweg nicht zu verstehen sind.

Es hat natürlich an erbitterten Kämpfen in den ersten Dezennien nach der Eroberung nicht gefehlt, und diese haben auch zu Zwistigkeiten zwischen den Eroberern geführt, in deren Folge Almagro durch Pizarro aufs Schaffott gebracht, letzterer durch die Soldateska des ersteren erdolcht wurde. Der einzige Mann aus der ersten Zeit der Eroberung, der neben dämonischer Energie auch die nötige Ruhe zum Aushalten auf schwierigen Posten hatte, war Pedro de Valdivia, der das heutige Chile unterwarf. Pizarros und Almagros Gestalten sind zweifelsohne heroischer und faszinierender, doch ist an tatsächlichen und dauernden Leistungen Valdivia ihnen unbedingt überlegen.

Während nun das 1530 eroberte Inkareich Schritt für Schritt durchdrungen wurde, segelte 1534 eine andere spanische Abenteurerschar längs der Ostküste Südamerikas und gründete das heutige Montevideo und Buenos Aires, nachdem „günstige Winde“ nach wochenlangem Stilliegen der Flottille endlich die Einfahrt in den La Plata ermöglichten.

Während Montevideo und Asunción — letzteres war auf dem Marsch nach dem Goldland im Norden am Himmelfahrtstag (asunción = Himmelfahrt) am oberen Páráná gegründet worden — bestehen blieben, wurde Buenos Aires nochmals von den Indianern dem Erdboden gleich gemacht. Das heutige Buenos Aires wurde dann 1580 angelegt.

Die Erobererscharen sind vorhin, wie allgemein, Abenteurer genannt worden. Diese Bezeichnung bedarf einer Berichtigung und diese erfährt sie ganz von selbst, sobald wir das Menschenmaterial, das zu den heutigen Staaten Südamerikas den Grundstein legte, näher betrachten.

Daß die Conquistadoren nach Herkunft, Beruf und charakterlicher Veranlagung mehr als „gemischt“ waren, daß sie im Kampf mit unbekannten, unerhörten Naturgewalten und einem tausendfach überlegenen Gegner zu den unmenschlichsten Rohheiten und Grausamkeiten sich hinreißen ließen, ist nicht zu leugnen. Dennoch darf man auch jenen Männern die rassig hochwertigen Eigenschaften nicht durchaus absprechen, die zur gleichen Zeit dem spanischen Soldaten in der Heimat, ja dem Menschen der Renaissance fast durchweg jene ungeheure Schwungkraft gaben, die nur alle paar Jahrhunderte einmal in der Welt auftritt.

Außerdem beschränkte sich die spanische Kolonisation Amerikas nicht ausschließlich auf Mißhandlungen von Eingeborenen. Waren die Eroberer auch in hervorragendem Maße Söldner und Glücksritter, so waren sie daneben doch auch Kreuzfahrer und Religionskämpfer; in weit höherem Grade jedenfalls als allgemein bekannt ist.

Vielleicht liegt gerade in der hinreißenden Kraft, die Staat und Kirche gemeinsam ihren Idealen in jener Zeit zu verleihen vermochten, das psychisch beachtenswerteste Moment. Liest man die zeitgenössischen spanischen Berichte, so findet man, daß solche ethischen Werte jene Menschen bis zum Fanatismus, ja bis zu religiösen Visionen begeisterten:

Die zügellose Horde Pizarros wurde, als sie nach jahrelangen Irrfahrten und Kämpfen die Tempel des Sonnengottes vor sich liegen sah, von so tiefem Weihegefühl ergriffen, daß sie betend und schluchzend auf die Knie niedersank. Pedro der Candia, einer der genannten Dreizehn, schleppte, trotz seiner 63 Lebensjahre, seit Panama durch Tropensonne und Schneegebirge ein großes, hölzernes Kreuz mit sich, und jedesmal, wenn er allein auf Erkundung auszog, sagte er: „Töten sie mich, Kameraden, so ist nichts verloren; glückt aber mein Vorhaben, so wird wahrlich Christi Reich groß!"

Diese Dinge muten uns Heutige zwar so sonderbar an, wie etwa Bernhard von Clairvauxs „Gott will es!", aber man muß dem Zeitalter Gerechtigkeit widerfahren lassen, will man nicht anders von seinen Menschen ein Zerrbild erhalten.

Wenn man sieht, wie heutigentags so Manche aus Heimweh, des Klimas oder irgendwelcher Mühsale wegen vierzehn Tage nach ihrer Landung Südamerika wieder verlassen, so kann man sich nicht recht vorstellen, daß die 70 Leute mit Pizarro so Gewaltiges durchführten, ausschließlich um des Goldes willen, von dessen Existenz sie nicht einmal sichere Kunde hatten!

Jedenfalls wäre ohne den kulturell-religiösen Herrschaftswillen als einigendes Band die Kolonisationsarbeit, die der Eroberung doch folgen mußte, wohl schwerlich geglückt. Ihr Gelingen darf also als bester Beweis dafür gelten, daß der Spanier des 16. Jahrhunderts in Südamerika eben nicht nur Landsknecht war, sondern von Anfang an sich gewissermaßen verpflichtet fühlte, das neugewonnene Land seinem König, seiner Nation und seiner Kirche innerlich zu eigen zu machen. Staunenswert ist, daß diese innere Angliederung mit einer so geringen Menschenzahl gelang.

Dabei verschob sich allerdings die Stellung der Conquistadoren dem Staate gegenüber insofern, als persönlicher Mut und politische Großzügigkeit sich bei ihnen bis zur selbständigen Unternehmerstellung steigerten, ja sie schließlich sogar das Recht zur Revolution als ein Menschenrecht des Staatsbürgers auffassen ließen.

Ein hervorragendes Interesse am Staatsleben, einen gewissen Mangel an Erwerbssinn und stetigem Beamtengeist, daneben ein erstaunliches Maß politischer Begabung — diese Grundzüge des spanischen Eroberertypus — lassen sich unschwer auch im modernen Südamerika überall immer wieder erkennen. —

Das System der Kolonisation entwickelte sich natürlicherweise aus den Zielen, den Formen und dem Menschenmaterial der Eroberung.

Spanien bezweckte bei seiner Kolonisation zweierlei: Einmal die Ausdehnung seiner politischen Macht, zum anderen die Stärkung der Finanzen des Mutterlandes. Die Ausdehnung der Macht geschah weniger in dem Streben nach einer weltstrategischen Stellung, die es in unserem Sinne damals noch nicht gab, als aus reinem Machtinstinkt heraus. Das Bedürfnis nach finanzieller Unterstützung seitens der Kolonien wurde um so größer, je mehr die europäischen Kriege des 17. Jahrhunderts Spaniens Macht auf dem heimatlichen Kontinent erschütterten und wirtschaftlich unterminierten.

Diese Interessen Spaniens blieben wohl dauernd die gleichen; doch das Menschenmaterial, das die Kolonien aufsuchte, veränderte sich bald recht wesentlich. Je mehr die Aussichten auf auf leichte Bereicherung und wildes Leben wuchsen, um so minderwertiger wurde der Zustrom in die Neuländer. Die unliebsamen Erfahrungen, welche die Kolonien in dieser Hinsicht bald machten, führten um 1600 dahin, daß auf ihre Anregung die Auswanderung aus Spanien nach Südamerika von besonderer königlicher Genehmigung abhängig gemacht werden mußte. Für die Moral, die zur gleichen Zeit in den Kolonien herrschte, ist bezeichnend, daß ein Kaufmann, der nur vorübergehend nach Amerika reisen wollte, um die Reisegenehmigung zu erhalten, dem König ein Einverständnisschreiben seiner Frau vorlegen mußte! —

Die Conquistadoren hatten kraft Generalvollmacht bei der Einrichtung des Landes nach Belieben schalten und walten können. Ihren Leuten gegenüber waren sie dabei insoweit verpflichtet, als jeder Anrecht auf Lohn und Beute hatte. Diese Beute waren eben Land und Volk Amerikas und infolgedessen verteilte man dieses an die Kriegsgenossen, wobei die Eingeborenen für Nahrung und Kleidung ihrer Herren aufzukommen und Arbeiterdienste aller Art zu verrichten hatten. Das nannte man das Encomiendasystem. Dabei fühlten sich die paar Spanier als „das Volk“ Südamerikas, denn sie waren Spanier und waren Christen und verachteten als solche die Eingeborenen, die bereits in der kommunistischen Wirtschaftsgesellschaft der Inkas zum Sklaventum herangezogen worden waren.

Die nach der Conquistadorenzeit einsetzende spanische Verwaltung kam zu spät, um das Land ordnungsgemäß zu verteilen. Sie hatte wohl noch gewaltige Ländermassen zu vergeben, darunter große Gebiete, die den Eroberern selbst vorbehalten gewesen und nach deren Tod an Spanien zurückgefallen

waren; aber in den Besiedlungszentren war das Land bereits in Privatbesitz genommen. Hier Veränderungen zu erzwingen, hatte die spanische Verwaltung nicht die nötige Macht. Somit ist die Grundlage des spanischen Kolonialbesitzes durch private Besitzergreifung charakterisiert.

Verschiedene Versuche der spanischen Regierung, das Encomiendasystem und den Gegensatz zwischen Spaniern und Eingeborenen aus humanitären Gründen zu beseitigen oder wenigstens zu mildern, schlugen alle fehl.

Je weniger es aber den Spaniern möglich war, an dem wirtschaftlichen und sozialen Grundschema der amerikanischen Kolonie etwas zu ändern, um so stärker erwies sich das kulturelle Band, das diese mit dem Mutterlande vereinte. In Sprache und Einrichtungen hat dieses dem fernen Westen den Stempel seines Wesens schärfer aufgeprägt, als irgend eine andere kolonisierende Macht: Im guten wie schlechten Sinne sind Lima, Valparaiso und Buenos Aires spanisch und selbst letzteres, das heute gewaltsam New-York nachahmt, dürfte im Grunde kaum jemals anders werden.

Der spanische Amerikaner der Kolonialzeit, der geistliche sowohl wie der weltliche, wollte wohl frei, d. h. der sozialen Bindungen der Kaste, der er in der Heimat angehört hatte, ledig sein, und durchaus nicht diese, wie es teilweise bei der Kolonisation Nordamerikas durch geschlossene Gruppen von Sektierern geschah, auf den neuen Kontinent übertragen. Aber er wollte dabei Spanier sein und bleiben und hatte keineswegs die Absicht, weder bewußt noch unbewußt, sich von seiner alten nationalen Basis zu trennen und eine eigene spanisch-amerikanische Kultur hervorzubringen. So brachte er in die Städte Südamerikas dasselbe Leben, das er in der Heimat gewohnt war, so die Stiergefechte, Prozessionen, Korsos, Promenaden, Pferderennen und den maßlosen Karneval, der uns heute allüberall drüben begegnet und den Neuling blendet.

Gelang es nun Spanien auch nicht, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Kolonie zu ändern, so ermöglichten ihm jene ethisch-kulturellen Bindungen doch wenigstens, sie in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit zu halten.

Da die Kolonisten außerdem in der Verwertung ihrer Produkte, vor allem ihres Edelmetallreichtums, auf den europäischen Markt angewiesen waren, so war der Gewinn, den Spanien sich durch das Handelsmonopol mit Südamerika sicherte, ungeheuer. Er wurde auch durch den — vielfach von den Gouverneuren selbst betriebenen! — Schmuggel nicht nennenswert beeinträchtigt. Dagegen mußte auf die Dauer die spanische Wirtschaftspolitik darin einen Nachteil erkennen, daß sie gegenüber Südamerika sich nur ein Handelsmonopol und nicht auch ein Industriemonopol gesichert hatte. Auf diese Weise gelangten nämlich doch Waren des verschiedensten Ursprungs nach Südamerika,

wenn sie nur in spanischen Häfen verladen wurden. Geradezu kurzsichtig aber war das Verbot der Gründung eigener Industrien in den Kolonien, die gewaltsame Unterdrückung aller Nachrichten von dort, sowie insbesondere die von Anfang an seitens der Kolonie als Schikane empfundene Vorschrift, daß aller Handel nach Europa — auch der der Ostküste! — über Peru—Panama gehen müsse. —

Was die politische Verwaltung und Gesetzgebung des Landes anbetrifft, so hielt die spanische Krone zwar prinzipiell an ihrer vollen Souveränität fest, begnügte sich aber in der Tat mit der bloßen Wahrung von deren Form. Die Vizekönige, Gouverneure und Generalkapitäne waren zwar meist Spanier, doch wurden sie gewöhnlich aus der Kolonialaufbahn genommen und waren in ihren Maßnahmen von den königlichen Räten, die aus Spanien kamen und „nur schwer zu bestechen waren", wie man liest, wenig gehemmt. (Die Vizekönige in Lima und — seit 1776 — in Buenos Aires boten eine Auslese aller möglichen und unmöglichen Menschentypen; sie waren Soldaten, Geistliche, Streber, Beamte, Kulturapostel und Höflinge.)

Daß das Verhältnis der spanischen Verwaltung zum kreolischen Adel mehr gesellschaftlich als politisch war und der letztere mehr eine geistig-kulturelle Zusammengehörigkeit pflegte als den Geist der Subordination, ist unverkennbar. Der Selbsverwaltung war auch, abgesehen von den politischen Hauptstädten, große Freiheit eingeräumt.

Die spanischen Gesetze waren für ganz andere, weit höher entwickelte Verhältnisse zugeschnitten und folglich für die Bedürfnisse des Koloniallebens unzulänglich. Da man aber auch keine besondere Ursache hatte, sie zu ändern, so sind sie, vor allem auf dem Gebiete des Agrarwesens, vielfach jetzt noch in Kraft.

So gleichen die spanischen Kolonien im Südamerika des 16. und 17. Jahrhunderts mehr den englischen „dominions" als den „colonies". Sie sind Kulturkolonien. Aber während die Bevölkerungspolitik in verschiedenen englischen Dominions auf Verdrängung der Farbigen hinzielt, war und ist in gewissem Maße heute noch in Südamerika der Eingeborene die wirtschaftliche Grundlage der Weißen, die in manchen Staaten numerisch zu den Farbigen kaum in günstigerem Verhältnis stehen, als etwa die Engländer in Britisch-Indien gegenüber den dortigen „Natives". —

Die von den Spaniern nach Südamerika verpflanzte Kultur ist eine rein städtisch-staatliche gewesen. Der Spanier saß in der Stadt; der gesellschaftlichen Bedürfnisse wie der Sicherheit wegen. Die Eingeborenen wurden dagegen, soweit möglich, in geschlossenen Siedlungen auf dem Lande festgehalten. Einer Anregung von kirchlicher Seite, dieselben zwecks besserer Seelsorge in den Städten anzusiedeln, wurde aus politischen Momenten nicht stattgegeben.

An dieser Stelle mag eine genauere Betrachtung der Stellung der römischen Geistlichkeit angebracht erscheinen.

Die Kirche erhöhte wohl die Einseitigkeit spanischen Wesens, ergänzte aber die Kultur in geistig-wissenschaftlicher Beziehung recht wesentlich. Der Soldatengeistliche, der die Eroberer begleitete, war hart und roh wie diese und schreckte nicht davor zurück, die Heiden mit allen weltlichen Gewaltmitteln zu bekehren, aber er hatte doch vielfach die organisatorisch-wirtschaftliche und geistige Bildung, die den Conquistadoren selbst meist durchaus fehlte. Die römische Kirche verfügte über uneingeschränkte Macht und da ihre Bestrebungen denen des Staates parallel liefen, war das Nebeneinander des hierarchischen und spanischen Regimentes möglich. Das kirchliche Leben ist in den meisten Staaten Südamerikas noch gegenwärtig aufs engste mit dem öffentlichen verknüpft; selbst in dem aufgeklärten Argentinien wird die Zivilehe ohne kirchliche Trauung vom Staate nicht anerkannt. Das kirchliche Leben selbst hat viel aus der Kolonisationszeit bewahrt; die tiefe Frömmigkeit sowohl als auch die schmutzigste Heuchelei.

Der Anteil der katholischen Geistlichkeit an der inneren Eroberung Südamerikas besteht vor allem in den Missionen, die sie errichtete und bei deren Ausbau sie sich höchst verständnisvoll zunächst weniger um die Verbreitung der Glaubensdogmen, als um die sittliche und wirtschaftliche Hebung der Eingeborenen bemühte, deren Sprache, Sitten und Geschichten sie auch sammelte.

Die Geistlichen waren die ersten, die Liebe und Ordnung verbreiteten, die Orden die ersten Gründer von Bildungsanstalten. Besonders furchtlos ging der Jesuitenorden vor in seinem Bestreben, die Indianer vor Bedrückung und Ausbeutung zu schützen. Die Jesuiten bildeten das System der Reduktionen aus; das waren Indianersiedlungen, die unter der wirtschaftlichen Leitung von jeweils zwei Patern standen, sozialistisch-kommunistische Gemeinschaften unter starker kirchlicher Disziplin.

Als 1767 die Jesuiten aus Südamerika vertrieben wurden — der Entartungsprozeß, in den die Geistlichkeit allmählich eingetreten war, hatte sie eines großen Teils ihrer Macht über die Gewissen inzwischen beraubt —, da bestanden elf solcher Reduktionen mit über 30 000 christlichen, erzogenen Indianern.

Wundervolle Kloster- und Kirchenruinen, überwuchert von dem phantastischen Grün tropischer Vegetation, sowie manche gut angelegte Plantage zeugen heute noch in Paraguay und der argentinischen Provinz „Misiones“ von den Jesuiten, die gleicherweise als großzügige, erfolgreiche Erwerbsgesellschaften wie auch als Fürsorgeanstalten für die Eingeborenen höchste Bewunderung verdienen.

An einzelnen großen Ereignissen von historischer Bedeutung ist die 200-jährige Kolonialgeschichte Südamerikas arm. Was in dieser Zeit vor sich ging, das war ein langsames Aneinandergewöhnen und leidliches Miteinanderleben der zuerst in bitterstem Haß sich gegenüberstehenden Rassen. Mit der Zeit milderte sich auch das strenge Hörigkeitssystem, bis gegen 1800 die Landarbeiterverhältnisse in den Kolonialländern kaum mehr ungünstiger lagen als im damaligen Europa. —

Trotz der aufgezeigten ethisch-kulturellen Bande gingen Spanien und Spanisch-Amerika in ihrer weiteren Kulturentwicklung doch bald getrennte Wege. Während Spanien gegen Ende des 17. Jahrhunderts an seiner weltgeschichtlichen Sendung mehr und mehr verzweifelte und geistig wie sittlich zu verfallen begann, bildeten die Kreolen und Kolonialspanier in den Neuländern immer stärkere geistige, sittenstrenge Gemeinschaften, die das Rassebewußtsein bis zur Züchtung des „Südamerikanertyps" steigerten. Mit den wachsenden, eigenen wirtschaftlichen Erfolgen und der zunehmenden Unfähigkeit des Mutterlandes den Kolonien weiter höhere Werte zu vermitteln, erwachte ein neues Nationalgefühl.

Das erste amerikanische Kultur- und Gesellschaftssystem wurde in seinem Entstehen, zu Beginn des 18. Jahrhunderts, durch die Erleichterung der Handelsbeziehungen zu anderen Nationen, noch mehr aber durch das Eindringer fremdartiger Elemente, zuerst Franzosen und Iren, stark beeinflußt. Die altansässigen Familien, die Aristrokraten, hatten wirtschaftlich an jeder weiteren Erschließung des Landes nur Interesse und kamen deshalb, bei aller Wahrung ihrer Tradition und eines gewissen sozialen Abstandes, den Neuankömmlingen mehr und mehr entgegen, was wesentlich dazu beitrug, daß in Südamerika von Anfang an verhindert wurde, daß an Stelle der ständischen Kasten Europas hier nach Berufen differenzierte Klassen traten.

Je strenger früher die Abschließung gegen fremde Gedanken und Weltanschauungen gewesen war, um so stärker mußte deren Wirkung werden, nachdem es ihnen einmal gelungen war, den alten Wall von Konservatismus zu durchbrechen.

Der plötzliche, geradezu dynamische Charakter des Ausbruchs französisch-nordamerikanischer Freiheitsideen, für die in Spanisch-Südamerika eigentlich das tiefere Verständnis fehlte, ist nur so zu begreifen.

Das spanische Kolonialsystem wurde im Laufe der Jahrhunderte denkbar verschieden beurteilt. Dem Zeitalter der Aufklärung und der Menschenrechte galt es als der Inbegriff von Beschränktheit und Grausamkeit, während es noch um 1750 für den Höhepunkt politisch-kolonialer Klugheit und Mäßigung angesehen worden war. An seinen Erfolgen gemessen und für seine Zeit wird man das System wohl trotz all seiner Schwächen anerkennen müssen. —

OSWALD MURIS:

GEOPOLITIK UND SCHULE

Wenn wir das Thema Geopolitik und Schule in der Zeitschrift für Geopolitik erörtern wollen, dann geschieht dies nicht von dem Gesichtspunkt aus, ob die Geopolitik in die Schule gehöre oder nicht, sondern von der Tatsache aus, daß sie dort schon einen weiten Spielraum einnimmt. Es ist ja eine allgemein bekannte und doch eigenartige Erscheinung, daß in gewissen Zeiträumen unter einem bestimmten Gesichtswinkel gesehen, beeinflußt durch ganz bestimmte Inhaltsfaktoren, die durch irgendwelche mehr oder minder bedeutsame Tatvorgänge oder Kulturwellen ausgelöst und betont werden, jede Wissenschaft eine ganz bestimmte vorherrschende Richtung erhält. Es ist nicht notwendig, daß es sich dabei um etwas absolut Neues handeln muß, sondern vielmehr ist es eine Umstellung der Wertfaktoren in der Struktur der betreffenden Wissenschaft und eine Umschaltung der Blickrichtung von seiten des beobachtenden Menschen. Denken wir nur z. B. an die Vorherrschaft der allgemeinen Erdkunde vor dem Kriege mit ihrem heut völlig ausgebauten System, eine Zeit, die abgelöst worden ist durch stärkere Betonung des Menschen in seinem Lebensraum, so daß heute die wirtschaftsgeographischen und geopolitischen Faktoren im Blickpunkt der Betrachtung stehen, ausgelöst durch die Umgestaltung des äußeren und inneren Lebens, die der Weltkrieg hervorgerufen hat. So bekam die Geographie einen ausgesprochenen wirtschaftsgeographischen Charakter, um bald darauf, beeindruckt durch den Weltkrieg und seinen Ausgang, wo die politischen Probleme in den Vordergrund entscheidend traten, nach dieser Richtung hin eine politisch-geographische und geopolitische Richtung anzunehmen. Eine große Anzahl von Neuerscheinungen zeigt deutlich diese vorherrschende Linie. Nun wäre es für jede Wissenschaft überaus verhängnisvoll, wenn sie rein sprunghaften Entwicklungsvorgängen unterläge. Eine solche Unstetigkeit würde ihren Tod bedeuten. In Wirklichkeit ist dem auch nicht so, sondern diese stark akcentuierten Erscheinungsformen sind nichts weiter als besondere Wellenhöhen im Laufe einer sonst stetigen Entwickelung. Es sind dynamische Kraftzentren der Wachstumslinie, wodurch im Wechsel der Zeit alle Inhaltsfaktoren gleich inneren Wachstumsvorgängen den Wissenschaftskörper — wenn uns dieser Ausdruck gestattet sei — zur vollen Entwickelung und Entfaltung bringen. Allerdings tritt dadurch eine ungemein starke Differenzierung der einzelnen Teilgebiete ein, und es bedarf von Zeit zu Zeit eines bewußten Systemausbaues, um nicht der Gefahr einer völligen Verzettelung und Versprengung

der Einzelkräfte zu unterliegen. In einer solchen Zeit der Selbstbesinnung stehen wir heute auf dem Gebiete der Geographie als Wissenschaft, und sie ist unbedingt notwendig, soll nicht die Schule darunter leiden. Bekanntlich folgt die Schule der Wissenschaft in einem gewissen Zeitraum nach. Denn erst, wenn die Wissenschaft zu abgeschlossenen Ergebnissen gekommen ist, finden diese Eingang in dem Unterricht. So herrschte einstmals im Schulunterricht die Systematik der allgemeinen Erdkunde, dann folgte eine stark wirtschaftsgeographische Richtung, und heute erklingt der Ruf nach der Geopolitik Eingang suchend an den Pforten der Schule. Die Schule aber kann sich nicht den Luxus leisten, jeweils nach Bedarf und Neigung nur die eine vorherrschende Seite einer Wissenschaft zu vermitteln, sondern ihrem Wesen und Ziel entsprechend, das doch darin besteht, in den gesamten Umfang der Kultur eines Volkes dessen aufwachsende Generation einzuführen, wird sie auch jeweils die gesamten Inhaltsfaktoren einer Wissenschaft der Jugend vermitteln müssen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen wird die Forderung nicht lauten dürfen, politische Geographie oder Geopolitik als solche in den Unterricht aufzunehmen, sondern wird die Frage zu beantworten sein, inwieweit die politische Geogragraphie oder Geopolitik als Inhaltsfaktoren der Geographie wie die des geschichtlichen Werdens im erdkundlichen und geschichtlichen Unterricht Platz finden, um dort in ihren Wesenswerten auch zweckvoll zur Erziehung der deutschen Jugend verwandt werden zu können. Denn auf das Zweckvolle der geopolitischen Erziehung kommt es an, nicht darauf etwa, sie als irgend eine Modeströmung aufzunehmen und damit in Mißkredit zu bringen. Und eine Erziehung im geopolitischen Sinne durch Weckung des feinen Tast- und Empfindungsgefühls für politisch geographisch wichtige Kraftlinien und Räume und der auf und in ihnen verlaufenden geopolitischen Bewegung, diese Erziehung tut dem deutschen Volke, vor allem der deutschen Jugend bitter Not, damit sie mit besser geschultem und geschärftem Blicke aufbaue, was durch den Krieg und die ihn abschließenden Verträge zerstört und vernichtet worden ist.

Wenn wir uns der Frage zuwenden, wo in der Schule die geopolitische Erziehung ihren Platz finden soll, dann erinnern wir uns an das, was K. Haushofer über den Strukturinhalt der Geopolitik in feindurchdachter Weise gesagt hat. Nach K. Haushofer's begrifflich klarer Analyse*) kommt der politischen Geographie die Erkenntnis des politischen Raumes zu. Erkenntnis des Raumes ist Sache der Erdkunde, und damit wird die politische Geographie zur Teildisziplin der Erdkunde und muß im erdkundlichen Unterricht ihre bedeutsame Auswertung erhalten. Die geschichtliche Bewegung im politi-

*) Dr. K. Haushofer: Politische Erdkunde in Geopolitik in Freie Wege vergleichender Erdkunde. Festgabe für Erich von Drygalski. Verlag R. Oldenbourg, München 1925.

schen Raum, als Auswirkung politischer Lebensformung im natürlichen Lebensraum gehört zum Erkenntniskreis des Geschichtsunterrichtes, denn eben erst diese Erkenntnis von Vorgängen politischer Lebensformen im natürlichen Lebensraum, die sich in ihrer Erdgebundenheit und ihrer Bedingtheit durch geschichtliche Bewegung erfassen lassen, das ist Endzweck der Geopolitik als Wissenschaft und damit auch der geopolitischen Erziehung. Danach ist zu beachten, daß die Geopolitik mit der Geographie nur durch den geographischen Raum verbunden ist, in dem sich gewissermaßen die geschichtliche Bewegung abspielt; daß aber die Geopolitik eben in ihrem Erfassen des geschichtlichen Vorganges auch schon mit der Geschichte verbunden ist und so eine Zwischenstellung zwischen Geschichte und Erdkunde einnimmt. Der Geograph wird sonach durch eine gründliche erdkundliche Erziehung die Grundlage für die Erziehung zum geopolitischen Denken geben müssen, die sowohl von ihm wie aber auch von dem im geographischen Sehen und Denken geschulten Historiker mit Erfolg durchgeführt werden kann, ja von dem Historiker vielleicht noch intensiver, als von dem Geographen, da jenem mehr Zeit zur Verfügung steht und die genetische Betrachtungsweise ureigen ist. Das Ideal ist und bleibt der Geograph, der zugleich Historiker ist, in dessen Hand beide Fächer vereint geradezu die beste Lösung für dieses schwierige Erziehungsproblem bedeuten, abgesehen davon, daß durch die Einheit in der Zusammenschau von politischem Raum und geschichtlicher Bewegung eine Konzentration von erdkundlichem und geschichtlichem Unterricht erreicht wird, wie sie nirgends wo anders mehr in der Schule sich auswirkt. Was die Frage nach der Zeit anlangt, zu der die geopolitische Erziehung einsetzen soll, so ergibt sich die Antwort aus der Tatsache, daß die Geopolitik ihrem Wesen und ihrer Art nach dynamisch ist, also entwickeltes Denken voraussetzt. So ist für sie nur Platz auf der Entwickelungsstufe des begrifflichen Denkens, d. h. also auf unserer Oberstufe. Hier muß sie sowohl in Parallelität mit der politischen Geographie und der Geschichte gehen, als auch wird sie in Fortsetzung der politischen Geographie einen zusammenfassenden Abschluß finden. Daß diese Erziehung zu geopolitischem Denken mehr denn je notwendig ist, darüber dürfte wohl kaum ein Zweifel sein. Denken wir nur daran, wie nach den Jahren des französischen Zusammenbruches vom Jahre 1870/71 eine bewußte nationale Erziehung des französischen Nachwuchses auf geopolitischer Grundlage erfolgte, in der Weise, daß schon lange vor dem Weltkriege in Frankreich die geopolitischen Probleme Mitteleuropas scharf erfaßt wurden. So z. B. sagte Chéradame in seinen Schriften und seinen Vorträgen an der École de politique akademisch die Vernichtung der österreich-ungarischen Monarchie, wie sie sich dann 1914—18 vollzog, voraus. So müssen auch wir jetzt nach dem Zusammenbruch durch eine bewußte geo-

politische Erziehung unseres Volkes und vor allem unseres Nachwuchses zu ähnlichen Einsichten zu kommen versuchen.

Wieweit ist nun die geopolitische Erziehung in der Schule gediehen und auf welchen Hilfsmitteln baut sie sich auf? Um diese Frage beantworten zu können, wird es am einfachsten sein, die lange Reihe der Büchererscheinungen zu betrachten, die entweder für die Hand des Lehrers das Material liefern, mit dem er seinen Unterricht in Geographie und Geschichte nach geopolitischen Gesichtspunkten ausbauen kann, dann aber vor allem die Frage lösen, wieweit politisch geographische und geopolitische Anschauungen bereits in den heutzutage gebräuchlichsten Lehrbüchern Platz gefunden haben.

Es darf uns nicht verübelt und nicht mißverstanden werden, wenn wir die Zeitschrift für Geopolitik als das führende und beste Mittel für die Hand des Lehrers an erster Stelle nennen. Sie lehrt ihn in den einzelnen wertvollen Aufsätzen geopolitisch zu sehen und zu denken, gibt ihm in den statistischen Wirtschaftsübersichten aus erster Hand Material zur arbeitsunterrichtlichen Verwendung und ebenso kritisch gesichtete Literatur für den eigenen Gebrauch. Die Berichterstattungen weiten seinen Blick und lassen ihn für das Weltgeschehen in politischen Räumen einen sicheren Blick fassen. Es ist nur natürlich, wenn ein so geschulter Lehrer seinen erdkundlichen und geschichtlichen Unterricht ganz in den geopolitischen Blickpunkt der geschichtlichen Bewegung einstellt, die er nur aus den politischen Räumen zu erfassen vermag. Sein Hauptziel wird dahin gehen, in der ihm anvertrauten Jugend den Sinn für das geschichtliche Geschehen aus der erdgebundenen Bedingtheit des Raumes zu schärfen; lehren, sich nicht mit der Tatsache als solcher zu begnügen, sondern all die Ursachen für die Bewegungsrichtungen des Vorganges zu erkennen aus ihrer räumlichen Bedingtheit. So darf man mit Genugtuung feststellen, daß seit Erscheinen der Zeitschrift für Geopolitik die geopolitische Einstellung des erdkundlichen und geschichtlichen Unterrichtes einen ganz wesentlichen Fortschritt gemacht hat.

Eines der ersten Bücher, das in bewußter politisch-geographischer Einstellung zum geopolitischen Denken erziehen will, ist das von Dr. E. Anders: „Erdkundliche Grundlagen geschichtlicher Entwickelung“ (Ferdinand Hirt, Breslau 1924). Der Inhalt des Buches ist aus einer Reihe von Vorträgen, die der Verfasser im Felde bei der IV. Armee und später im Volkshochschulwesen hielt, entstanden. Er nennt die beiden Geographen Supan und Wagner, auf deren grundlegende Werke er sich stützt, als seine Wegweiser und wendet sich in erster Linie der Betrachtung der historischen Vorgänge zu, deren Ursachen und Entwicklung er in ihrer räumlichen Verbundenheit mit dem jeweiligen natürlichen Lebensraum des Menschen sucht. Nichts mehr und nichts weniger also, worauf wir in unsern einleitenden Sätzen hingewiesen

haben: Die Erkenntnis allen politischen und geschichtlichen Geschehens in seiner Bewegungsform und Richtung, bedingt durch den natürlichen politischen Raum, innerhalb dessen dieses Geschehen abläuft. Die Struktur des Raumes ist das ausschlaggebende Moment. Ihm muß sich der Mensch als tatschaffendes Objekt anpassen, und damit erhält der Ablauf eines geschichtlichen Geschehens seine dem Raum entsprechende Richtung und geopolitische Ausprägung. Diese Faktoren zu betonen, sagt der Verfasser, ist die Aufgabe seiner Abhandlung. Danach ist dic Stoffeinteilung eine recht übersichtliche. In einem ersten allgemeinen Teil werden die allgemein erdlichen Grundlagen analysiert. Von der Verteilung von Land und Wasser auf der Erde ausgehend, werden die Einflüsse des Meeres auf die geschichtliche Entwicklung sowohl wie die der Landmasse untersucht. Eine ganz vorzügliche Auswahl von Beispielen wird im einzelnen herangezogen. Klimatische Bedingtheiten werden sorgfältig untersucht. Sowohl die ozeanischen und territorialischen Großräume wie aber auch Nebenmeere und geschichtliche Nebenbühnen werden in scharfer Analyse zergliedert und in ihren einzelnen Strukturformen zerlegt. In einem zweiten und dritten Teile versucht der Verfasser die geopolitische Synthese für den europäischen Raum und nur für diesen. Es ist dies wohl eine bewußte Beschränkung, die dem Inhalt des Buches zugute kommt. Dadurch werden die geschichtlichen Abläufe durch ganze Jahrhunderte hindurch verfolgt und die Entwicklung der europäischen Geschichte in langen Zeiträumen auf ihre räumliche Bedingtheit hin untersucht. Wir erhalten durch diese Zusammenschau von Raum und geschichtlichem Geschehen ein wirklich einheitliches geopolitisches Kraftfeld der europäischen Landmasse, die naturgemäß in ihren Einzelheiten durch die morphologische Verschiedenheit der Formen eine unendliche Differenziertheit der geschichtlichen Abläufe durch Jahrhunderte hin zeigt. Der Lehrer der Erdkunde sowohl wie der der Geschichte wird hier Anregungen schöpfen, die den Unterricht ungemein lebenswarm gestalten können und den Schüler zum geopolitischen Denken anregen und erziehen.

Ein nach demselben Ziel strebendes und doch gänzlich anders geartetes Büchlein ist „Die Strukturskizze im geographischen und historisch geopolitischen Unterricht" von Hans Linhardt und Gottfried Vogenauer (Verlag R. Oldenbourg, München-Berlin 1925). Das Büchlein ist als Vorstudie für ein größeres Werk dieser beiden Verfasser gedacht, das ein ausgearbeitetes System der „Strukturellen Geographie" und einen Grundriß der „Historischen Geopolitik" umfassen soll. Bisher ist dieses angekündigte Werk noch nicht erschienen und es dürfte darüber noch einige Zeit vergehen. Was nun diese Vorstudie anlangt, so zeigen die nur skizzenhaft angedeuteten Sätze, daß den Verfassern ein bestimmtes geopolitisches Ziel vorschwebt, nämlich die Er-

fassung der Raumstruktur, auf deren Grundlage der geschichtliche Vorgang abläuft. Wir stoßen also immer wieder auf das Problem Raum und historische Bewegung. Es liegt in der Natur der Sache, wenn diese nur skizzenhaft niedergeschriebene Vorstudie die „Strukturskizze", oder wie sie vielleicht prägsamer genannt werden könnte, den „Grundriß des geopolitischen Raumes" umfaßt. Aber die Ausführungen sind recht eindringlicher Natur. Das Wesent liche dabei ist, daß die Verfasser sich vollständig auf die Belange des Unterrichts an höheren Schulen einstellen. So heißt es gleich zu Beginn, wo die Geographie, Geschichte und Geopolitik als Methode im System der Schule abgehandelt werden „Das oberste Prinzip des geographischen Unterrichts muß demnach die Einsicht in die Struktur des jeweiligen Raumes sein, und die historische Methode muß als historische Staatenkunde oder Geopolitik durch Heranziehung der jeweiligen Raumstruktur eine tragfähige Unterbauung der politischen und kulturellen Geschichte gewinnen und so das geographische und historische Wissen (wir würden besser sagen Verstehen) konzentrierend vertiefen und befestigen". Die Strukturskizze selbst wird definiert als eine geographische Raumskizze „die sich der analysierenden und zugleich synthetischen geographischen Strukturlinie (Leitlinie) bedient und dadurch ein linien- und zonenmäßiges Raumbewußtsein erzeugt, also die Raumstruktur klarlegt; eine Skizze, welche die Struktur des jeweiligen Raumes zu ihrer ursächlichen Grundlage macht und dadurch zwangsläufig zum Spiegelbild des Raumes wird". Wir sehen unschwer, worum es sich hier handelt. Der geopolitische Raum soll jeweils durch eine sinnerfüllte mathematische Skizze in seine Strukturelemente zerlegt werden, wodurch der Schüler zur Erkenntnis des Raumes und der von ihm abhängigen geschichtlichen Bewegung gelangen soll. Die Verfasser führen eine Reihe von Beispielen an, an denen die entwickelnde Form der Strukturskizzen aufgezeigt wird. Ohne Zweifel ein hervorragendes Mittel, das den erdkundlichen und geschichtlichen Unterricht beleben kann und seinen Zweck leichter erreichen läßt.

Waren die beiden angeführten Werke ausschließlich für die Hand des Lehrers bestimmt, so wollen die folgenden die Zusammenarbeit von Lehrer und Schüler fördern. Es ist ungemein zu begrüßen, daß in einer Sammlung „Schauen und Schaffen" des Verlages Moritz Diesterweg, Frankfurt a. M., eine Reihe von erdkundlichen Leseheften erscheint, unter denen Heft 11 ganz ausschließlich der Geopolitik gewidmet ist. Der Herausgeber dieses Heftes, Dr. Lautensach, den Lesern der Zeitschrift für Geopolitik wohlbekannt, hat hier eine Reihe von Aufsätzen für den Schulgebrauch zusammengestellt. Sein einleitender Aufsatz über das Wesen und die Methode der Geopolitik ist im besonderen Maße lehrreich. Knapp und scharf umrissen werden die Leitlinien der Geopolitik als Wissenschaft in ihrer Dreiheit von Geographie, Ge-

schichte und Staatswissenschaft entwickelt und ihre dynamische Strukturwesenheit gegenüber der statischen der politischen Geographie betont. Dem Schüler dürfte dieser Aufsatz als grundlegender die notwendigen Aufschlüsse geben, an den sich dann Aufsätze u. a. von R. Sieger „Die geopolitische Lage Europas zu Anfang des Weltkrieges", J. Sölch „Die Brennergrenze eine natürliche Grenze?", F. Ratzel „Die Alpen inmitten der geschichtlichen Bewegungen", E. Obst „Ukrainische Probleme", K. Haushofer „Das japanische Erdbeben und seine politischen Folgen", R. Kjellen „Die angelsächsischen Großmächte nach dem Weltkriege" u. a. Es bedarf keines weiteren Hinweises auf die Verwendbarkeit des Büchleins im Unterricht, wenn wir nur bedenken, wie im Prima-Unterricht diese Aufsätze die Grundlage bilden können für eine geopolitische Einführung und daran anknüpfende Lehrgespräche über die brennendsten geopolitischen Fragen.

Nicht ein ausgesprochenes Schulbuch, aber für die Bedürfnisse der Schule eingerichtet, ist die „Weltwirtschaftliche und Politische Erdkunde" von R. Reinhard (Ferdinand Hirt, Breslau 1924). Schon aus dem Titel ist zu ersehen, daß sich dieses Buch unbedingt mit geopolitischen Fragen beschäftigen muß. Tauchen diese bereits in dem weltwirtschaftlichen Teil in größerer Anzahl auf, und werden hier mit Skizze und statistischem Material unterstützt, so gibt der zweite Teil, die „Politische Erdkunde", jene systematische Grundlage, die für jedermann und in der Schule insbesondere so überaus wichtig ist für jegliches geopolitische Denken. Aus Inhalt und Anordnung ist deutlich zu ersehen, daß Supan's „Leitlinien der politischen Geographie" und Ratzel's „Politische Geographie" die Grundlage für diese systematische Übersicht gebildet haben und hier in einer für die Schule und den Schüler klar verständliche Form auseinandergesetzt werden. Kleine sehr instruktive Skizzen unterstützen den Inhalt.

Das ausgesprochene Zweckziel, in der Schule die politisch geographischen Grundlagen zu geben, verfolgt das von Dr. Friedrich Littig und Dr. Hermann Vogel herausgegebene Büchlein (Neunter Teil der Fischer-Geistbeck'schen Geographie für höhere Lehranstalten) „Die geographischen Grundlagen der Staatenbildung und weltpolitischer Fragen mit besonderer Beziehung auf Deutschland" (Verlag R. Oldenbourg, München). Von der Systematik Reinhard's unterscheidet es sich durch die Konzentration auf den Begriff des Staates allein. Kjellen's Einflüsse vom Staat als Lebensform sind offensichtlich. Der Lebensraum in seiner allseitigen geographischen Bedingtheit wird einer klar übersichtlichen Analyse unterzogen und ebenso der Begriff des Staatsvolkes in seinem Verhältnis zum Lebensraum: Besitzergreifung des Lebensraumes, Entstehung der Kulturlandschaft, Entwicklung des Verkehrs usw. Wir sehen das entwickelnde lebensvolle Prinzip, keine trockene Systematik. Damit ist die

Frische und Lebendigkeit des Unterrichts gewährleistet und die Erreichung des Zieles gesichert. In einem besonderen Teil wird Deutschlands weltpolitische Stellung innerhalb der übrigen Großstaaten analysiert. Hier also eine erste großangelegte geopolitische Übersicht. Es darf behauptet werden, daß den Verfassern der Wurf gelungen ist, und daß sie mit ihrer lebensvollen Darstellung ein Wesentliches für die geopolitische Erziehung der deutschen Jugend getan haben.

Von den ausgesprochenen und im Schulunterricht gebräuchlichen erdkundlichen Lehrbüchern liegt eine stattliche Reihe vor, und es dürfte nicht leicht sein, sie bis ins einzelne auf die Frage hin zu untersuchen, wie weit sie die geopolitische Erziehung fördern. Im Grunde genommen zieht sich diese Tendenz mehr oder minder durch alle hindurch. Dieses oder jenes hebt sie besonders stark hervor. In erster Linie dürften die Oberstufenteile der drei führenden Lehrbücher, der E. v. Seydlitz'schen Geographie für höhere Lehranstalten, die A. Supan'sche Schulgeographie herausgegeben von Dr. Lautensach und die Fischer-Geistbeck'sche Erdkunde für höhere Lehranstalten herausgegeben von Dr. Otto und Dr. Bitterling zu betrachten sein. Es liegt in der Natur der Sache begründet, wenn die geographischen Lehrbücher das statische Moment der politischen Geographie in erster Linie betonen. Hatten wir schon in der Reinhard'schen Systematik den gleichen Vorgang vor uns, so hier in ähnlicher besonders in dem Seydlitz'schen Lehrbuch. Auch hier ein besonderer Teil der allgemeinen Staatenkunde mit all' den Grundfragen der Politischen Geographie. Daneben eine Übersicht der Wirtschafts- und Kulturkreise, in denen, wir wollen es hoffen, in dem zu erwartenden Neudruck vielleicht doch noch kräftiger das geopolitische Moment betont wird. Lautensach's neubearbeitete Schulgeographie von Supan zeigt eine wesentlich tiefer dringende Tendenz. Die ausgesprochene Systematik ist aufgegeben. Dafür tritt eine ineinander greifende Betrachtung nach Landschaftsgürteln, die schließlich in einer zusammenfassenden Übersicht des Erdballs unter der Herrschaft der Europäer mit Einzelbetrachtung der politischen Weltkarte von heute und den Weltwirtschaftsbedingungen übergeht zu einer knapp umrissenen Darstellung Deutschlands und des gesamten Deutschtums. Diese Anordnung entspricht den Forderungen der neuen Lehrpläne, und wenn in ihr die wirtschaftsgeographischen Betrachtungen vorherrschen, so werden sie doch in engste Beziehungen zu einander und vor allem zu den geopolitischen Kraftlinien und Kraftfeldern gesetzt. Damit ergibt sich in dieser kausalen Verknüpfung der Wirkungsräume und der Wirtschaftsbewegungen eine entwickelnde Anschaulichkeit der Ergebnisse, die dem Schüler das Verstehen geopolitischer Vorgänge um ein Bedeutendes erleichtern. Das von Dr. Otto und Dr. Bitterling herausgegebene Werk liegt in seinem ersten Teil vor. Und

dieser erste Teil umfaßt in der Hauptsache die allgemeine Erdkunde bis einschließlich die anthropogeographischen Gebiete. Es ist somit schwer zu beurteilen, wie weit die Verfasser die Gebiete der politischen Geographie behandeln werden. Was in der Anordnung des Inhalts über den Menschen und den Erdraum gesagt wird, ist in der zusammenfassenden Weise nach Kulturkreisen angeordnet, und hier allerdings zeigt sich als Unterstrom immer wieder die geopolitische Grundströmung, die in ähnlicher Weise wie bei dem Lautensach'schen Werke, die kausale Verknüpfung der menschlichen Bewegungen im Land- und Lebensraum aufzudecken versucht. Naturgemäß ergibt sich auch hier eine Systematik wie bei den andern Lehrbüchern. Aber auch hier keine kalt abstrahierende, sondern eine aus dem Raum entwickelnde Form, die den Schüler zum Denken anregt und ihn in geopolitischem Sehen schult.

Die Mittelstufen der genannten geographischen Lehrbücher bevorzugen die darstellende Form der länderkundlichen Betrachtung. Erinnern wir uns daran, was über den Zeitpunkt der geopolitischen Erziehung gesagt worden ist, so darf es uns nicht Wunder nehmen, wenn die Mittelstufen weniger oder gar nicht das geopolitische Moment pflegen. Indes sind wir der Ansicht, daß dem Untersekundaner sehr wohl schon geopolitische Probleme nahegebracht werden können, und er ihnen unbedingt Interesse entgegenbringen wird. Es wird nur auf die Art der Unterweisung ankommen. Bei den rein arbeitsunterrichtlich eingestellten Lehrbüchern besteht die Möglichkeit, geopolitische Fragen in propädeutischer und entwickelnder Form zu behandeln. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend werden in dem von Dr. Muris, Dr. Scheer und Dr. Maywald herausgegebenen „Erdkundlichen Arbeitsbuch" Teil III Mitteleuropa (Ferdinand Hirt, Breslau 1926) schon die geopolitischen Belange der deutschen Westlande, Nordschleswig's, vor allem aber Ostpreußen's, Schlesien's, des polnischen Korridors in leicht verständlicher Frageform, unterstützt durch gute Skizzen, entwickelt. In gleicher Weise werden in dem Teil „Außereuropäische Erdteile" die einzelnen Großräume wirtschafts- und geopolitischer Bewegungen in ihren Grundzügen im Sinne geopolitischer Erziehung entwickelt. Eines ist aber all' den Lehrbüchern eigen gegenüber der früheren Art, die sich mit den reinen Tatsachen begnügte. Es werden die wirtschaftspolitischen Kraftlinien der Staaten aufgedeckt und damit die Quellen jeglicher geschichtlicher Bewegung entwickelt, so daß dadurch der Schüler geopolitische Zusammenhänge sehen oder doch ahnen lernt. Denn letzten Endes kommt es ja auf dieses Empfinden und Ahnen geopolitischer Bewegung an. Die Beschreibung der abgelaufenen Bewegung hat ja nur belehrenden Zweck. Wichtig ist die Entwicklung des geopolitischen Sinnes, der bei ausreichender Kombinationsgabe imstande ist, die Möglichkeit geopolitischer Vorgänge zu

erkennen und ihre Entwicklung rechtzeitig zum Wohle seines Staates auszunutzen.

Wenden wir uns jetzt dem Geschichtsunterricht zu. Ihm fällt mehr denn jedem anderen Unterricht die Beobachtung der geschichtlichen Bewegung zu, und gerade dieses Moment ist ja das Wesenselement der Geopolitik. Es kommt nun darauf an, von welchem Standpunkt man die Bewegung sieht. Die Geschichtslehrbücher alten Stils referierten die Tatsache. Pragmatische Geschichtsbetrachtung war Trumpf. Ging man den kausalen Zusammenhängen nach, so versuchte man sie durch Einfühlen in die Psyche der handelnden Personen zu erfassen. Es war schon ein beträchtlicher Fortschritt, wenn auch wirtschafts-politische Momente in Betracht gezogen wurden. Aber eins vermißte man vollständig: Die geographische Bedingtheit der geschichtlichen Bewegung und damit den Zusammenklang von Raum und Mensch. Gerade das, was den Wesenswert der Geopolitik ausmacht, das fehlte ganz. Da kam der große Lehrmeister, der Krieg. Wir erkannten die Mängel unserer politischen Erziehung und sahen uns hochwertig politisch und geopolitisch denkenden Gegnern gegenüber. Nun galt es nachzuholen und aufzuholen. Wissenschaft und Schule begannen sich umzustellen. Ein Werk, wie das von Vogel „Das neue Europa“ ging bahnbrechend in der Auffassung des geschichtlichen Vorganges voran. Stegemann's „Kampf um den Rhein“ und Wentzke's „Rheinkampf“ setzten die Richtung fort. Die Schule durfte nicht zurückbleiben. So begann auch in die geschichtlichen Lehrbücher das geopolitische Denken einzudringen. Nun hatte die politische Umwälzung in Deutschland gerade für die geschichtlichen Lehrbücher eine umwälzende Folge. Die alten Lehrbücher verschwanden mit einem Schlage von der Bildfläche. Jahrelang dauerte es, bis die ersten neuen Werke erschienen. Dann aber setzte eine Hochflut ein, die bis heute noch vorhält und beängstigend wirkt. Es darf infolgedessen auch nicht erwartet werden, daß wir hier jedes einzelne neue Geschichtsbuch einer geopolitischen Durchsicht unterziehen. Im Grunde genommen sind es leider nur recht wenige, die das geopolitische Moment deutlich hervortreten lassen, und eigentlich nur ein einziges, das konsequent darin vorgeht. Und darum sei es an erster Stelle genannt.

Es ist dies die Geschichte für höhere Schulen von Dr. Walter Gehl (Ferdinand Hirt, Breslau 1926).

Schon auf den ersten Blick unterscheidet es sich von allen übrigen Lehrbüchern durch die große Anzahl in den Text eingefügter geopolitischer Skizzen. So z. B. um nur aus dem vierten Teil, der Oberstufe, einige wenige zu nennen: Belgien als Hüter der Scheldepforte (S. 44); Preußens Hineinwachsen in Deutschland und sein Weg ans Meer (S. 76); das Zusammenwachsen des britischen Reiches (S. 108); der Imperialismus der Vereinigten

Staaten (S. 110); die britisch-russische Reibungszone in Vorderasien (S. 117) und so fort. Keine noch so lange textliche Abhandlung dürfte lehrreicher und überzeugender wirken als eine dieser kleinen und übersichtlich ausgeführten Skizzen. Und darin liegt die besondere Stärke des Gehl'schen Geschichtsbuches, daß es die geschichtliche Bewegung in engsten Zusammenhang mit dem Raum bringt. Selbstredend, daß die geschichtliche Persönlichkeit, sei es das Individium oder das Volk, ihre volle Berücksichtigung in psychologischer Hinsicht erhalten, aber überall und immer ist der Verfasser darauf bedacht, Individium und Volk in ihrer geschichtlichen Entwicklung in Zusammenklang mit ihrem Lebensraum zu bringen. Selbst nicht Geograph vom Fach, zeigt der Verfasser ein so feines Einfühlungsvermögen allen politisch geographischen Belangen gegenüber und versteht es auf dieser Grundlage, die geopolitischen Kraftzentren in eindrucksvoller Form dem Schüler nahezubringen. Auch hier nur einige wenige Beispiele: „Heinrichs IV. Ziel war, Sachsen und Franken zu verbinden durch die Herrschaft über das west-östliche Durchgangsland des Thüringer Beckens. Mit der Verbindung von Thüringen und Harz versuchte er Deutschland von dieser natürlichen zentralen Festung aus zu beherrschen". Ich habe vergeblich versucht, in anderen Geschichtsbüchern eine ähnliche geopolitische Erklärung zu finden für das eigenartige Verhalten dieses Kaisers aus fränkischem Stamme den Sachsen gegenüber, der mit politischem Weitblick die Wichtigkeit des zentral gelegenen natürlichen Bollwerks für die Einheit des Reiches erkannt hatte. In den älteren Geschichtsbüchern hat man für diesen Umstand entweder keine Erklärung zu finden vermocht, oder mit irgendwelchen fadenscheinigen psychologischen Momenten operiert, denen keinerlei Beweiskraft innewohnte. Kein Wunder, wenn dem Schüler unter solchen Umständen jegliches Verständnis fehlte für die geschichtliche Entwicklung in ihrer vorherrschenden Bewegungsrichtung oder für die geschichtlichen Tatsachen, die einzig und allein aus der Beschaffenheit des Raumgebietes zu erklären waren. So kann es uns nun im Gehl'schen Geschichtsbuch nicht wundernehmen, wenn alle Vorgänge am Rhein zwischen Römern und Germanen, sei es das kriegerische Zusammenprallen oder die kolonisatorische Besitznahme und Festigung des eroberten Raumes ganz ausschließlich aus diesen politischen geographischen Gesichtspunkten her erschaut werden und das Rhein- und Alpengebiet für diese Zeitphase zu einem einzigen gewaltigen geopolitischen Kraftfeld wird. Und in noch stärkerem Maße wirkt sich diese Einstellung des Verfassers bei der Neuzeit und neuesten Zeit unseres Zeitgeschehens aus, wo sich die Entwicklung der imperialistischen Bestrebungen aller europäischen Staaten um die Wende des 20. Jahrhunderts in solchen geopolitischen Kraftlinien wie die Bagdadbahn, der Indienweg u. a. und in Kraftfeldern äußert, die heute noch in fort-

dauernder Entwicklung zu geschichtlichen Aufläufen stehen, wie sie uns K. Haushofer z. B. für den pazifischen Ozean so überzeugend entworfen hat. Alles in allem ist das Gehl'sche Geschichtsbuch in dieser seiner geopolitischen Einstellung das konsequenteste, und in dieser Hinsicht wird es von keinem anderen nur annähernd erreicht. Wir haben die in unseren Schulen gebräuchlichen Geschichtslehrbücher auf diese Zielsetzung hin durchgesehen. Keines vertritt auch nur annähernd den geopolitischen Standpunkt so ausschließlich. Gewiß, für das neueste Weltgeschehen, da tritt hie und da die Anregung durch neuzeitliche geopolitische Schriften etwas hervor. Für die Zeiträume des Mittelalters oder des Altertums aber versiegt diese Quelle so gut wie ganz. So hat Kurt Gerstenberg für das von A. Reimann herausgegebene Geschichtswerk für höhere Schulen (R. Oldenbourg, München) einen Nachtrag mit Skizzen für die Neuzeit von 1648 bis zur Gegenwart geschaffen, und darin eine Reihe geopolitischer Fragen gestreift. Aber gerade dieses Büchlein zeigt die Mängel in krasser Weise, denn die meisten der Skizzen sind nicht geschichtlicher oder geopolitischer Natur, sondern rein geographischer, vor allem wirtschaftsgeographischer Art. Der Historiker erlaubt sich hier Übergriffe in das Gebiet der Erdkunde, die dem Geschichtsunterricht sicher keine Vorteile einbringen dürften.

Wir haben versucht, einen Überblick über den Stand der Erziehung zu geopolitischem Verständnis in der Schule zu geben. Wir sind uns bewußt, daß dieser Überblick nur in allgemeinen Zügen gegeben werden konnte. Aus eigener Erfahrung dürfen wir hinzufügen, daß im Kreise der Erdkunde und Geschichtslehrer das Streben nach Erziehung in geopolitischem Sinne ganz allgemein ist, und daß die Schriften, die in dieser Hinsicht von den bekanntesten Geopolitikern der Neuzeit erschienen sind, anregend und fördernd auf die Schule gewirkt haben. Somit können wir getrost in die Zukunft sehen in der Hoffnung, daß unsere kommende Generation von jung auf zum Verständnis geopolitischer Vorgänge erzogen wird und damit das Einfühlungsvermögen für politische Geographie und Geopolitik erhält.

KARL HAUSHOFER:

LITERATURBERICHT AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Fünf Neueingänge von hervorragender geopolitischer Bedeutung über lebenswichtige Teile des indopazifischen Gebiets machen die Wahl der Empfehlung an erster Stelle diesmal schwer:

Wladimir K. Arsenjew: „Russen und Chinesen in Ostsibirien", sehr gut übersetzt von Franz Daniel. A. Scherl, Berlin 1926. 103 Abbildg., 1 Karte,

Georges Soulié de Morant: „Extraterritorialité et Interêts Etrangers en Chine", mit einer Vorrede von St. Pichon, dem früheren Außenminister, und

Georges Dubarbier: „La Chine Contemporaine politique et économique", beide Paris 1925 und 1926 in dem bekannten Orientalisten-Verlag Paul Genthner erschienen,

W. A. R. Wood: „A History of Siam", London 1926 bei Fisher Unwin, mit 13 gut, aber heterogen gewählten Bildern, und einer leider zu kleinen Karte, endlich

J. A. Spender: „The changing East", Cassell & Cie., London, Toronto, Sidney 1926, ein Reisebericht von hervorragendem Beobachtungswert.

Wenn wir das Buch von Arsenjew voranstellen — trotzdem es eigentlich im Titel irreführt, da es sich nicht mit ganz Ostsibirien, sondern nur mit der wichtigsten bevölkerungspolitischen Frage Nordasiens eigentlich rein örtlich im russisch-pazifischen Küstenland auseinander setzt—, so tun wir es deshalb, weil die Frage, wer in Ostsibirien rassenstärker sein wird, Russen oder Chinesen, uns die Schicksalsfrage des ganzen Riesenraumes zwischen dem nördlichen Eismeer, dem Pazifischen Ozean und dem Yangtsetal zu sein scheint.

Von ihrer Beantwortung wird nicht nur die Zukunft Chinas, sondern auch die des japanischen Reiches, der Mongolei, von Turkestan und Tibet, also von reichlich einem Drittel des uns in der „Geopolitik" zur Beobachtung anvertrauten Erdraums abhängen; und Arsenjew gibt, mit großer Ehrlichkeit beobachtend, zwar nicht zusammenfassend, aber ein Mosaikbild wertvoller Werkstücke liefernd, ganz ausgezeichneten Beobachtungsstoff für diese Antwort. Er zeigt, mit welcher Begabung sich die chinesische Rasse den nordischen Lebensbedingungen der Taiga, des Urwalds im Amurland, anpaßt, wie die so oft als überzüchtet verschrieenen Menschen auf schwierigem Kolonialboden die ganze Daseinskraft primitiver Rassen entfalten, während wir auf der andern Seite viele Proben dafür besitzen, daß dem Russen die gleiche Anpassungsfähigkeit südlichen und ozeanischen Lebensbedingungen gegenüber fehlt — die der Chinese auch besitzt. So wird Arsenjew sehr wider Willen zu einem Zeugen für die größere Universalität der Chinesen!

Seit General Unterbergers Siedelungstätigkeit im Amurland haben wir keinen Zeugen mehr von gleichem Gewicht vernommen wie Arsenjew. Dies allein würde seine Werke unsern Lesern dringend empfehlen, selbst wenn sie nicht ganz vortreffliche Typenschilderungen chinesischer wie palaeoasiatischer und kolonialrussischer Gestalten, der „Ginseng"-Gewinnung, Bilder der Tierwelt des ostsibirischen Urwaldes und der Taiga, der Eigenart der Siedlung hinzu geliefert bekämen. Dieses Buch „Russen und Chinesen in Ostsibirien" gibt Wissen und Schauen aus erster Hand, ist ein geopolitisches Urzeugnis; bei aller Nichtachtung historischer und geographischer Methoden eine erstklassige Leistung, wenn es in solchen Fällen zunächst gilt, dem Leser das ungeschminkte Bild des

Erdraums und der darin um ihn kämpfenden Rassen zu geben, so wie sie wirkich sind, ohne Appretur und Schminke, in einem furchtbaren und dabei doch manchmal in seiner schicksalhaften Art fast gemütlichen Kampf ums Dasein.

So sehr wir überzeugt sind, daß auf die Dauer später einmal Ostasien wieder eher bis zum Baikalsee und zur Lena reichen wird, als Rußland und die Sowjets zum Pazifischen Ozean, und deshalb Arsenjew sehr gegen seinen Wunsch eher als Tatzeugen für die Rückbildung des russischen Imperialismus ansehen, wollen wir doch dem Leser nicht vorgreifen, nur das eine sagen, daß er Arsenjew bei seiner Urteilsbildung über nordostasiatische Zustände nicht entbehren kann.

Die Chinabücher von Soulié de Morant und Dubarbier wurden leider der „Geopolitik" nicht zugesandt; sie seien deshalb, während ich anderwärts über sie berichte, rühmend erwähnt als wertvolle Zeugnisse der Zeitgeschichte gerade zur rechten Stunde, nur leider nicht dicht genug an die Bedürfnisse des Tages herangeführt.

Eingehender ist aufmerksam zu machen auf W. A. Wood: „A history of Siam". Eine Geschichte von Siam in neuzeitlicher Fassung, dicht an die Gegenwart herangeführt, war ein dringendes Bedürfnis. Die Aufgabe konnte nur von einem geschichtlich wohl unterrichteten, in der Erdkunde geschulten und zugleich seit Jahren im praktischen Leben des Landes und in Kenntnis seiner Sprache stehenden Mann gelöst werden. Dieser Kreis möglicher Urheber war aber unwahrscheinlich klein. Der Generalkonsul in Chiengmai war der rechte Mann dafür, in seinem Amtssitz gerade da, wo sich der Nordwestzipfel Siams wie eine ausgestreckte Hand zwischen Birma und Indochina dem südchinesischen Yünnan entgegenheben will, wie eine Geste zur Wiedervereinigung homogener, durch Fremdgewalt getrennter Kulturen.

Wood erfüllt sehr gewandt die ungemein fesselnde Doppelaufgabe eines allgemein einführenden Standwerks auf der einen Seite, auf der andern eines geopolitisch zweckbestimmten Führers zur Beeinflussung des dargestellten Landes, zur dauernden Wendung seines „Gesichts" — von China, seinem ursprünglichen Oberhoheitsreich hinweg, den überseeischen Erschließern und dem noch von ihnen beherrschten indischen Lebensraum zu!

Dennoch ist (vgl. S. 52 u. 53) die gegenseitige Abhängigkeit der chinesischen und siamesischen Selbstbestimmung voneinander, das Zusammenarbeiten beider Lebensformen gegen gemeinsame Bedränger von Burma und Cambodja aus gelegentlich mit historischer Treue herausgearbeitet. Es ist natürlich, daß in dem beständigen Kampfrhythmus zwischen den drei großen potamischen Staaten Hinterindiens und vielen kleinen, bald feudalen, bald selbständigen Zwischenbildungen in dem neben den großen Stromtälern reichlich verschachtelten, verkastelten Raum der mittelste, vielleicht klimaweichste, Siam, am meisten gelitten hat, daß Siam sich seiner Selbständigkeit nur erfreute, wenn die andern mehr ozeanischen Reiche von außen her bedrängt wurden oder China von Norden helfend durchgriff. Klar wird daraus die Rolle der britisch-französischen Abschnürung Siams von China, wenn sie auch der wirtschaftlichen Chineseneinwanderung wenig Abbruch tat. Ein andrer Leitrhythmus der siamesischen Entwicklungsgeschichte hängt wie in Burma mit der an- und abschwellenden Vitalität des Buddhismus zusammen. Manchmal sind leider (S. 81) geopolitisch höchst wichtige Beobachtungen in knappe Anmerkungen verwiesen, während die genaue Bekanntschaft mit siamesischen Quellen, namentlich mit Prinz Damrongs Geschichte von Siam dynastische Einzelheiten in flutender Breite bringt. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hier um gewollte Darstellungen handelt, wie bei den ähnlichen im früheren China, wie heute noch in Japan. Die interessante Grundbesitzregelung König Trailaks nach dem Grade der Leistung an den Staat mit einer Basis von 10 Acres (4 ha! — Monsunlandschaft mit be-

deutenden Niederschlägen, in reichen Schwemmböden!) (S. 85) hängt mit dieser dynastischen Leitauffassung zusammen, denn staatlicher Dienst wird hier mit Königsdienst gleichgesetzt. Dieses Zusammenhängen von Land und Rang endete praktisch erst unter Chulalongkorn, theoretisch besteht es noch heute, hielt sich also noch länger als in Japan, wo auch noch bis zur Meiji-Ära alles Einkommen staatssozialistisch auf Reisrenten aufgebaut war. Dann folgt das wenig rühmliche Intrigenspiel zwischen Briten, Franzosen und zeitweilig Niederländern um Hinterindien, in dessen Ablauf die Außenlandschaften Siams von Südwesten her durch das britische Reich, von Osten durch die Franzosen abgeschnürt werden, bis nur mehr das Kerngebiet, im wesentlichen das Menamtal bleibt. Eine Darstellung der neuesten, namentlich der Eisenbahngeschichte von Siam wird am Schluß in Aussicht gestellt: Alles in allem haben wir endlich eine zeitgemäße Geschichte des einzigen noch selbständigen hinterindischen Staates, die uns bisher fehlte.

Viel freier als der durch seine Stellung selbstverständlich gebundene britische Generalkonsul in Chiengmai geht mit seinem persönlichen Urteil heraus J. A. Spender in seinem Buch: „The Changing East“. Es umfaßt die neue Türkei, Ägypten und Indien, leider nicht auch den Fernen Osten, und betrachtet sie alle drei unter dem zuerst so vielfach perhorreszierten Gesichtspunkt des Auftriebs zur Selbstbestimmung, der in Wirklichkeit ein recht brauchbarer Vergleichshorizont ist. Spenders Beobachtungen, ursprünglich für die Westminster Gazette 1925 und im Frühjahr 1926 niedergeschrieben, sind von herzerfrischender Offenheit und großer Vorurteilslosigkeit, vom Wunsch geleitet, selber zu sehen, was wirklich ist, auch wenn es den heimischen Leser sehr unangenehm berührt, und es ihm dann ungeschminkt zu zeigen. So kommen unter andern strichsichere Skizzen von Kemal Pascha, ägyptischen Volksführern, von Gandhi und Tagore zustande, die doch den bekannten manchen neuen anthropogeographischen Zug hinzufügen. Das Problem: Konstantinopel (S. 9, 10 u. 33 ff.) wird mit wenigen Strichen gut gezeichnet; „der Fremde hat das Schutzdach der Kapitulationen verloren und war dem vollen Blasewind türkischer Gesetze und Verwaltung ausgesetzt . . .“. Das änderte natürlich etwas an dem Behagen des „alten Sündennestes am Bosporus“; dem strengen Angoramann ist es jedenfalls „ein Nest von Vipern“, das man am besten verbrennen würde! Ganz anders ist die Einstellung der Jung-Ägypter zu Alexandria und Kairo, die sie als Zentren steigenden Wohlstandes schätzen, von denen sie nicht im Traum daran denken, sie als Schwerpunkt des Landes zu verschieben.

Neben den ägyptischen Kapiteln haben natürlich die indischen für uns den höchsten Augenblickswert, während vielleicht die türkischen die historisch reifsten sind.

Bei aller Deutlichkeit, mit der wir zuweilen die „Veränderung des Ostens“ und vor allem das Schwinden der Herrenstellung weißer Kolonialvölker darin infolge ihrer Selbstzerfleischung durch den Weltkrieg zeigen mußten, haben wir nie die Glanzleistungen der durch Selbsterziehung an großen Räumen vorbildlichen britischen Kulturpolitik, namentlich in Indien, übersehen lassen.

Zu ihnen gehört, trotz der Schmalheit ihrer inhaltschweren Bändchen, die „Heritage of India“-Serie der Association Press, Calcutta (Oxford Press i. Eur.) J. M. Macphail: „Asoka“, greifen wir heraus, weil wir wissen, welchen starken Einfluß auf die Erneuerung der Nationalempfindung das Wiederaufleben guter Lebensbilder großer Inder, wie Akbar, auch noch lebender, wie Tagore, und längst zu den Schatten gewanderter, wie des Mönch-Kaisers Asoka gehabt haben. Freilich geht die Sammlung in erster Linie darauf aus, nach großen religionsphilosophischen, sprach- und kunstwissenschaftlichen Gesichtspunkten zu arbeiten. Aber dabei muß sie doch in diesem Fall z. B. das große und geschlossene Maurya-Reich schildern, in dem auch

der indische Nationalismus eine der ersten beglaubigten Reichsbildungen auf indischem Boden in strahlendem Lichte weitgespannter Selbstbestimmung und edler Frühkulturblüte erblickt. Macphail muß eine gewisse Ordnung in das Geschichtsbewußtsein des indischen Lebensraumes bringen, muß Asoka seinen Platz im Rahmen der Weltgeschichte anweisen (Kap. VI — nebenbei ein Kabinettstück vergleichender Geschichtsbetrachtung zwischen Ost und West): kurz, es muß ein Teil von jener Arbeit geschehen, wie sie die deutsche Kultur für so schlechten Dank an den Völkern Zwischeneuropas und den Russen verrichtet hat.

Und hier sind die geopolitischen Gesichtspunkte, weshalb wir unsere Leser auf diese Bändchen aufmerksam machen: Asoka; Akbar; Gotama Buddha; Coins of India; Rabindranath Tagore, his life and work; Hindi Literature; Music of India; Indian Painting; die Sprachgeschichten. Sie können eben hier tatsächlich Ausgangspunkte für eine Ordnung des indischen Problems im eigenen Weltbild gewinnen, von denen aus sie natürlich zu ernsteren und umfangreicheren Quellen fortschreiten müssen. Aber um Anfänge zu machen, eignet sich die Heritage of India-Serie trefflich.

E. Reche: „Tangaloa. Ein Beitrag zur geistigen Kultur der Polynesier." München-Berlin, Oldenbourg, 1926.

Die „Geopolitik" hat schon einmal E. Reche zu ihren Lesern über die Wesensart und geistige Kultur der Polynesier sprechen lassen, einen der wenigen, die sich — mit genialer Fähigkeit zur Einfühlung in die „Weitenmenschen" der ozeanischen Inselwelt — der fast hoffnungslosen Aufgabe widmeten, diese uralte, aber dem kleinräumigen Mitteleuropäer wesensfremde, aus den Weiten des Meeres gegenüber den winzigen begrenzten Landflächen notwendig pantheistische Kultur und Seelenstimmung dem „Festlandmenschen" begreiflich zu machen. Das Anstreben dieser Aufgabe hätte zu den ersten Vorbedingungen des Festhaltens eines erdteilgroßen Inselreichs in der Südsee gehört, das dem deutschen Volk fast ein Menschenalter beschieden war, das leider nur von so wenigen verstanden wurde — zu denen Reche gehört —, daß sein Verlust der deutschen Masse Mensch gar nicht zum Bewußtsein kam; als einer der größten, die ihr überhaupt angetan wurde, als Verlust der Möglichkeit zu raumweiter Erziehung, zur Überwindung ihrer Heimatenge mit ihrer ewigen Katzbalgerei.

Die drei Seiten Begleitzeilen, die der Verlag dem Buche mitgegeben hat, sind — im Gegensatz zu den üblichen Waschzetteln — eine Südsee-Philosophie in nuce, gleichzeitig auch eine vielleicht ungewollte Rechtfertigung geopolitischer Betrachtungsweise, wie wir sie nicht besser finden könnten. Uns fehlt leider zu ihrem Abdruck der Raum. Aber wir können „Tangaloa", das „Wesen der Welt", wie es der „Tangata", der „Meermensch", der Ozeanbestimmte, sich vorstellt, nur als eine der feinsten und edelsten Nachblüten unsrer verlorenen Kolonialbetätigung in der Südsee unsern Lesern empfehlen; wir können sie bitten, sich vorzustellen, was — nach solchen Spätblüten! — diese ozeanische Ergänzung der deutschen Engräumigkeit für alle ihre kosmopolitische, aber unwirkliche Träumerei hätte werden können, und wie brennend der Verlust dieser einzigartigen Kulturergänzungsmöglichkeit auf der Seele der Wissenden liegt. Außerordentlich gewinnt man an Verständnismöglichkeit für „Tangaloa", wenn man vorher eine kurze sachliche Schilderung unseres alten Südseereiches, etwa im Koloniallexikon liest. Der Übergang zu verwandten japanischen Vorstellungen, auch zu Laotse liegt nahe, denn im Problem Reches steckt das ganze Problem des Ringens zwischen pazifischer und atlantischer, zwischen Grenz- und Randbestimmter und ozeanischer Weitenkultur.

In originalen Südseebast gebunden, als eigenwillige literarische Leistung nach dem durch Stevensons Tod freigewordenen Lorbeer der Südseeschilderung greifend, legt

Sigfrid Siwertz das Südseebuch eines Schweden: „Unter dem Gluthimmel der Tropen"

vor; es ist — von Rhea Sternberg mit dem ironischen Reiz der Urschrift übersetzt — die Nebenfrucht eines Filmunternehmens. 181 Abbildungen, leider keine Karte, bereichern den schon in der schriftstellerischen Darstellung außerordentlich lebendigen und farbigen Eindruck.

Hier ist beobachtet und wieder beobachtet. Wir verzeichnen gern auf S. 133 „Irgendwelcher Haß gegen die Deutschen läßt sich hier (Samoa) nicht entdecken, eher das Gegenteil. Sie müssen also das nahe gelegene Samoa gut verwaltet haben, so lange es in ihrem Besitz war." Oder wir heben (S. 162) eine der hübschesten, schulbuchwürdigen Darstellungen vom Zauber eines großen Korallenriffs hervor, so viele es deren schon gibt. Wie treffend sind auf Seite 168 und 169 ausgezeichnete Beobachtungen über die Zukunft von Fiji gegenüber Hawaii mit Vorhersagen über die pazifische Entwicklung verknüpft, wie scharf ist Australien (S. 216) als „das Land der Leere", das Land des Zweifels der weißen Rasse an sich selbst, der „Erdteil ohne Geschichte" gezeichnet.

So enthüllt S. Siwertz fast auf allen Seiten die große Gabe des Sehens ohne Befangenheit, des Durchschauenkönnens des Scheins der Dinge auf den Kern des Wesentlichen, bei aller Anmut des Stils, darin etwas an seinen skandinavischen Landsmann J. V. Jensen erinnernd, von dem auch einige der besten Schilderungen des Malaien mit seinem „virilen Adel", des Japan von heute, des westöstlichen Gegensatzes im pazifischen Meere stammen, die ich kenne.

„Der Kapitän, der lange in Schweden gelebt hatte", antwortet auf die besorgte Frage, „wie es unten im Stillen Ozean um die kalten Platten stehe", „daß die Südseeinseln das Hors d'oeuvre der ganzen Welt wären — einige hundert Sorten". Aber, wie diese Sorten dann geschildert sind, das gibt nicht nur dem Genießer, sondern auch dem geistigen, wissenschaftlichen Arbeiter neue Werte und Bereicherung seines Wissens von der Südsee.

Mehr die äußerliche Seite dessen, was unser Südseereich für Deutschland bedeutete, schildern im Geiste volkstümlicher Erzählungsliteratur einige Erinnerungen von Seeoffizieren:

Max Fleck: „Mit S. M. S. Seeadler in der deutschen Südsee 1899—1900". Köhler u. Amelang, Leipzig 1926, in der Reihe: Deutsche in aller Welt. Abenteuer und Leistungen Deutscher im Auslande (einem sehr verdienstlichen Anlauf), und

Paul Ebert: „Südseeerinnerungen". Köhler, Leipzig.

Im Weitergeben der eigenen Eindrücke aus weiten Räumen und glücklichen Tagen erd umspannenden Erlebens liegt eine vornehme Ehrenpflicht gerade für unsre ehemaligen Seeoffiziere, mit dem Ziel, ihr weiteres Raumgefühl an künftige Geschlechter zu vererben. Wenn solche Erinnerungen durch gute eigene Aufnahmen verstärkt, ergänzt und vertieft werden, so erfüllen sie neben dem Zweck anregender Unterhaltung auch den politischer Erziehung. Aus gleichem Grunde begrüßen wir die anmutig ausgestattete und handliche Neuausgabe des Verlags Buchenau u. Reichert von

Robert Louis Stevensons: „In der Südsee". Bd. I und II. Deutsch von Marguerite Thesing.

Im ersten Band ist es namentlich das furchtbare Kapitel 5: Entvölkerung, das in diesem Werk schönen Schrifttums mehr politische und soziologische Wahrheit aus erster Hand bringt, als viele dickleibige Werke aus zweiter; oder es sind jene zwei Seiten 96 bis 98, die eine himmelschreiende Schuld der französischen Kolonialverwaltung in ihrer heimlichen Beteiligung am Opiumhandel und einen schwer übersteigbaren Gipfel von Heuchelei enthalten, die unsre Aufmerksamkeit erregen. Auch eine Karte ist erfreulicherweise dem II. Bd. beige-

geben. Ausgabe und Übersetzung stehen auf seltener Höhe und schaffen hoffentlich dem glänzendsten Schilderer der Südsee auch in Innereuropa die längst verdiente Verbreitung.

Im Zusammenhang mit Schilderungen, in denen künstlerische Darstellungsweise in erster Linie, raumpolitische Erziehung erst in zweiter steht, sei auch einiger Erzählungen gedacht, in denen eine starke Unterströmung politischen Erziehungswillens sichtlich zutage tritt, weil die weitere Verbreitung solcher Arbeiten eine größere flächenhafte Vermittlung eines lebendigen Bildes von Land und Leuten bei womöglich vergleichender Betrachtung gestattet.

An erster Stelle steht hier wohl — an Wertgehalt kaum übertreffbar —

Hans Grimm: „Volk ohne Raum", München 1926, Albert Langen,

darin die volkspolitische Leitfrage der innereuropäischen Raumnot im Gegensatz zu überseeischer Raumweite meisterhaft zum Leitmotiv großgeschauter künstlerischer Darstellung gemacht ist.

Aber das „Volk ohne Raum" von Grimm setzt in seinen zwei stattlichen Bänden ein schweres Ringen mit dem epischen Element des Schicksalsromans unserer Zeit voraus, der hervorragende landschaftliche Darstellungen nur so nebenbei enthält. In ganz anderer Absicht, leichtflüssiger, mehr an das Erregungsbedürfnis sich wendend, aber doch zweifellos, wie seinerzeit Filchners „Sturm über Asien" manche Einblicke vermittelnd, ist

F. R. Nord· „Die Sichel", Berlin 1927, Ringverlag geschrieben.

Ein solcher Versuch könnte (etwa in der Art wie Ossendowskis als Naturschilderungen trotz ihrer topographischen Angreifbarkeit ausgezeichnete, nur zu sehr ins Sensationelle hinüberbiegende Schilderungen), landschaftlich bereichert, bei der viel weiteren Verbreitung des lokalgefärbten zeitgeschichtlich stark bewegten Romans zweifellos sich das große Verdienst erwerben, das Interesse Mitteleuropas Fragen zuzuwenden, die es in Wahrheit näher berühren, als es zurzeit glaubt.

Die Schilderung des Schneesturms in der Gobi, der weiten, niederen in der Hauptwindrichtung geschützten Höfe des Lamaklosters setzt auch in solchen Richtungen an; dann aber geht dieses fruchtbarere Motiv zu schnell vor weit umherspringenden anthropogeographischen Schilderungen verloren, die den Stempel größerer Wahrscheinlichkeit tragen müßten, um erzieherisch wirksam zu sein.

Eine erfolgreiche Bekämpfung politischer Bestrebungen, die in Asien auf einem andern Weltanschauungsboden stehen, wird sich nur auf sehr positiven Wegen erreichen lassen: dadurch, daß man mit gleichen Mitteln eines wohlbedienten Nachrichtendienstes arbeitet und sehr viel Schweiß zutreffender Information vor den Erfolg setzt. Gerade die jungchinesische Bewegung arbeitet sehr im Lichte des Tags. Die „Canton-Gazette" ist z. B. voll von Dokumenten dafür, und der Befehl Chiang Kai Schecks an die Südarmee vor ihrem Vorstoß — der in ihr enthalten ist — wird in der Geschichte vielleicht einmal den ersten Befehlen Napoleons an die Armee von Italien zur Seite gestellt werden. Wir müssen also hier einfach die Forderung erheben, daß die literarischen wie belletristischen Arbeiten, die sich mit solchen asiatischen Bewegungen befassen, mindestens auf die Höhe der auf dem Sowjetstandpunkt stehenden Schriftstellerei gehoben werden.

Kinder dieses Geistes, wenn auch in sehr verschiedenem Gewande sind z. B.:

Arthur Holitscher: „Das unruhige Asien". Reise durch Indien, China, Japan. S. Fischer Verlag, Berlin 1926; 64 Abbildungen, und

K. A. Wittfogel: „Das erwachende China". Agis-Verlag, Wien 1926.

Beide gehen, der erste — mit dem ganzen Glanz seiner schon an Nordamerika und Sowjetrußland erprobten Durchgeistigungskraft des Geschauten in der Darstellung — an ganz

Monsun-Asien, der andere mit seinem ganzen soziologischen auf der Übersteigerung des Marxismus fußenden Temperament an China, von der bolschewistischen Seite der Barrikade her an die selbstgewählte Aufgabe. Es ist also einseitig gesehen, was sie schildern, — aber mit der ganzen Wucht der Einseitigkeit dargestellt, aus leidenschaftlichem Mitleid bei Holitscher, aus politischer Anklageleidenschaft gegenüber dem Imperialismus bei Wittfogel verfärbt, aber in den großen Umrissen wahr. Und das Letztere ist für uns das Wesentliche! Man sieht durch beide Bücher nicht nur in das dargestellte monsunasiatische und chinesische Objekt hinein, sondern vermag auch das Sowjetmilieu besser verstehen zu lernen, durch das die Auffassung beider Autoren hindurchgegangen ist, wodurch sie vielfach, aber gleichmäßig gebrochen wurde. Geopolitisch ist die Manier von Holitscher ungefähr so, wie wenn man aus einer in sehr pointillistischer Art geschaffenen Skizzenreihe landeskundliche Eindrücke zu gewinnen hätte. Vertieft man sich einmal in sie, so vermag sie von den Monsunländern in ihrem Augenblickszustand ein ähnlich wertvolles Bild zu vermitteln, wie man es etwa in der alten Tretiakow-Galerie in Moskau aus den Skizzenreihen Wereschtschagins über Zentralasien gewinnen konnte. Zu dramatischer Höhe schwingt sich die Schilderung bei dem Besuche bei Gandhi auf und offenbart mit großer Wahrheitsliebe selbst die Grenze des eigenen Verstehens gegenüber den Geistern der gewaltfeindlichen Altkulturländer, die man sich aber auch für China merken muß. Dem Wesen Japans ist Holitscher nur sehr zum Teil nahegekommen.

An diesen beiden Grenzlinien des Verstehens leidet auch die zeitgeschichtlich angeordnete Darstellung von Wittfogel, die sonst viele Einblicke gewährt, die dem bürgerlichen Darstellungswerk Jungchinas aus Mangel an Einfühlungsvermögen versagt sind. Wir müssen aber lernen, gegen das Ideenvermächtnis Sun Yat Sens gerechter zu werden, als wir es im Westen bisher sind. Die „Geopolitik“ hat dafür getan, was sie konnte. Man muß sich durch solche Bücher, wie das von Wittfogel durcharbeiten, auch wenn einem bei bürgerlicher Einstellung manches sehr peinlich in die Nase fährt, sonst sieht man eben nur „die eine Seite der Barrikade“; auf der anderen Seite sieht man — wenn auch haßverzerrt — doch beide Seiten. Das schafft nach geopolitischer Logik einen Vorsprung im Handeln für den von beiden Seiten her im Bild Befindlichen! Sehr handlich und wirkungssicher ist das kurze und übersichtliche, wirklich „führende“ Register von Wittfogel. Vergleichende Gesichtspunkte zwischen Innereuropa, Nahem Osten, Indien und Ostasien drängen sich aus dem „erwachenden China“ ganz von selbst auf, und es ist ebenso nützlich für die Doppelerkenntnis des jungchinesischen Problems, wie des Sowjetwillens, wie etwa für die Erkenntnis des Imperialismus in Ostasien und die sozialistische Einstellung zu ihm das früher schon (Geopolitik 1926, H. 11) besprochene Werk des Schweizer Sozialisten E. Reinhard.

Als eine Herausführung des chinesischen Problems aus parteimäßiger Darstellung zu seinen großen geschichtlichen und philosophischen, erdbestimmten und bodenwüchsigen Grundlagen begrüßen wir am Abschluß dieser Besprechung eine äußerst wertvolle Arbeit:

Dr. Karl Böhme: „Wirtschaftsanschauungen chinesischer Klassiker“, Hamburg 1926.

Wir stellen die in dieser — weit über den Rahmen einer Dissertation hinaus bedeutenden — Schrift angewandte Methode sehr hoch und bedauern nur, daß es keine Fortsetzung bis auf die Gegenwart gibt, die vor allem den Versuchen des Philosophen Wang im XII. Jhdt. und seiner Vorwegnahme eines Teils des Sowjetexperiments gerecht würde. In solcher gegenseitiger Durchdringung geopolitischer und soziologischer Darstellung wäre eine kurzgefaßte Geschichte des bodenbestimmten Zuges

der soziologischen Entwicklung in China von höchstem Wert für unesre eigene soziologische Erkenntnis. Sie würde ohne weiteres ein Korrektiv zu den faszinierenden Darstellungen der chinesischen Entwicklung bilden, wie sie Holitscher oder Wittfogel geben, ein Korrektiv, das uns die Chinaforschung bis jetzt trotz ihren bänderreichen stattlichen Leistungen in volkstümlicher, verbreitbarer, massenwirksamer Form schuldig geblieben ist, das wir aber haben müßten, wenn wir uns nicht dem chinesischen Problem gegenüber bankbrüchig erklären wollen, was die Sowjets eben nicht tun.

Die bescheidene Frage, wieso die Mongolei ganz ohne „Raub und Gewalt“ in die Machtkreise der Sowjets gelangt ist, wird sich Wittfogel, der Deutschland nur als „verhinderten Räuber“ darstellt, gefallen lassen müssen; ebenso die andre, weshalb die Sowjets bei ihrem Idealismus in unbeweglichen und beweglichen fremden Sachen so sehr an ihrem rein durch Großkapitalismus und Wirtschaftsimperialismus schlimmster Form gewonnenen Anteil an der ostchinesischen Bahn festhalten? Hier also ist ein Rest, der nicht reinlich aufgeht.

Noch größer ist er freilich bei dem amerikanischen Imperialismus, auch auf ostasiatischem Boden „dessen Geschichte erst noch geschrieben werden muß“, wie

Scott Nearing und Joseph Freeman in „Dollar Diplomacy“, New York 1926

betonen.

In diesem, Holitscher und Wittfogel nützlich ergänzendem Bande sind für den indopazifischen Bereich nur einschlägig etwa die Finanzierung der Hawaii-Revolution, das Ringen um die Mandschurei und die Eisenbahnkarte von China (v. S. 35 ab) und im Anhang der Wortlaut des Mandschurei-Memorandums (v. 1902), des Root-Takahira-Abkommens (1908), des Ishii-Lansing-Abkommens (1917), des China-Consortium-Abkommens von 1920 und des Neunmächte-Vertrags von 1922, endlich auf S. 195 bis 208 eine allerdings von Hohn triefende kurzgefaßte Geschichte der Beziehungen der Vereinigten Staaten zu den Philippinen. Am Schluß steht ein recht wertvolles Bücherverzeichnis, in dem allerdings einige wichtige Nummern, z. B. von Brooks-Adams, von Mahan, die mir bekannt sind, fehlen; und kennzeichnenderweise für amerikanische Methoden fehlt völlig die Gegenseite, die doch z. B. von Aguinaldo, von Tokutomi wesentliches geboten hätte. Aber diese Zeugen waren zur Bloßstellung des amerikanischen Imperialismus gar nicht mehr notwendig: es reichte schon so. Die andere derbere Seite des Gebrauchs des großen Stockes der U. S. ist ja Sache des europäischen und amerikanischen Referats, in dem die Dollar-Diplomatie sich viel rücksichtsloser zum Ausdruck bringt, als in dem immerhin wenigstens noch widerstrebenden Asien mit China, Japan und den Sowjets.

Der III. Bd. des ausgezeichneten, schon früher (Geopolitik 1926, H. 9) als vortreffliches Hilfswerkzeug wirtschaftlicher wie geopolitischer Weiterbildung erwähnten

„Handwörterbuch des Kaufmanns“, herausgegeben von Karl Bott, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg-Berlin 1926

enthält für den indopazifischen Bereich außer einer etwas kurz gefaßten Skizze des „Indischen Ozeans“ eine, auf so knappem Raum kaum prägnanter und umfassender zusammenzudrängende wirtschaftsgeographische und geopolitische Darstellung von „Japan“. Als rühmenswerte Ausnahme bringt das Werk die chinesischen Provinzen (Kwangtung, Kwangsi, Kweitschau, Kansu) mit guter Charakteristik und zutreffender Volksdichte, so daß bei dem raschen Wechsel in China immer ein Überschlag der bevölkerungspolitischen Dynamik der gerade zusammengefaßten Räume möglich ist. In praktischen Übersichten sind Hauptwirtschaftspflanzen des indopazifischen Raumes: „Kaffee“, „Jute“, die bedeutenden Monopol-Leitpflanzen „Kautschuk“ (Britisch Malaya) und „Kampher“ (Japan) nicht nur in ihrem

Einfluß auf den Wirtschaftsboden, sondern auch in leicht faßlichen und merkbaren Ausfuhrdiagrammen dargestellt. Die „Kabelgeographie“ ist auf fünf Seiten übersichtlich zusammengefaßt. Die Aufsätze: „Kolonialwirtschaft“ und „Kolonien“, von einer vortrefflichen Schwarz-Weiß-Karte unterstützt, die ein scharfes Herausheben des deutschen Raumverlustes auf der Erde gestattet, führen dem Innereuropäer in würdiger Form wirrschaftsgeographische Tatsachen zum Bewußtsein: „Eigener Kolonialbesitz trägt mithin trotz starker Rohstoffeinfuhr des Mutterlandes zur Erhaltung des Nationalvermögens bei, während Mangel an Kolonialgebieten zu einem steten Abfluß des Nationalvermögens führen muß“. An diesen und anderen Binsenwahrheiten wird man schwerlich vorbeikommen können! Knappe gute Bilder der „Malaienstaaten“, der „Mandschurei“ von Rathjens und Keferstein zeigen, wie viel auch über solche im Übergangszustande befindliche Lebensformen klar und bestimmt ausgesagt werden kann; schwieriger war es schon für den sehr labilen Zustand der „Mongolei“. Mit der Technik eines so künstlich zusammenzubauenden Werks hängt es wohl zusammen, daß die zumeist heute schon erreichbaren Zahlen von 1925 noch vielfach fehlen. Als Ergänzung mag O. Kende: „Erde und Wirtschaft in Zahlen“ (im gleichen Verlag) erwähnt sein, den wir auch zum III. Bd. beglückwünschen können.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W. 9, Linkstr. 23 / Dr. F. Coerper, Köln, Friesenplatz 16. Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Straße 114.